

Landeshauptstadt

Hannover

Gesundheits-, Jugend-  
und Sozialdezernat

**SOZIALBERICHT**  
**1998**

**BERICHT ZUR SOZIALEN  
SITUATION IN HANNOVER**

## **Erstellt durch die Arbeitsgruppe „Sozialbericht 1998“**

Hans-Joachim Sbresny	Sozialamt – Leiter (OE 50)
Wolfgang Beil	Sozialamt – Stelle für Sozialplanung (OE 50.81)
Jürgen Liedtke	Jugendamt – Abt. für gruppenpädagogische Einrichtungen (OE 51.4)
Ingrid Teschner	Gesundheits-, Jugend- und Sozialdezernat (Dez. D)
Dr. Werner Heye	Amt für Koordinierung und Controlling – Referat für Stadtentwicklung (OE 12.3)
Elke Sauermann	Gesundheits-, Jugend- und Sozialdezernat Koordinationsstelle Sozialplanung (D/Sopla)

### **Unter Mitarbeit von**

Andreas Martin	Amt für Koordinierung und Controlling – Abt. für Statistik (OE 12.4)
Alfred Lessing	Gesundheits- Jugend – und Sozialdezernat Koordinationsstelle für Drogenhilfe (Dez. D)
Klaus Wedemeyer	Gesundheits-, Jugend- und Sozialdezernat Beauftragter für Verwaltungsreform (Dez. D)
Dr. Angelika Schammert-Prenzler	Gesundheitsamt – Abt. für Jugendmedizin (OE 53.3)
Dr. Karin Oetjen	Gesundheitsamt – Abt. für Jugendmedizin (OE 53.3)
Dr. Uwe Specht	Schulamt – Abteilung Schulentwicklung (OE 40.3)
Dr. Rolf Grave	Stadtplanungsamt (OE 61.5)
Alfons Danschick	Amt für Wohnungswesen (OE 64.2)

### **Koordination und Redaktion**

Elke Sauermann  
Koordinationsstelle Sozialplanung im Gesundheits- Jugend- und Sozialdezernat

# Sozialbericht 1998 - Bericht zur sozialen Lage in Hannover

## Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort.....	5
Einleitung.....	6
1. Ziele und Aufgaben des Sozialberichtes 1998 .....	6
2. Hinweise zum Aufbau des vorliegenden Berichts .....	7
Die wichtigsten Ergebnisse.....	8

## Teil I: Auswertung wichtiger Sozialdaten

1. Bevölkerungsstruktur .....	13
1.1 Kinder und Jugendliche .....	13
1.2 Mittlere Generation.....	15
1.3 Ältere Menschen.....	17
1.4 Haushaltsstrukturen .....	19
1.5 Wanderungsbewegungen.....	21
2. Finanzielle Situation der Haushalte.....	27
2.1 Haushalte nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen .....	27
2.2 Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt.....	29
2.2.1 Allgemeine Übersicht .....	29
2.2.2 Räumliche Verteilung der Empfängerinnen und Empfänger.....	30
2.2.3 Empfängerinnen und Empfänger nach Personengruppen .....	31
2.2.4 Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt .....	34
2.3 Exkurs.....	35
3. Wohnsituation .....	50
3.1 Wohnflächenstandard .....	50
3.2 Wohnungen mit städtischem Belegrecht .....	51
3.3 Besondere Bedarfsgruppen .....	53
3.3.1 Alte Menschen .....	53
3.3.2 Obdachlose.....	53
3.4 Wohngeld .....	54

	<b>Seite</b>
<b>4. Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen .....</b>	<b>57</b>
4.1    Übergangsquoten von der Orientierungsstufe in das dreigliedrige Schulsystem.....	57
4.2    Sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler.....	58
<b>5. Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsförderung.....</b>	<b>59</b>
5.1    Struktur der Arbeitslosen .....	59
5.2    Städtische Beschäftigungsförderung.....	61
<b>6. Gesundheit.....</b>	<b>64</b>
6.1    Die gesundheitliche Situation von Schulanfängerinnen und –anfängern .....	64
6.1.1.  Vorsorgeuntersuchungen .....	64
6.1.2  Impfschutz .....	65
6.2    Zustand der Zähne von Grundschülerinnen und –schülern .....	66
6.3    Drogenmißbrauch.....	67
<b>7. Kinderbetreuung als ergänzende kommunale Unterstützung für Familien .....</b>	<b>68</b>
<b><u>Teil II: Entwicklungen und Handlungsperspektiven .....</u></b>	<b>71</b>
<b>1.    Entwicklung sozialer Lebenslagen .....</b>	<b>71</b>
1.1    Veränderung übergreifender Rahmenbedingungen .....	71
1.2    Veränderung der sozialen Lagen in der Stadt Hannover seit 1992.....	72
1.2.1  Bevölkerung .....	73
1.2.2  Materielle Lage .....	74
1.2.3  Wohnen .....	75
1.2.4  Arbeitsmarkt .....	76
1.2.5  Kommunales Leistungssystem .....	76
<b>2.    Handlungsschwerpunkte und Handlungsansätze .....</b>	<b>77</b>
2.1    Armut und ihre Folgen .....	77
2.2    Soziale und räumliche Disparitäten .....	79
2.3    Kommunale Familienpolitik .....	80
2.4    Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten .....	81
2.5    Kooperation und Vernetzung .....	82
2.6    Sozialmarketing und Öffentlichkeitsarbeit.....	82
<b><u>Anhang.....</u></b>	<b>83</b>

## Vorwort

Nach 1993 legt die Landeshauptstadt Hannover hiermit ihren zweiten Sozialbericht vor und gibt damit einen umfassenden Überblick über die soziale Situation in der Stadt. Die Struktur der Bevölkerung, die finanzielle Ausstattung der Haushalte, Wohnsituation, Bildung, Arbeit und Gesundheit sind Themen, die behandelt werden. Dabei wird, wie auch 1993, soweit wie möglich die soziale Situation auf Stadtteilebene dargestellt, weil dies der konkrete Lebensraum von Menschen ist und das Stadtgebiet als ganzes sich dem gegenüber in der Regel als eher abstrakte Einheit darstellt.

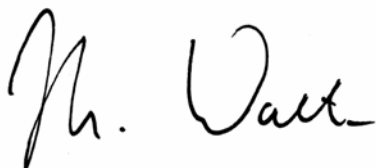
Der Sozialbericht erscheint in einer insgesamt schwierigen Zeit: Immer mehr Menschen sind von Arbeitslosigkeit betroffen oder fürchten um ihren Arbeitsplatz; die Zahl der Menschen, die von Sozialhilfe leben, ist weiter angestiegen. Vor allem Familien, insbesondere Kinder, leiden unter dieser Entwicklung und müssen Einschränkungen ihrer Lebensqualität hinnehmen.

Parallel hierzu ist der finanzielle Handlungsspielraum der öffentlichen Hände, insbesondere aber der Kommunen immer kleiner geworden. Trotzdem konnten in den vergangenen Jahren in Hannover Angebote und Dienstleistung weiter vorgehalten und teilweise sogar ausgebaut werden, die Menschen in ihrer Lebenssituation unterstützen oder präventiven Charakter haben. An dieser Stelle seien nur die Schaffung von mehr als 3.000 neuen Kindertagesstättenplätzen, die Ausweitung des Programms „Hilfe zur Arbeit“ auf über 1.000 Plätze, das „Bed by night“ für obdachlose Straßenkinder, das Drogenhilfeangebot „Drop In“ und eine Reihe neuer Angebote für „Lückekinder“ erwähnt. Die Drohung von Perspektivlosigkeit und wachsender Zahl untersagter Teilnahmemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben beeinflussen auch die Stabilität unseres Gemeinwesens überhaupt.

Kommunale Sozialpolitik muß deshalb als übergreifende, ganzheitliche Lebenslagenpolitik eine besondere strukturpolitische Funktion übernehmen. Einerseits ist sie Ressortpolitik, andererseits muß sie auch darüber hinausgehen und Handlungsansätze in Kooperation und Koordination mit anderen Politikbereichen, z. B. Arbeiten, Wohnen, Bildung und Kultur entwickeln.

In diesem Sinne versteht sich auch der vorliegende Sozialbericht als ressortübergreifender, lebenslagenorientierter Bericht, der eine Zusammenschau ineinandergreifender Bereiche, die die soziale Situation von Menschen ausmachen, gibt.

Der Sozialbericht stellt eine Planungsgrundlage für soziale Kommunalpolitik dar, hat aber nicht den Anspruch, weiterführende Fachpläne zu ersetzen. Darüber hinaus soll er auch Diskussionsgrundlage für diejenigen sein, die Sozialpolitik in Hannover mitgestalten. Wir wollen damit den Dialog zwischen den sozialpolitisch Interessierten und Engagierten anregen, nicht zuletzt, um gemeinsam auch neue Ideen und Lösungsansätze für Problemlagen in unserer Stadt zu entwickeln.



(Thomas Walter)  
Gesundheits-, Jugend- und Sozialdezernent  
der Landeshauptstadt Hannover

## **Einleitung**

### **1. Ziele und Aufgaben des Sozialberichts**

Nach 1993 legt die Stadt Hannover den zweiten Sozialbericht vor. Er dient vor allem dazu Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung über die soziale Lage der Bevölkerung in Hannover zu informieren und auf besondere Problembereiche aufmerksam zu machen; es sollen aber auch Folgerungen und Handlungsperspektiven für die soziale Stadtentwicklungspolitik aufgezeigt werden.

Bei der Erarbeitung des Sozialberichts war es erforderlich, die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren und die veränderten Anforderungen im Zusammenhang mit der kommunalen Sozialberichterstattung zu berücksichtigen. Deshalb kann der aktuelle Sozialbericht von Struktur und Inhalt her auch keine einfache Fortschreibung der Darstellung von 1993 sein: Insbesondere war es notwendig, die bislang verwendeten Indikatoren auf ihren Informationsgehalt für eine kontinuierliche Sozialberichterstattung zu prüfen und dabei speziell die veränderten Methoden bei der Erfassung von Sozialhilfedaten zu beachten.

Der Sozialbericht zielt außerdem darauf ab, mit der Entwicklung eines Indikatorensystems zu beginnen, das über längere Sicht geeignet ist, eine kontinuierliche, vergleichbare Ergebnisdarstellung zu erreichen. Hierbei ist es erforderlich, Informationsdefizite zu benennen, die derzeit infolge mangelnder Datengrundlagen und Indikatorenbildungen bestehen. Von besonderer Bedeutung wird es zukünftig sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß neben der querschnitt- auch eine längsschnittorientierte Betrachtung in der Sozialberichterstattung möglich wird. So erlauben bislang die statistischen Sozialhilfedaten lediglich jeweils Momentaufnahmen zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Für die Beurteilung sozialer Entwicklungsprozesse ist es wichtig zu erfahren, wie groß die Anzahl derer ist, die über einen längeren Zeitraum Sozialhilfe beziehen.

Der vorliegende Sozialbericht ist eine wichtige Grundlage für die Sozialplanung und Sozialpolitik der Stadt Hannover. Hinzu kommen noch eine Reihe weiterer spezifischer Fachberichte und Fachplanungen. Von daher ist der Sozialbericht auch als ein integrativer Bestandteil eines umfassenderen Sozialinformationssystems zu verstehen und muß hierin entsprechend verankert werden: Der Sozialbericht liefert einerseits Daten und Handlungsansätze für unterschiedliche Sachthemen und Fachbereiche, andererseits muß er die Ergebnisse anderer Analysen und Planungen berücksichtigen. Von daher kann der vorliegende Sozialbericht als "übergreifende Klammer" des Sozialinformationssystems der Stadt insgesamt dienen. Er enthält dementsprechend auch Hinweise zu anderen Berichten, in denen spezifische Fragestellungen ausführlich behandelt werden (wie z. B. zur Lebenssituation von Behinderten oder psychisch Kranken), ohne daß im Sozialbericht selbst vertiefend auf verschiedene Spezialthemen eingegangen werden kann oder muß.

Darüber hinaus ist der Sozialbericht nicht nur ein spezieller Lagebericht für das Sozialressort. Er bietet zugleich eine wichtige dezernatsübergreifende Informationsgrundlage und Orientierungsgröße für die allgemeine Stadtentwicklungsplanung und kommunale Entwicklungspolitik. Dazu muß die Sozialberichterstattung zukünftig ihrerseits bedeutende gesellschaftliche Strukturveränderungen in ihre Überlegungen einbeziehen und in Beziehung zu sozialen Prozessen setzen und werten. Nur so kann sie zu sozialverträglichen Planungsprozessen in anderen Handlungsfeldern der Stadtpolitik beitragen.

In diesem Sinne ist Sozialberichterstattung mehr als ein Berichtswesen. Sie zielt auf eine aktiv mitgestaltende Stadtentwicklungspolitik als Kommunikationsprozeß zwischen unterschiedlichen Akteuren und Organisationen.

## 2. Hinweise zum Aufbau des vorliegenden Berichts

Der Sozialbericht wertet im ersten Teil wichtige Sozialdaten aus. Kapitel 1 beinhaltet die lebenslagenbezogene Analyse der Bevölkerungsstruktur in der Stadt Hannover. Ziel ist es hierbei, unterschiedliche Zielgruppen kommunaler Sozialpolitik kleinräumig zu identifizieren und quantitativ zu benennen, um konkrete Planungsgrößen bestimmen zu können. Kapitel 2 befaßt sich mit der finanziellen Situation und beschreibt die Spannweite zwischen „armen“ und „reichen“ Haushalten. In diesem Kapitel wird eine differenzierte Analyse der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt vorgenommen.

Daran anschließend widmet sich der Bericht auch der Wohnsituation (Kapitel 3), der Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen (Kapitel 4), dem Thema Arbeitslosigkeit (Kapitel 5) und der gesundheitlichen Lage (Kapitel 6) und der Kinderbetreuung als kommunale Unterstützung von Familien (Kapitel 7).

Im zweiten Teil des Sozialberichtes werden Entwicklungen seit 1992 beschrieben und Handlungsperspektiven skizziert. Dabei geht es darum, Ziele und Möglichkeiten der sozialen Stadtentwicklung zu formulieren und Handlungsmöglichkeiten für eine kommunale Sozialpolitik aufzuzeigen.

Für den Sozialbericht wurden prinzipiell die aktuellsten Daten verwendet, die kleinräumig, also auf Ebene der Stadtteile vorlagen. Von diesem Grundsatz wurde lediglich bei den Bevölkerungsdaten abgewichen. Um die Sozialhilfezahlen von 1995 in Relation zur Bevölkerung stellen zu können, wurden Daten von 1995 genutzt.

## **Die wichtigsten Ergebnisse**

### **Bevölkerungsstruktur**

- In der Landeshauptstadt Hannover lebten am 31.12.1995 rund 515.000 Menschen. Hier-von waren 444.000 (86 %) deutscher und 70.900 (14 %) nichtdeutscher Nationalität. Mehr als die Hälfte (52,8 %) der Bevölkerung war weiblich.
- In Hannover beträgt der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an der Ge-samtbevölkerung 15,0 %. Durchschnittlich jedes fünfte Kind in Hannover ist nichtdeut-scher Nationalität.
- Mit rund 315.800 Personen (61,3 %) stellt die mittlere Generation die größte Bevölke-rungsgruppe in der Stadt Hannover dar. Unter der nichtdeutschen Bevölkerung stellt die mittlere Generation eine Anteil von mehr als 70 % an der Gesamtbevölkerung.
- Ende 1995 lebten rund 122.000 Menschen, die 60 Jahre und älter waren, in Hannover. Damit zählte fast jede vierte Hannoveranerin bzw. jeder vierte Hannoveraner (23,7 %) zur Gruppe der älteren Bevölkerung. In dieser Altersgruppe sind Frauen mit einem Anteil von annähernd zwei Dritteln deutlich überrepräsentiert.
- Fast die Hälfte (49,3 %) aller Haushalte in Hannover sind Einpersonenhaushalte. In ei-nem weiteren knappen Drittel (31 %) aller Haushalte leben zwei Personen zusammen. Nur in einem Fünftel (19,7 %) aller Haushalte leben drei und mehr Personen.
- In 86 % aller Haushalte in der Stadt Hannover lebten am 31.12.1995 keine Kinder. Unter den Familienhaushalten dominiert die Ein-Kind-Familie mit 56 % deutlich. In einem weite-ren Drittel aller Haushalte leben Erwachsene mit zwei Kindern, in weiteren rund 10 % der Haushalte mit drei und mehr Kindern zusammen.
- Der Anteil der Alleinstehenden mit Kind(ern) an allen Haushalten mit Kindern beträgt in Hannover mehr als ein Fünftel (20,8 %). Fast ausschließlich (94,2 %) sind es Frauen, die alleinerziehend sind.
- Im Jahr 1995 sind 30.400 Menschen in die Stadt Hannover gezogen, während gleichzei-tig 31.900 Hannoveranerinnen und Hannoveraner die Stadt verließen. Die intensivsten Wanderungsverflechtungen bestehen mit dem Landkreis Hannover. Allein von 1992 bis 1995 hatte die Stadt gegenüber dem Landkreis einen Wanderungsverlust von 10.800 Personen.

### **Finanzielle Situation der Haushalte**

- Ein Viertel aller Haushalte in Hannover verfügte über ein Haushaltsnettoeinkommen, das unter 1.800 DM pro Monat lag.
- Einem weiteren Drittel aller Haushalte standen monatlich zwischen 1.800 und 3.000 DM zur Verfügung.
- Zur Einkommensgruppe, die 3.000 bis 4.000 DM pro Monat verdiente, zählte ein knappes Fünftel aller Haushalte.
- Ein Einkommen von 4.000 bis 5.000 bzw. 5.000 DM und mehr im Monat stand 11 % bzw. 13 % aller Haushalte zur Verfügung.



- Ein relativ hoher Anteil von Familien mit Kindern (39 %) verfügte 1995 monatlich über weniger als 3.000 DM. Nur 21 % der Haushalte mit Kindern in der Stadt Hannover erzielten ein Haushaltsnettoeinkommen vom 5.000 DM und mehr.

### Hilfe zum Lebensunterhalt

- Am 31.12.1995 bezogen 34.100 Personen in der Stadt Hannover Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Damit lag der Anteil der Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung bei 6,5 %.
- Hauptgrund für den Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt war für mehr als die Hälfte aller Empfängerhaushalte (51 %) Arbeitslosigkeit. 20 % der Empfängerhaushalte nahmen Leistungen in Anspruch, weil das sonstige Einkommen unzureichend war.
- "Einkommensarmut" ist ungleich über das Stadtgebiet verteilt. Sowohl absolut betrachtet als auch relativ auf die Gesamtbevölkerung bezogen, ergeben sich deutliche räumliche Differenzierungen.
- Die Stadtteile mit der höchsten **Anzahl** an Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt waren Groß-Buchholz, Sahlkamp, Vahrenheide, List, Linden-Nord, Vahrenwald, Mühlenberg und die Südstadt.
- Die Stadtteile mit den höchsten **Anteilen** von Hilfe zum Lebensunterhalt waren: Vahrenheide, Mühlenberg, Sahlkamp, Mittelfeld und Linden-Süd, Hainholz, Bornum, Wülfel und Linden-Nord.
- Von den Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt waren rund 22.500 deutscher (67 %) und rund 11.200 nichtdeutscher (33 %) Nationalität. Die nichtdeutsche Bevölkerung ist in Hannover überdurchschnittlich häufig von Hilfe zum Lebensunterhalt abhängig.
- Frauen sind unter den Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt mit 18.600 Personen und damit einem Anteil von 55 % überdurchschnittlich vertreten. Bezogen auf die weibliche Bevölkerung ergibt sich ein Anteil von Sozialhilfeempfängerinnen von 6,8 %. Besonders häufig betroffen sind nichtdeutsche Frauen mit 17,1 %.
- Die höchsten Anteile unter den Altersgruppen in der Sozialhilfe wurden für Kinder und Jugendliche registriert. Dabei sind die unter 3jährigen mit 17,5 % an der gleichaltrigen Bevölkerung am stärksten betroffen.
- Im mittleren Erwachsenenalter sind unterdurchschnittlich viele Personen von Sozialhilfe abhängig. Frauen sind in dieser Altersgruppe häufiger betroffen, dieses erklärt sich durch eine große Zahl von alleinerziehenden Müttern, die in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder nur eingeschränkt einer Erwerbstätigkeit nachgehen können.
- Altersarmut - gemessen am Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt an allen älteren Menschen - betrifft mit unter 3 % statistisch betrachtet nur wenig ältere Menschen.

- In der Stadt Hannover erhielten am 31.12.1995 18.400 Haushalte Hilfe zum Lebensunterhalt. Bezogen auf alle Haushalte ergibt sich hieraus ein Anteil von 5,5 %.
- Mit einem Anteil von 46 % bilden Einpersonenhaushalte die größte Gruppe der betroffenen Haushalte. Paare ohne Kinder sind mit einem Anteil von 7 % nur selten von Sozialhilfe abhängig.
- Als Kerngruppe der Einkommensarmut sind Haushalte mit Kindern zu werten, obwohl dieser Haushaltstyp mit "nur" 34 % erheblich seltener als Einpersonenhaushalte gezählt wurde. Dies resultiert daraus, daß in Familienhaushalten mit Kindern jeweils mindestens zwei, meistens jedoch drei und mehr Personen von Sozialhilfe abhängig sind.
- Ende 1995 bezogen 2.600 Paare (auch unverheiratete) mit Kindern Hilfe zum Lebensunterhalt. Bezogen auf alle Paare mit Kindern in der Stadt Hannover ergibt sich hieraus ein Anteil von 7 %. 3.500 Alleinerziehende erhielten Hilfe zum Lebensunterhalt; dieses entspricht einem Anteil von 36 % an allen Haushalten von Alleinerziehenden.

### **Wohnungssituation**

- In Hannover hatten Ende 1995 rund 515.000 Personen ihren ersten Wohnsitz und weitere 12.000 Personen ihren Zweitwohnsitz. Dieser wohnberechtigten Bevölkerung standen 275.300 Wohnungen zur Verfügung.
- Im Schnitt standen Ende 1995 für jeden Einwohner 38,3 m<sup>2</sup> Wohnfläche zur Verfügung.
- Den höchsten Wohnstandard gemessen an den Quadratmetern Wohnfläche, die pro Person zur Verfügung standen, erreichten mit 44 m<sup>2</sup> und mehr die Stadtteile Isernhagen-Süd, Zoo, Waldhausen, Kirchrode, Wülferode, Oststadt und Südstadt.
- Die geringste Wohnfläche mit weniger als 33 m<sup>2</sup> pro Person stand den Bewohnerinnen und Bewohnern in den Stadtteilen Vahrenheide, Stöcken, Hainholz, Misburg-Süd, Mühlberg, Mittelfeld, Linden-Süd, Sahlkamp und Lahe zur Verfügung.
- Am 31.12.1996 gab es 32.300 Wohnungen mit städtischem Belegrecht. Es war 1996 möglich, 4.000 Wohnungen aus diesem Bestand an Wohnungssuchende zu vermitteln. Dennoch blieben am Jahresende 3.600 Anträge auf Wohnraumvermittlung unerledigt. Der Anteil der Wohnungen mit städtischem Belegrecht an allen Wohnungen im Stadtgebiet beträgt rund 12 %.
- Die höchste Dichte an Belegrechtswohnungen wird mit 64 % im Stadtteil Vahrenheide erreicht. Weiterhin gibt es eine Konzentration von Belegrechtswohnungen in den Stadtteilen Mittelfeld, Mühlberg, Linden-Süd und Sahlkamp.
- Von der Stadt Hannover wurden Ende 1996 1.940 einheimische Personen untergebracht, die als obdachlos galten. Ein Großteil von ihnen (1.560) lebte in Schlichtwohngebieten sowie in Gemeinschaftsunterkünften (350).
- 1996 wurden vom Sozialamt im Rahmen der Sozialhilfegewährung 60,1 Mio. DM pauschaliertes Wohngeld ausgezahlt. Außerdem wurden 19,75 Mio. DM des sogenannten Tabellenwohngeldes ausgezahlt. Mit einem Anteil von 25 % an den gesamten Wohngeldzahlungen nimmt dieses inzwischen eine eher kleine Rolle ein. Damit konnten jedoch 1996 mehr als 10.000 Haushalte unterstützt werden.

## Bildungsbeteiligung

- Im Schuljahr 1995/96 wechselten in Hannover durchschnittlich 44 % aller Schülerinnen und Schüler der Orientierungsstufen auf das Gymnasium. Weitere 34 % setzen ihre Schullaufbahn an einer Realschule und 21 % an einer Hauptschule fort.
- Überdurchschnittlich hohe Übergangsquoten aus den Orientierungsstufen in das Gymnasium verzeichnen die Orientierungsstufen in den Stadtbezirken Buchholz-Kleefeld, Misburg-Anderten und Südstadt-Bult. Hier lag der Anteil der zukünftigen Gymnasialschüler bei 47 % bis 57 %. Eine stark unterdurchschnittliche Übergangsquote ist im Stadtbezirk Linden-Limmer mit 21 % zu verzeichnen gewesen.
- Die höchsten Anteile von Schülerinnen und Schülern, die ihren Weg an einer Hauptschule fortsetzen, wurden in den Stadtbezirken Linden-Limmer, Ahlem-Badenstedt-Davenstedt, Döhren-Wülfel, Bothfeld-Vahrenheide erzielt.
- 1995 waren 4.680 Kinder von den 45.470 Schülerinnen und Schülern an den allgemeinbildenden Schulen „unterhaltsbedürftig“ und erhielten städtische Beihilfen für Lernmittel, die Teilnahme an Schulveranstaltungen oder einen Essenszuschuß in Ganztagschulen.
- Der Anteil der "Bedürftigen" betrug 1995 durchschnittlich 10,3 %. Während der Anteil mit 11,6 % in den Grundschulen und 10,5 % in den Orientierungsstufen auf dem durchschnittlichen Niveau liegt, ist die Quote in den Sonderschulen mit 29,7 % überdurchschnittlich hoch, während der Anteil in den Gymnasien nur 4,4 % beträgt.

## Arbeitslosigkeit

- In der Stadt Hannover waren Ende 1996 mehr als 34.000 Personen arbeitslos. Frauen waren zu diesem Zeitpunkt im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung unterdurchschnittlich oft arbeitslos gemeldet, besonders häufig waren dagegen Nichtdeutsche von Arbeitslosigkeit betroffen. Ein Zehntel aller Arbeitslosen waren Ende 1996 unter 25 Jahre alt und rund ein Fünftel 55 Jahre und älter.
- Der errechnete Arbeitslosenanteil lag 1995 bei 9,2 % (Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren). Zu diesem Zeitpunkt waren männliche Arbeitslose leicht (10,9 %), ausländische Arbeitslose deutlich (15,0 %) überrepräsentiert.
- Die höchsten Arbeitslosenanteile finden sich in den Stadtteilen Linden-Nord, Vahrenheide, Mitte, Linden-Süd, Hainholz, Mühlberg sowie Mittelfeld.
- Im Arbeitsamtsbezirk Hannover waren Ende 1996 knapp ein Drittel (15.700) aller Arbeitslosen ein Jahr und länger ohne Arbeit.

## Gesundheit

- Bei der Schulanfängeruntersuchung 1995/96 zeigte sich, daß lediglich rund die Hälfte (51,4%) aller untersuchten Kinder an der Vorsorgeuntersuchung U 9 teilgenommen hatte. Nur bei einem Viertel aller ausländischen Kinder wurde die entsprechende Untersuchung durchgeführt.
- Erkennbar ist in diesem Zusammenhang, daß bei Kindern, die im Kindergarten betreut werden, die Vorsorgeuntersuchung U 9 häufiger durchgeführt wurde.

- Kinder, die eine Kindertagesstätte besuchten, wiesen bessere Impfraten auf. Mehr als 90 % der Kindergartenkinder wurden gegen Kinderlähmung, Diphtherie und Tetanus geimpft und in rund 80 % aller Fälle gegen Masern und Mumps. Bei Kindern, die keine Einrichtung besuchten, liegt ein vollständiger Impfschutz für Kinderlähmung, Diphtherie und Tetanus bei 80 % und für Masern und Mumps bei rund 70 %. Die Impfungsraten bei ausländischen Kindern fallen im Vergleich zu deutschen Kindern deutlich geringer aus.
- Kariesrisikokinder sind in allen sozialen Schichten zu finden, jedoch läßt sich dort eine Häufung feststellen, wo vermehrt soziale Benachteiligungen bestehen. Insofern ist auch bei der Verteilung der Karies im Stadtgebiet eine Polarisierung festzustellen.
- Die schlechtesten Werte wurden an den Schulstandorten in Linden-Süd und Vahrenheide ermittelt. Überdurchschnittlich gute Zahnbefunde wurden in den Grundschulen in Kirchrode und der List erzielt.

### **Kinderbetreuung als kommunale Unterstützung von Familien**

- In der Stadt Hannover mußte im Oktober 1997 für die Betreuung aufgrund geringer Erwerbseinkommen bzw. Sozialhilfebezug von 7.060 Kindern in Kindertagesstätten kein Elternbeitrag gezahlt werden. Dieses entspricht einem Anteil von 41,7 % an allen belegten Plätzen. Für weitere 1.060 Plätze (6,3 %) wurde ein Beitrag der unteren Stufen 1 und 2 entrichtet. Insgesamt wurde somit für 48 % der belegten Plätze in Kindertagesstätten kein oder nur ein geringer Elternbeitrag gezahlt.
- Für den gesamten Kindertagesstättenbereich entstand für 1997 ein Zuschußbedarf von 120,8 Mio. DM, die unter anderem als Beihilfe an freie Träger ausgezahlt wurden.

## **Teil I Auswertung wichtiger Sozialdaten**

### **1. Bevölkerungsstruktur**

In der Landeshauptstadt Hannover lebten am 31.12.1995 insgesamt 514.900 Menschen. Hiervon waren 444.000 (86 %) deutscher und 70.900 (14 %) nichtdeutscher Nationalität. Mehr als die Hälfte (52,8 %) der Bevölkerung war weiblich.

In der weiteren Betrachtung wird die Analyse der Bevölkerungsstruktur nach Bevölkerungsgruppen vorgenommen. Betrachtungsebene ist - soweit sinnvoll und datentechnisch möglich - die Stadtteilebene, um unterschiedliche lebensräumliche Bedingungen in der Stadt darzustellen und als Planungseinheit die Räume, in denen Menschen in erster Linie ihre sozialen Bezüge entwickeln, zu umreißen. Dabei wird auf Bevölkerungsdaten vom 31.12.1995 zurückgegriffen, weil diese in späteren Kapiteln in Beziehung zu kleinräumig ausgewerteten Sozialhilfedaten gesetzt werden sollen. Diese liegen nur für diesen Stichtag vor.

#### **1.1 Kinder und Jugendliche**

In Hannover beträgt der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung 15,0 %. Dieses entspricht einer Gesamtzahl von 77.200. Der Anteil der deutschen unter 18jährigen an der deutschen Bevölkerung liegt mit 13,7 % unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt, während der Anteil der ausländischen Kinder und Jugendlichen an der ausländischen Bevölkerung mit 23,0 % überdurchschnittlich hoch ist. Der Anteil der weiblichen Bevölkerung liegt in dieser Altersgruppe mit 49,7 % leicht unter dem Anteil der männlichen Bevölkerung.

Im Vergleich zu 1993 ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen von 14,2 % auf 15,0 % angestiegen. Zuwächse wurden hierbei in der deutschen Bevölkerung erzielt, vor allem, weil die geburtenstarken Jahrgänge der späten 60er Jahre in die Elterngeneration gewachsen sind.

In den einzelnen Stadtteilen ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung unterschiedlich hoch (vgl. Karte 1).

- Die "kinderreichsten Stadtteile" in Relation zur Gesamtbevölkerung befinden sich in den Großwohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre (Mühlenberg, Vahrenheide, Sahlkamp), sowie in den großen Neubaugebieten der 80er und 90er Jahre (z.B. Wettbergen) sowie auch in Lahe.
- "Kinderarme Stadtteile" sind - relativ betrachtet - vor allem die innenstadtnahen Stadtteile, z.B. Mitte, Südstadt und Oberricklingen.

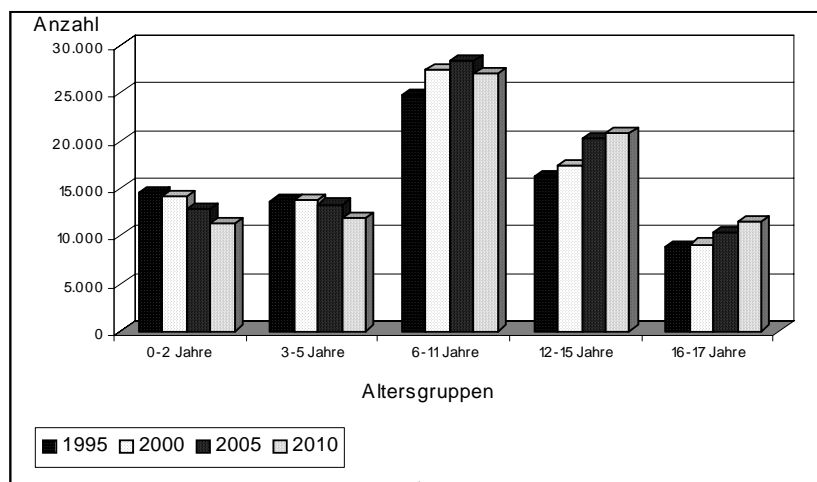
Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung in einem Stadtteil gibt Auskunft über das Verhältnis der jungen zur erwachsenen Bevölkerung. Dabei wird aber außer acht gelassen, daß in einigen Stadtteilen allein durch dessen Größe und Bevölkerungszahl die Gruppe der Kinder und Jugendlichen sehr groß ist, obwohl der relative Wert ein anderes Bild vermittelt. In der Südstadt zum Beispiel umfaßt ein relativ geringer Anteilswert von 11,1 % absolut 4.440 Kinder und Jugendliche im Stadtteil.

Durchschnittlich jedes fünfte Kind in Hannover ist nichtdeutscher Nationalität (vgl. Karte 2). Eine besondere Bedeutung erhält in diesem Zusammenhang die integrative Kinder und Jugendarbeit (vgl. Jugendhilferahmenplan der Stadt Hannover).

- Die höchsten Anteile von nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen sind in Linden-Süd (48 %), Vahrenheide (44 %) und Linden-Nord (44 %) zu finden.
- Mit mehr als einem Drittel ausländischer Kinder und Jugendlicher an der gleichaltrigen Bevölkerung ist der Anteil in den innenstadtnahen Stadtteilen Mitte, Calenberger Neustadt, Linden-Mitte, Nordstadt sowie in Ricklingen, Stöcken, Hainholz, Herrenhausen, Mittelfeld und Lahe ebenfalls überdurchschnittlich hoch.

Neben einer Analyse von aktuellen Strukturdaten ist es weiterhin erforderlich, die Bevölkerungsentwicklung der kommenden Jahre zu betrachten. Hierzu liegen die Ergebnisse der Bevölkerungsprognose 1995 bis 2010 vor (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Kommunalverband Großraum Hannover, Landkreis Hannover: Schriften zur Stadtentwicklung, Heft 74) (vgl. Abb. 1).

**ABBILDUNG 1: Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Kinder und Jugendlichen in der Landeshauptstadt Hannover**



Quelle: Kommunalverband Großraum Hannover, Landeshauptstadt Hannover, Landkreis Hannover(Hg.): Schriften zur Stadtentwicklung, Heft 74

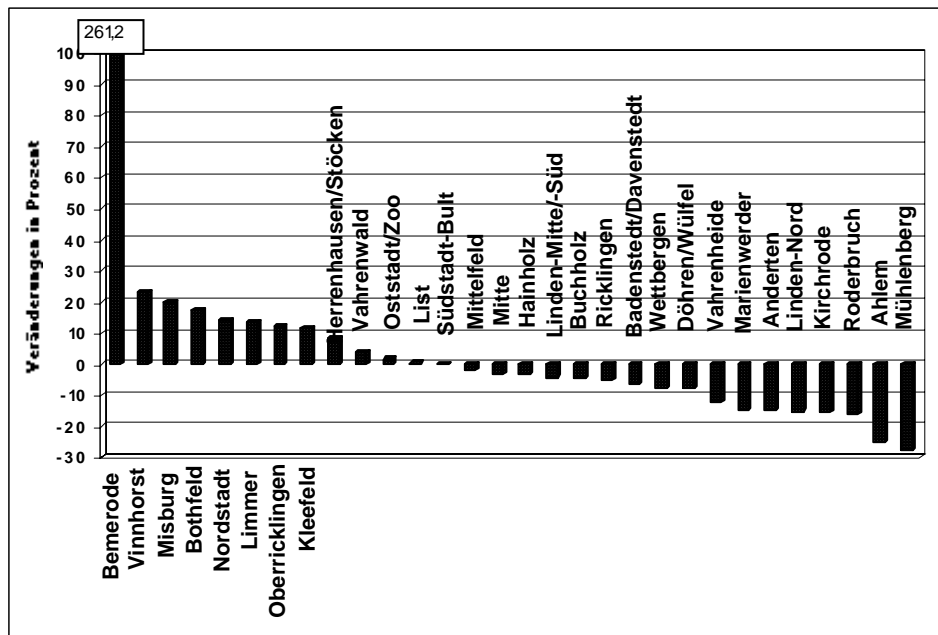
Die Entwicklungsverläufe bis 2010 unterscheiden sich in den verschiedenen Altersgruppen grundlegend voneinander:

- Die Gruppenstärken der 0- bis 2jährigen und der 3- bis 5jährigen werden kontinuierlich abnehmen und im Jahr 2010 um rund ein Fünftel (-3.170) bzw. 13 % (-1.830) geringer sein als heute. Die Anzahl der 6- bis 11jährigen wird bis zum Jahr 2005 noch um 3.700 Kinder ansteigen und erst danach bis zum Jahr 2010 um 1.350 Personen geringer werden.
- Die Zahl der 12- bis 15jährigen und die der 16- bis 17jährigen wird im gleichen Zeitraum um 4.560 bzw. um 2.640 ansteigen.

Ursächlich für diese Entwicklungsverläufe ist die allgemeine demographische Entwicklung, die sich in Wellen vollzieht; geburtenstarke und geburtenschwache Jahrgänge wechseln sich

hierbei ab. Nachdem ein Geburtenhöhepunkt Mitte der 90er Jahre erreicht wurde, werden in den folgenden Jahren wieder weniger Kinder geboren, weil die entsprechende Elterngeneration schwächer besetzt ist. Die geburtenstarken Jahrgänge der vergangenen Jahre - deren Eltern zu den geburtenstarken Jahrgängen der 60er Jahre gehören - finden sich heute etwa im schulpflichtigen Alter und wachsen bis 2010 zur Gruppe der älteren Jugendlichen heran.

**ABBILDUNG 2: Entwicklung der 0- bis 17jährigen bis 2010 nach Prognosebezirken**



Quelle: Kommunalverband Großraum Hannover, Landeshauptstadt Hannover, Landkreis Hannover(Hg.): Schriften zur Stadtentwicklung, Heft 74

Die Abbildung 2 verdeutlicht, daß die Entwicklung im Stadtgebiet unterschiedlich verlaufen wird. Die höchsten Zuwächse werden durch die Errichtung des neuen Stadtteils am Kronsberg im Prognosebezirk Bemerode erwartet. Nur für wenige weitere Prognosebezirke wird bis 2010 eine positive Bilanz vorausgeschätzt. In großen Teilen des Stadtgebietes ist mit einem Rückgang der Kinderzahlen zu rechnen. Die größten Verluste werden für Mühlenberg und Ahlem prognostiziert.

## 1.2 Mittlere Generation

Mit rund 315.800 Personen (61,3 %) stellt die mittlere Generation die größte Bevölkerungsgruppe in der Stadt Hannover dar. Sie setzt sich aus der Gruppe der "Jungen Erwachsenen" (18 bis 26 Jahre), die sich in der Regel in der Ausbildungsphase befinden, den Erwachsenen zwischen 27 und 44 Jahren in der hauptsächlichen Familien(gründungs)-phase und den Erwachsenen zwischen 45 und 59 Jahren zusammen.

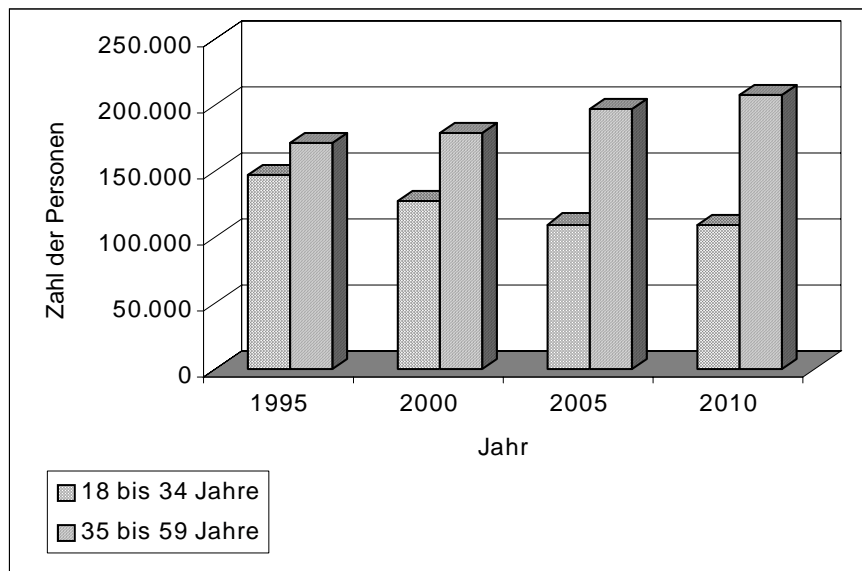
Die jungen Erwachsenen haben einen Anteil von 12,3 % an der hannoverschen Bevölkerung. Bedingt durch die verschiedenen Hochschulen und die Universität in Hannover und die dadurch zuziehenden Studentinnen und Studenten sind in dieser Altersgruppe relativ stabile Bevölkerungszahlen zu registrieren. Der Anteil der jungen Erwachsenen ist in den universitätsnahen Stadtteilen (Nordstadt, Herrenhausen, Linden, etc.) überdurchschnittlich hoch.

Erwachsene im Alter von 27 bis 44 Jahren sind mit einem Anteil von knapp 30 % an der Gesamtbevölkerung vertreten. Diese Gruppe ist sehr heterogen; entscheidende Variable ist dabei die Entscheidung für ein Leben mit oder ohne Kinder. In dieser Altersgruppe finden sich Singles, Paare ohne Kinder, Paare mit Kindern und alleinerziehende Mütter und Väter. Diese Gruppe wird im folgenden bezüglich der Familien- und Haushaltsstrukturen und des Wanderungsverhaltens im Zentrum der Betrachtung stehen.

Als weitere Gruppe können die 45- bis 59jährigen (19,2 %) zusammengefaßt werden. Sie gelten auf dem Arbeitsmarkt bereits als die älteren Arbeitnehmer. Sofern sie Kinder haben, werden diese erwachsen, was zur zunehmenden häuslichen Entpflichtung führt. Gleichzeitig ist dieses die Altersgruppe, deren Eltern allmählich hilfe- und pflegebedürftig werden.

Unter der nichtdeutschen Bevölkerung in Hannover stellt die mittlere Generation mit mehr als 70 % der Bevölkerung einen hohen Anteil an der Gesamtbevölkerung. Ein weit überdurchschnittlicher Anteil ist hierbei bei den jungen Erwachsenen mit fast einem Fünftel zu verzeichnen. Auch die Gruppe der 27- bis 44jährigen ist stärker besetzt als in der deutschen Bevölkerung.

**ABBILDUNG 3: Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Bevölkerung in der mittleren Generation 1995 bis 2010**



Quelle: Kommunalverband Großraum Hannover, Landeshauptstadt Hannover, Landkreis Hannover(Hg.): Schriften zur Stadtentwicklung, Heft 74

Die Abbildung 3 zeigt die Entwicklung in der Altersgruppe der mittleren Generation bis zum Jahr 2010. Aufgrund der Datenlage kann an dieser Stelle allerdings nicht auf die oben eingeführten Altersklassen Bezug genommen werden, sondern nur die Entwicklung in zwei Altersgruppen skizziert werden.

- Bis zum Jahr 2005 ist in der Altersgruppe der 18- bis 59jährigen insgesamt mit einer Bevölkerungsabnahme von rund 12.000 zu rechnen. Im Jahr 2010 wird das Ausgangsniveau von 1995 wieder fast erreicht werden.
- In den jüngeren Jahrgängen (18 bis 34 Jahre) wird eine kontinuierliche Abnahme bis zum Jahr 2010 um knapp 38.000 Personen erfolgen, was eine weitere Reduzierung der zukünftigen Elterngeneration bedeutet. In den älteren Jahrgängen (35 bis 59 Jahre), die



besetzt sein werden durch die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre, wird eine ebenso kontinuierliche und starke Zunahme von nahezu 37.000 Personen erwartet.

### 1.3. Ältere Menschen

Ende 1995 lebten rund 122.000 Menschen, die 60 Jahre und älter waren, in der Stadt Hannover. Damit zählte fast jede vierte Hannoveranerin bzw. jeder vierte Hannoveraner (23,7 %) zur Gruppe der älteren Bevölkerung.

In der Altersgruppe der Seniorinnen und Senioren sind Frauen mit einem Anteil von annähernd zwei Dritteln deutlich überrepräsentiert; eine Erscheinung, die einerseits durch die höhere Lebenserwartung von Frauen begründet werden kann und andererseits dadurch, daß die Gruppe der Männer durch deren Teilnahme am Zweiten Weltkrieg schwächer besetzt ist. In den oberen Altersklassen ist der Anteil der Männer noch geringer, bei den über 85jährigen beträgt dieser gerade noch ein Viertel.

Der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung variiert in einer Spannbreite von einem Zehntel bis zu einem Drittel zwischen den Stadtteilen. Überdurchschnittlich viele ältere Menschen leben in Stadtteilen, in denen Seniorenwohnungen, -wohnheime oder Pflegeheime ihren Standort haben, aber auch in Stadtteilen, in denen in den 60er Jahren in größerem Umfang Ein- und Zweifamilienhäuser für junge Familien entstanden sind und deren Bewohner heute das Seniorenalter erreicht haben (z.B. Leinhausen, Burg). Der Anteil der älteren Menschen im Stadtteil ist vor allem in den studentisch geprägten Stadtteilen (z.B. Linden, Nordstadt), den Großwohnsiedlungen der 60er Jahre (Sahlkamp, Vahrenheide, Mühlenberg) und in den Neubausiedlungen der vergangenen 15 Jahre (Bemerode, Wettbergen) sehr gering (vgl. Karte 3).

In der Gruppe der älteren Menschen beträgt der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung lediglich 3,8 %. Dennoch sind die älteren Migrantinnen und Migranten – im Sinne der vorausschauenden Planung - zunehmend in der Diskussion. Die Tatsache, daß die Generation der Gastarbeiter, die in den 60er Jahren nach Deutschland kam, allmählich das Seniorenalter erreicht, macht es erforderlich, über geeignete ambulante, stationäre und offene Angebote und Maßnahmen in der Altenhilfe nachzudenken (vgl. Altenhilfeplanung der Landeshauptstadt Hannover). Obwohl keine Vorausschätzung zur Entwicklung der Bevölkerungszahl der älteren Migrantinnen und Migranten vorliegt, läßt sich aufgrund der Anzahl der Nichtdeutschen, die heute im Alter von 45- bis 59 Jahre sind, vermuten, daß der Anteil der älteren Migrantinnen und Migranten an allen älteren Menschen in den kommenden Jahren stark ansteigen wird.

Um eine sach- und fachgerechte Altenhilfeplanung zu ermöglichen, ist es wiederum erforderlich, die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den unterschiedlichen Altersgruppen zu betrachten. Die Differenzierung erfolgt hierbei nach den spezifischen altersbezogenen Bedarfen, denen die Altenhilfe gerecht werden muß.

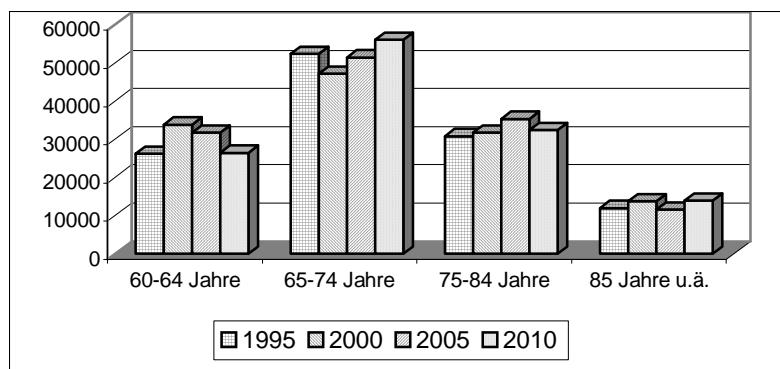
Absolut betrachtet, wird die Zahl der Seniorinnen und Senioren in Hannover bis zum Jahr 2010 voraussichtlich um rund 7.500 ansteigen. Der Entwicklungsverlauf vollzieht sich in den einzelnen Altersgruppen sehr unterschiedlich (vgl. Abbildung 4).

- Im Jahr 2000 werden die starken Geburtenjahrgänge der späten 30er Jahre in die Gruppe der 60- bis 64jährigen hineinwachsen und eine Zunahme der Bevölkerungszahl von rund 7.600 in dieser Gruppe bewirken. Hieran anschließend wird - wenn die Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge das Seniorenalter erreichen - die Zahl der jungen Seniorinnen und Senioren wieder absinken und im Jahr 2010 kaum über dem heutigen Ausgangsniveau liegen.

- In der nachfolgenden Altersgruppe der 65- bis 74jährigen ist kurzfristig bis zum Jahr 2000 mit einem Bevölkerungsrückgang von mehr als 5.000 Personen zu rechnen. Es handelt sich hierbei um die Geburtenjahrgänge der Weimarer Republik, die geprägt war durch wirtschaftliche Unsicherheit und - dadurch ausgelöst - geringe Geburtenzahlen. In dieser Altersgruppe wird es erst ab dem Jahr 2005 zu einer Bevölkerungszunahme kommen, wenn wiederum die geburtenstarken Jahrgänge der 30er Jahre in diese Altersklasse wachsen.
- Die Altersgruppe der 75- bis 84jährigen wird bis zum Jahr 2005 konstant um rund 4.500 Personen anwachsen. Anschließend wird es innerhalb der folgenden fünf Jahre zu einer Bevölkerungsabnahme von rund 3.000 Personen kommen, wenn die Geburtenjahrgänge der Weimarer Republik dieses Alter erreichen.
- Die Gruppe der über 85jährigen wird bis zum Jahr 2010 um rund 1.900 Personen zunehmen. Dabei wird im Jahr 2005, wenn die Geburtenjahrgänge des 1. Weltkrieges und der beginnenden Weimarer Republik das 85. Lebensjahr erreichen, vorübergehend eine Abnahme um etwa 2.000 Personen zu erwarten sein.

Im Sinne der wohnortnahen Betreuung und Versorgung in der Altenhilfe ist es sinnvoll, die Bevölkerungsentwicklung in der Gruppe der Seniorinnen und Senioren nach Prognosebezirken darzustellen.

**ABBILDUNG 4: Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der älteren Menschen (60 Jahre und älter) in der Landeshauptstadt Hannover bis 2010**

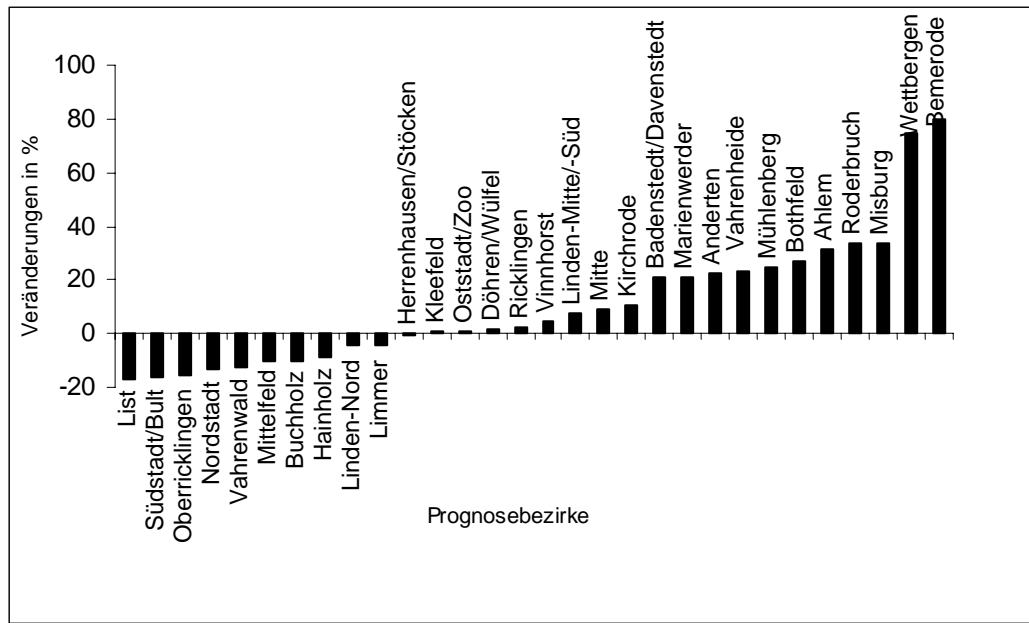


Quelle: Kommunalverband Großraum Hannover, Landeshauptstadt Hannover, Landkreis Hannover(Hg.): Schriften zur Stadtentwicklung, Heft 74

Die Abbildung 5 stellt die voraussichtliche Entwicklung der Zahl der älteren Menschen bis 2010 nach Prognosebezirken dar.

Die größten Verluste werden für die List, Südstadt/Bult und Oberricklingen erwartet. Erhebliche Zuwächse werden die Neubaugebiete der 80er und 90er Jahre, Bemerode und Wettbergen verzeichnen. Aber auch in Ahlem, Roderbruch und Misburg werden Steigerungsraten von rund einem Drittel erfolgen.

### ABBILDUNG 5: Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der älteren Menschen bis 2010 nach Prognosebezirken

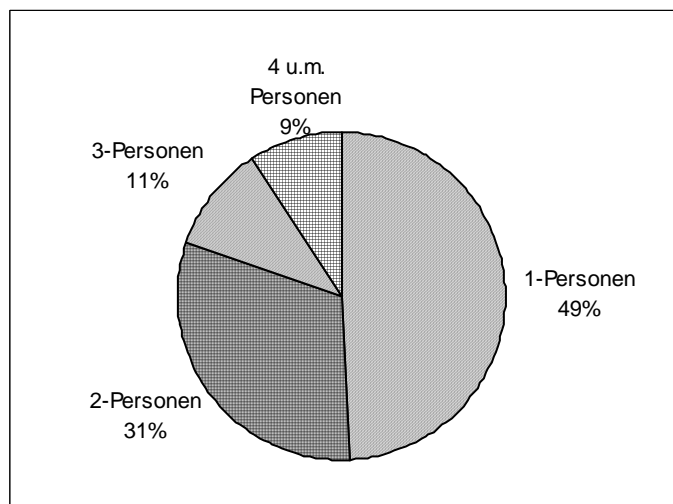


Quelle: Kommunalverband Großraum Hannover, Landeshauptstadt Hannover, Landkreis Hannover (Hg.): Schriften zur Stadtentwicklung, Heft 74

#### 1.4. Haushaltsstrukturen

1995 wurden in der Stadt Hannover rund 337.500 Haushalte - oder genauer gesagt Haushaltsvorstände - gezählt. Die Haushaltsvorstandsstatistik ermöglicht es annäherungsweise, einen Einblick in die Lebens- und Wohnformen der Bevölkerung zu erhalten. Ungenauigkeiten ergeben sich allerdings dadurch, daß sich bestimmte Wohnformen (z.B. unverheiratete Paare, Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenwohnen) durch diese Statistik nicht ausdrücken lassen. Personen in diesen Lebens- und Wohnformen werden jeweils als Einpersonenhaushalt gezählt. Auf dieser Grundlage läßt sich für die Stadt Hannover folgendes Bild skizzieren:

#### ABBILDUNG 6: Haushalte in Hannover nach Haushaltsgrößen 1995



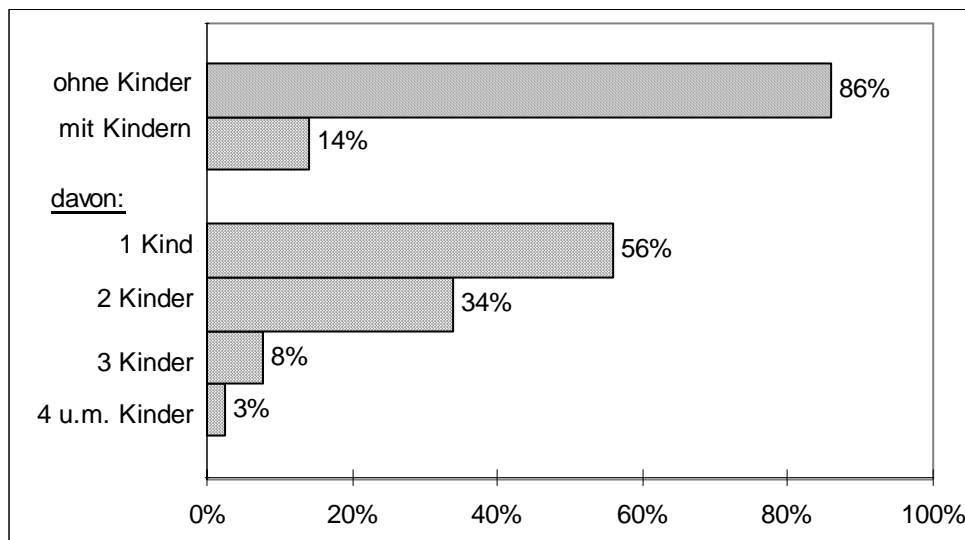
Quelle: Mikrozensus 1995

In der Abbildung 6 wird deutlich, daß in Hannover fast die Hälfte (49,3 %) aller Haushalte Einpersonenhaushalte sind. Damit überwiegt diese Wohnform deutlich. Die Gründe hierfür sind das zunehmende Bedürfnis der Menschen einen eigenen Haushalt zu führen, eine große Zahl Alleinlebender nach Trennung und Scheidung sowie ein relativ hoher Anteil älterer Menschen. In einem weiteren knappen Drittel (31 %) aller Haushalte leben zwei Personen zusammen. In dieser Gruppe finden sich vor allem (verheiratete) kinderlose Paare wieder. Nur in einem Fünftel (19,7 %) aller Haushalte leben drei und mehr Personen.

In 86 % aller Haushalte in Hannover lebten am 31.12.1995 keine Kinder (vgl. Abbildung 7). Da dieses eine Momentaufnahme darstellt, muß erwähnt werden, daß im Lebenszyklus der Anteil der Haushalte erheblich größer ist, in dem Kinder in irgendeiner Zeitphase aufwachsen. Daneben lassen die Haushaltsstrukturen erkennen, daß

- die Ein-Kind-Familie mit 56 % dominiert; also mehr als 26.500 Kinder in der Stadt ohne Geschwister aufwachsen,
- in einem weiteren Drittel aller Haushalte mit Kindern Erwachsene mit zwei Kindern leben und
- in weiteren rund 10 % der Haushalte drei und mehr Kinder wohnen.

**ABBILDUNG 7: Haushaltsvorstände am Ort der Hauptwohnung mit und ohne Kinder 1995**



Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Statistikstelle

Für die einzelnen Stadtteile stellt sich die Situation bezüglich des Anteils an Familienhaushalten an allen Haushalten unterschiedlich dar. Grundsätzlich läßt sich hierbei ein Bild zeichnen, das mit dem Anteil der Kinder und Jugendlichen in den Stadtteilen korrespondiert; dieses bedeutet einen weit unterdurchschnittlichen Anteil an Familienhaushalten in den innenstadtnahen Stadtteilen und einen weit überdurchschnittlichen Anteil an Familienhaushalten in den Großwohnsiedlungen und den großen Neubaugebieten (vgl. Karte 4).

Durch die Größe der Familien, das heißt der Anzahl der Kinder pro Haushalt, können die unterschiedliche Strukturen in den Stadtteilen noch differenzierter dargestellt werden.

- Typische Stadtteile mit **Ein-Kind-Familien** sind: Mitte, Südstadt, Oststadt, List, Vahrenwald, Herrenhausen, Döhren, Limmer und Ricklingen.
- **Zwei-Kind-Familien** sind überdurchschnittlich vertreten in Waldhausen, Heideviertel, Kirchrode, Seelhorst, Wettbergen, Bemerode, Wülferode.
- **Drei- und mehr Kind Familien** sind häufig in den Stadtteilen Vahrenheide, Sahlkamp, Lahe, Groß-Buchholz und Mühlenberg zu finden.

Der Anteil der Alleinstehenden mit Kind(ern) an allen Haushalten mit Kindern beträgt in der Stadt Hannover mehr als ein Fünftel (20,8 %). Fast ausschließlich (94,2 %) sind es Frauen, die alleinerziehend sind. Verglichen mit den Daten des Landkreises Hannover von 1994, die den Anteil der Alleinerziehenden mit 12,9 % ausweisen, ist der Anteil der Kinder, die mit nur einem Elternteil aufwachsen, in der Stadt Hannover signifikant höher. Auch hierin drückt sich eine spezielle großstädtische Lebensweise aus.

Wiederum nach Stadtteilen differenziert betrachtet, wird eine ungleiche Verteilung von Alleinstehenden mit Kind(ern) ersichtlich. Während in den äußeren Stadtteilen - mit Ausnahme von Vahrenheide, Wülfel und Mittelfeld - der Anteil der Alleinerziehenden gering bis durchschnittlich ist, nimmt deren Anteil - wiederum mit einigen Ausnahmen - zur Stadtmitte hin zu. Dort beträgt der Anteil der Alleinerziehenden an allen Familienhaushalten in weiten Teilen ein Viertel und mehr. Grundsätzlich ist auch festzustellen, daß im Osten des Stadtgebietes deutlich weniger Alleinstehende mit Kind leben. (vgl. Karte 5).

## 1.5 Bevölkerungswanderungen

Menschen verlegen aus den unterschiedlichsten Gründen in der Regel mehrfach im Leben ihren Wohnstandort. Berufliche Gründe oder familiäre Veränderungen sind hierfür ausschlaggebend. Darüber hinaus sind veränderte Ansprüche an die Wohnqualität und das Wohnumfeld der Anlaß für einen Umzug. Über die Grenzen der Stadt Hannover hinaus findet eine intensive Wanderungsbewegung statt. In den vergangenen 10 Jahren war der Saldo dieser Wanderungen für die Stadt Hannover positiv, das heißt, die Zahl derer, die in das Stadtgebiet gezogen sind, war höher als die Zahl derer, die Hannover verlassen haben. Diese positive Bilanz ist vor allem auf den Zuzug von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Migranten aus Osteuropa zurückzuführen. Nachdem diese Wanderungsströme sich reduziert haben, verzeichnet die Stadt Hannover wieder ein negatives Saldo.

Im Jahr 1995 sind insgesamt 30.400 Menschen in die Stadt Hannover gezogen, während gleichzeitig 31.900 Hannoveranerinnen und Hannoveraner die Stadt verließen. Der Bevölkerungsverlust liegt somit bei 1.500 Personen. Nach Altersgruppen betrachtet, zeigt sich, daß eine positive Bilanz allein bei den 18- bis 29jährigen, also jungen Menschen, die vor allem zu Ausbildungszwecken nach Hannover kommen, erzielt wird. Der höchste negative Saldo (minus 2.500 Personen) wurde bei den 30- bis 44jährigen verzeichnet. Insbesondere mit dieser Altersgruppe verließen zusätzlich rund 4.700 Kinder und Jugendliche die Stadt.

Die intensivsten Wanderungsverflechtungen bestehen mit dem Landkreis Hannover. Allein von 1992 bis 1995 hatte die Stadt gegenüber dem Landkreis einen Wanderungsverlust von 10.800 Personen. Es handelt sich hierbei - wie auch durch die Ergebnisse der Befragung von Zu- und Abwanderern aus und in den Landkreis (vgl. Schriften zur Stadtentwicklung, Heft 68) bestätigt - um Verluste bei Familien mit Kindern. Darüber hinaus zeigen sich ebenfalls Wanderungsverluste bei den höher Qualifizierten.

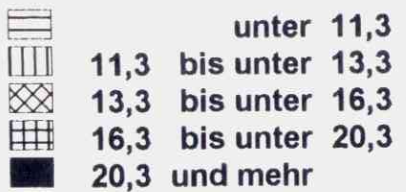
Für die Stadt Hannover bedeutet dieser Wanderungsverlust, daß vor allem die weniger Qualifizierten und einkommensschwächeren Familien mit Kindern in der Stadt Hannover bleiben.

# Kinder und Jugendliche

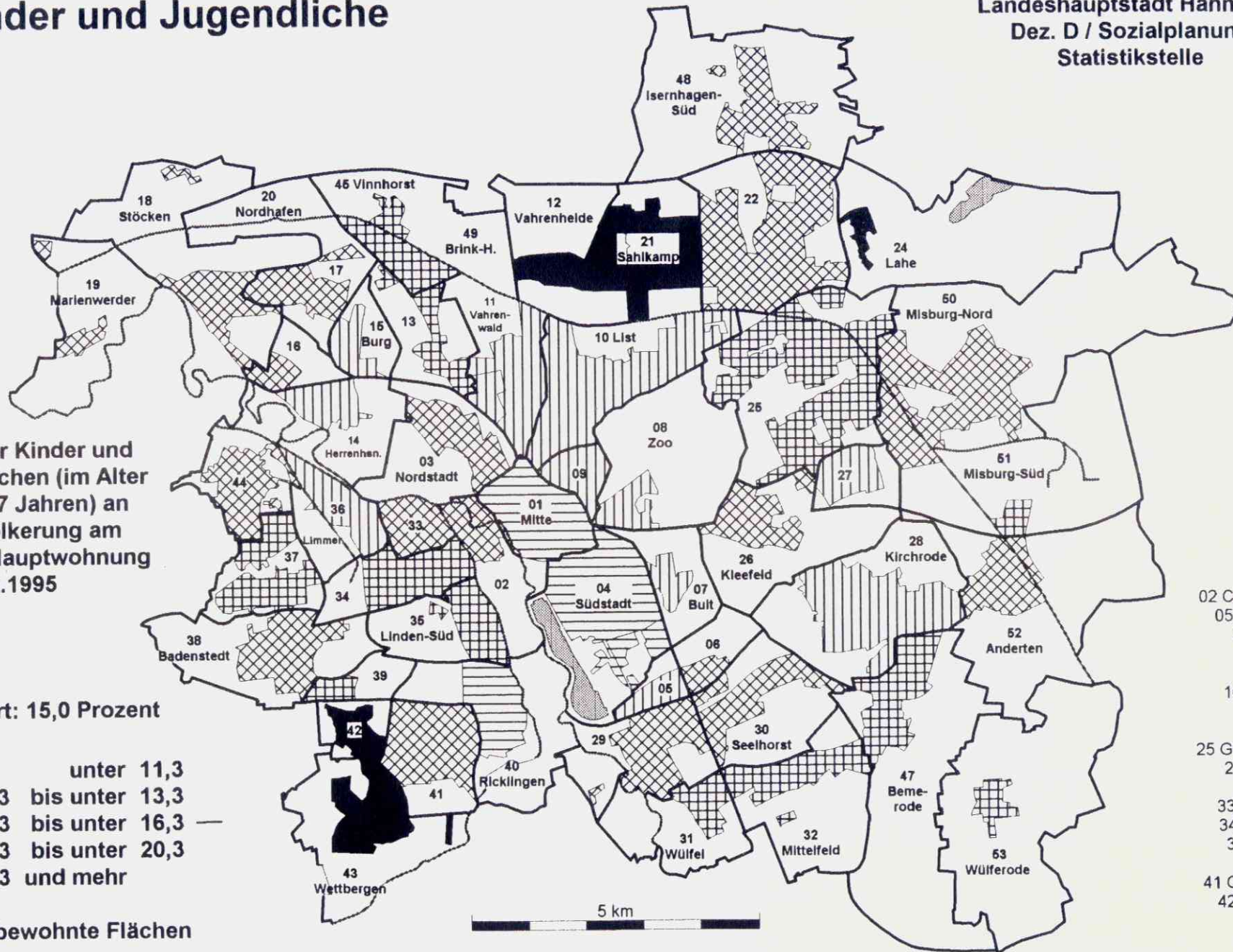
Landeshauptstadt Hannover  
 Dez. D / Sozialplanung  
 Statistikstelle

Anteil der Kinder und Jugendlichen (im Alter von 0 - 17 Jahren) an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1995

Stadtwert: 15,0 Prozent



 unbewohnte Flächen



- 02 Calenb. Neust.
- 05 Waldhausen
- 06 Waldheim
- 09 Oststadt
- 13 Hainholz
- 16 Leinhausen
- 17 Ledeburg
- 22 Bothfeld
- 25 Groß-Buchholz
- 27 Heideviertel
- 29 Döhren
- 33 Linden-Nord
- 34 Linden-Mitte
- 37 Davenstedt
- 39 Bornum
- 41 Oberricklingen
- 42 Mühlenberg
- 44 Ahlem

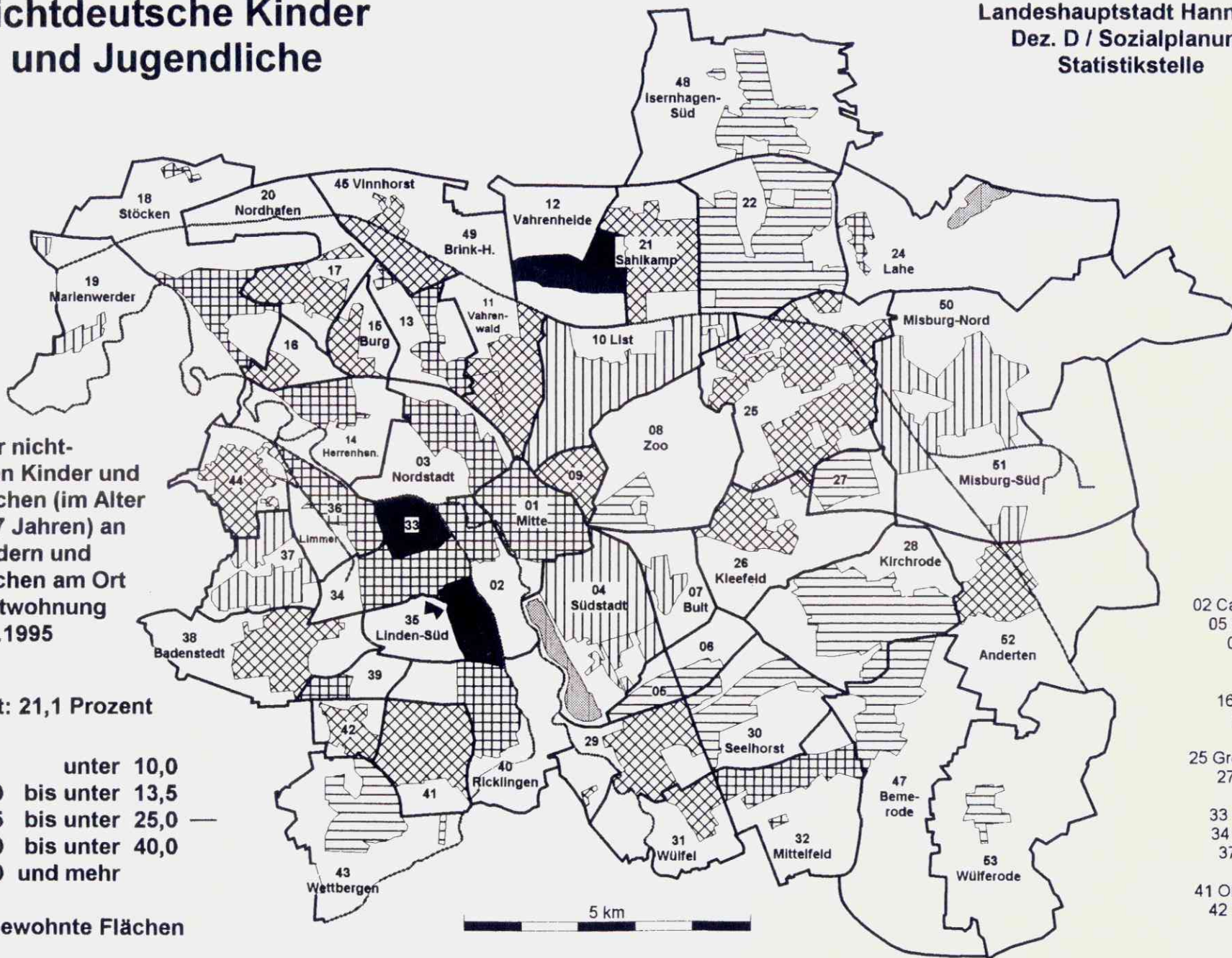
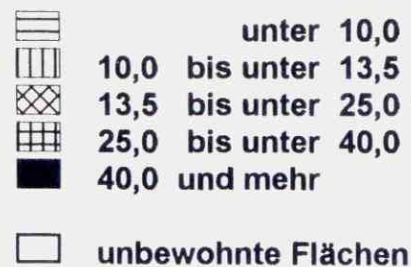


# Nichtdeutsche Kinder und Jugendliche

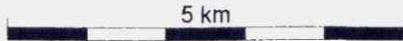
Landeshauptstadt Hannover  
Dez. D / Sozialplanung  
Statistikstelle

Anteil der nicht-deutschen Kinder und Jugendlichen (im Alter von 0 - 17 Jahren) an allen Kindern und Jugendlichen am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1995

Stadtwert: 21,1 Prozent



- 02 Calenb. Neust.
- 05 Waldhausen
- 06 Waldheim
- 09 Oststadt
- 13 Hainholz
- 16 Leinhausen
- 17 Ledeburg
- 22 Bothfeld
- 25 Groß-Buchholz
- 27 Heideviertel
- 29 Döhren
- 33 Linden-Nord
- 34 Linden-Mitte
- 37 Davenstedt
- 39 Bornum
- 41 Oberricklingen
- 42 Mühlenberg
- 44 Ahlem

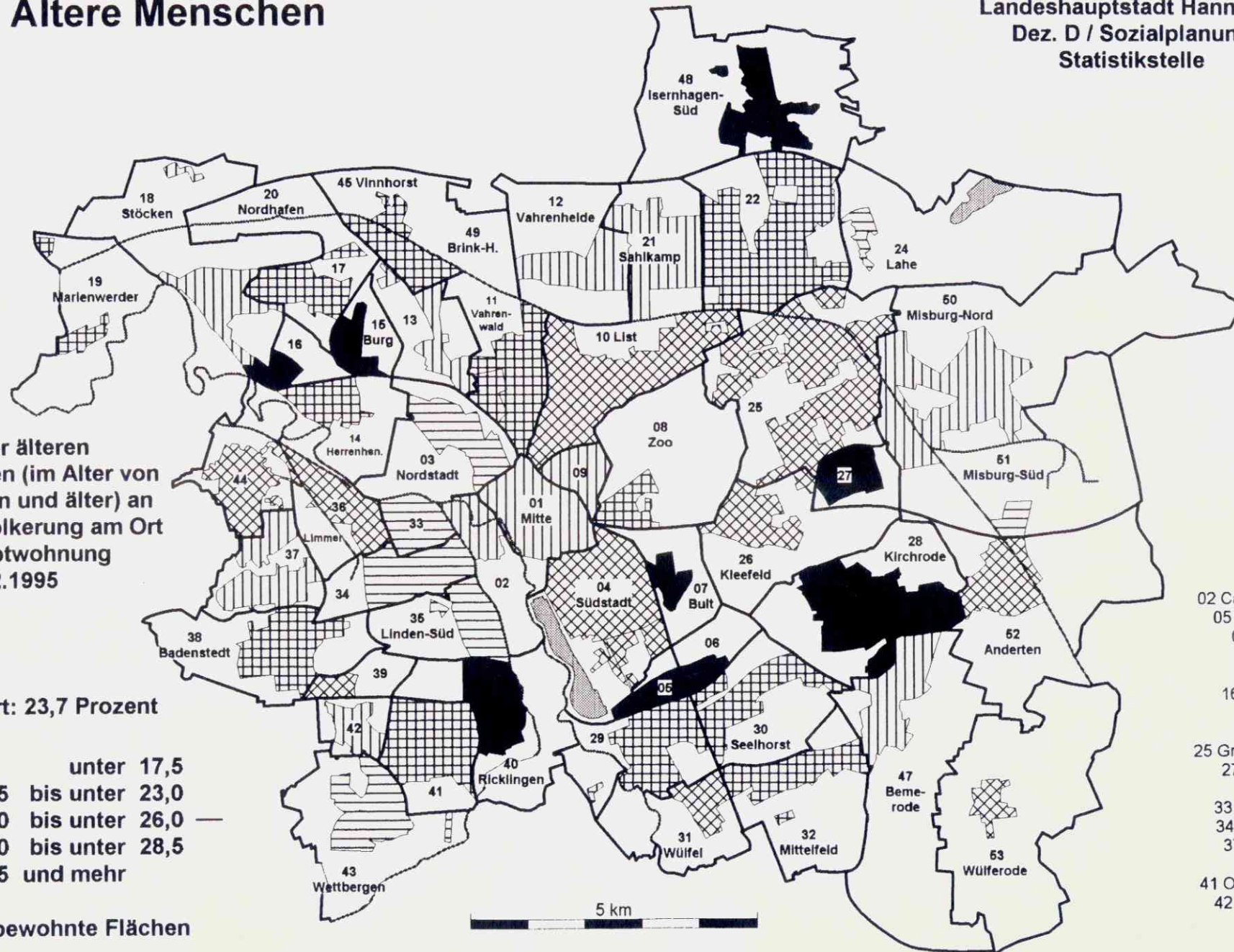
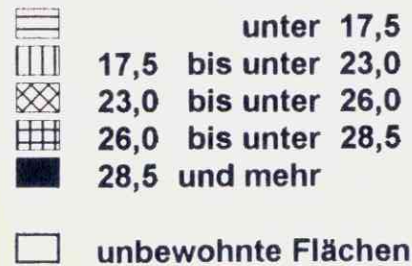


# Ältere Menschen

Landeshauptstadt Hannover  
 Dez. D / Sozialplanung  
 Statistikstelle

Anteil der älteren Menschen (im Alter von 60 Jahren und älter) an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1995

Stadtwert: 23,7 Prozent



- 02 Calenb. Neust.
- 05 Waldhausen
- 06 Waldheim
- 09 Oststadt
- 13 Hainholz
- 16 Leinhausen
- 17 Ledeburg
- 22 Bothfeld
- 25 Groß-Buchholz
- 27 Heideviertel
- 29 Döhren
- 33 Linden-Nord
- 34 Linden-Mitte
- 37 Davenstedt
- 39 Bornum
- 41 Oberricklingen
- 42 Mühlenberg
- 44 Ahlem



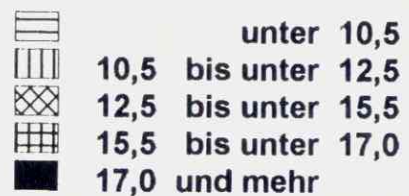


# Familienhaushalte

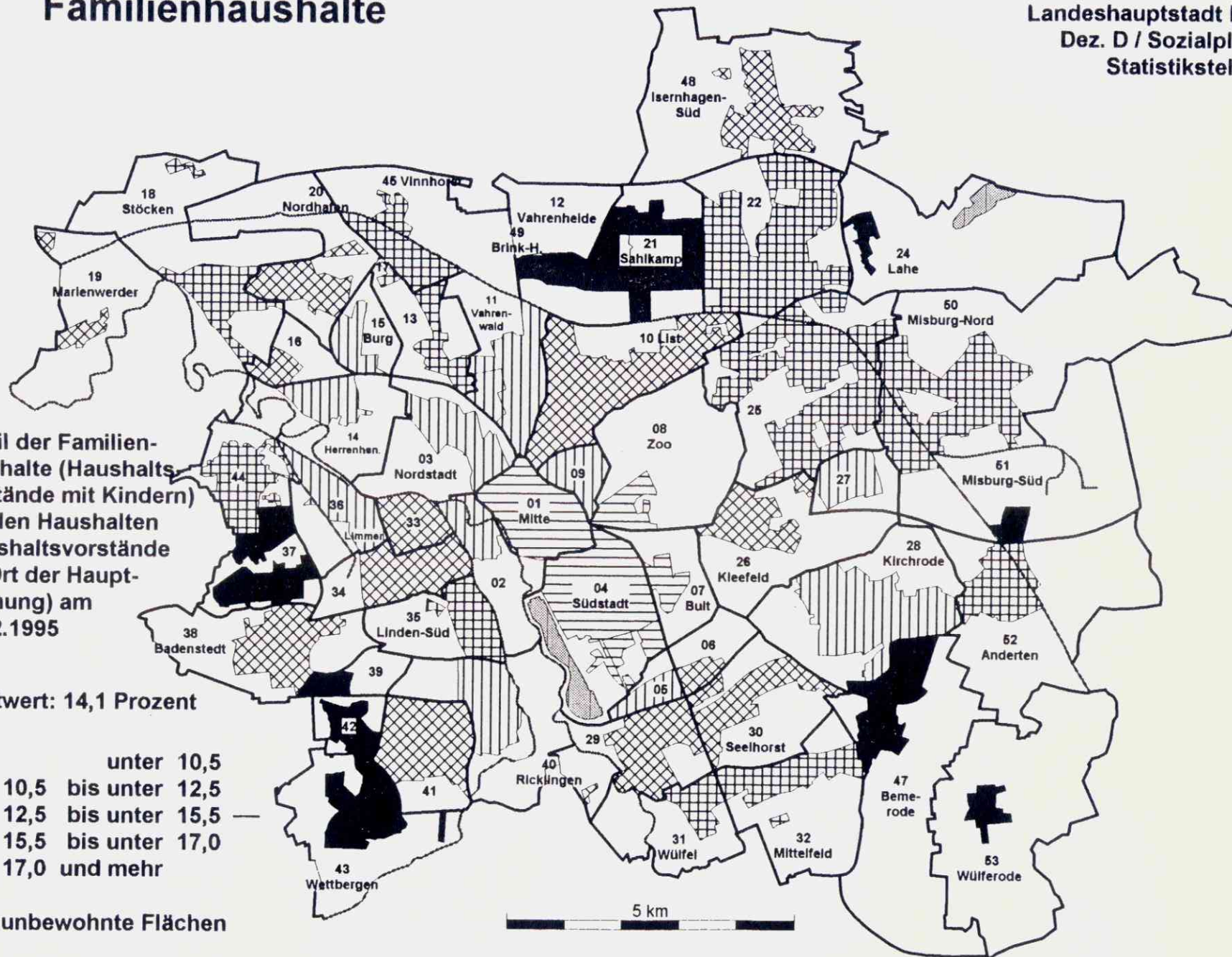
Landeshauptstadt Hannover  
 Dez. D / Sozialplanung  
 Statistikstelle

Anteil der Familienhaushalte (Haushaltsvorstände mit Kindern) an allen Haushalten (Haushaltsvorstände am Ort der Hauptwohnung) am 31.12.1995

Stadtwert: 14,1 Prozent



 unbewohnte Flächen



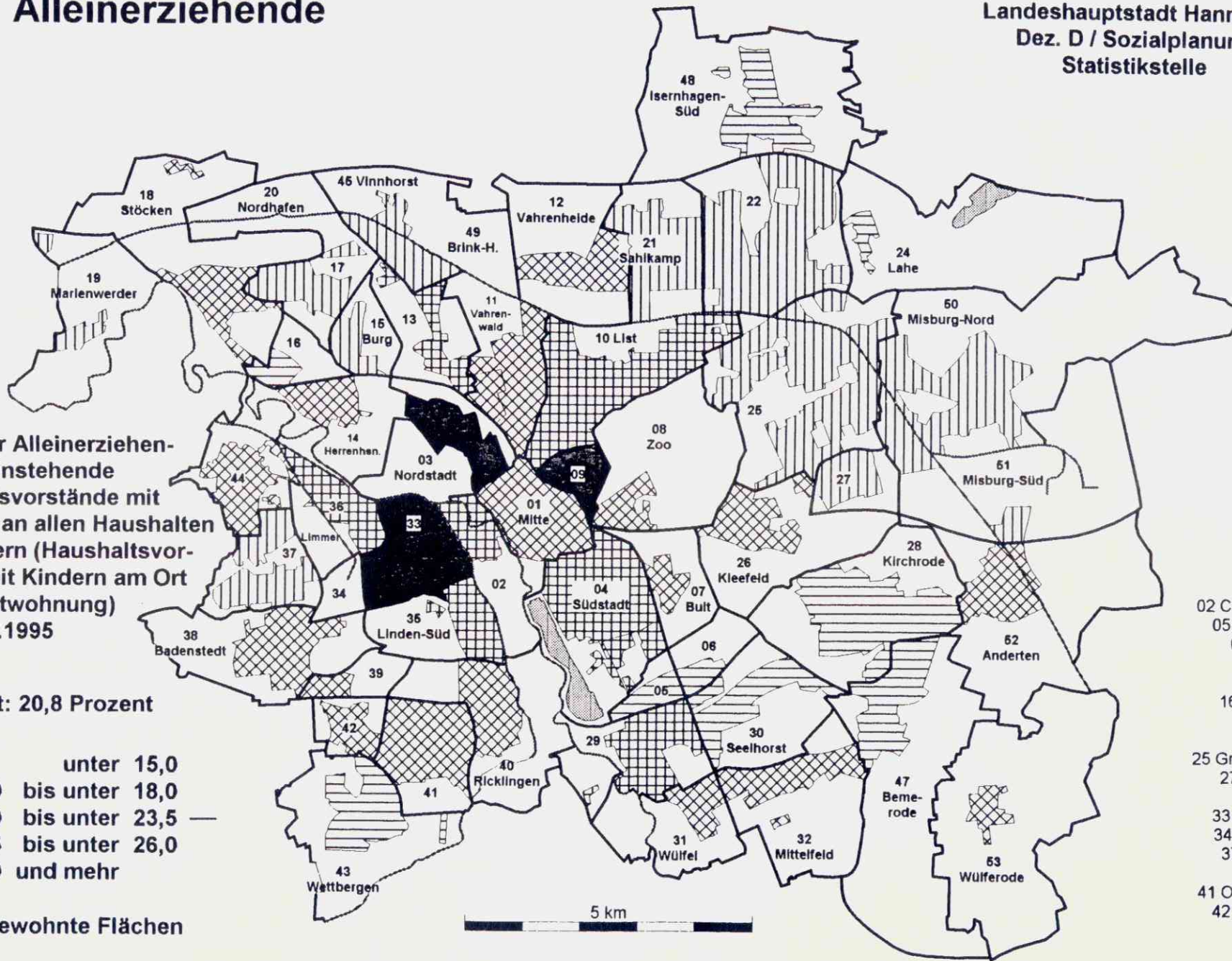
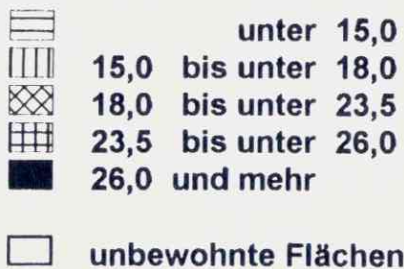
- 02 Calenb. Neust.
- 05 Waldhausen
- 06 Waldheim
- 09 Oststadt
- 13 Hainholz
- 16 Leinhausen
- 17 Ledeburg
- 22 Bothfeld
- 25 Groß-Buchholz
- 27 Heideviertel
- 29 Döhren
- 33 Linden-Nord
- 34 Linden-Mitte
- 37 Davenstedt
- 39 Bornum
- 41 Oberricklingen
- 42 Mühlenberg
- 44 Ahlem

# Alleinerziehende

Landeshauptstadt Hannover  
 Dez. D / Sozialplanung  
 Statistikstelle

Anteil der Alleinerziehenden (alleinstehende Haushaltsvorstände mit Kindern) an allen Haushalten mit Kindern (Haushaltsvorstände mit Kindern am Ort der Hauptwohnung) am 31.12.1995

Stadtwert: 20,8 Prozent



- 02 Calenb. Neust.
- 05 Waldhausen
- 06 Waldheim
- 09 Oststadt
- 13 Hainholz
- 16 Leinhausen
- 17 Ledeburg
- 22 Bothfeld
- 25 Groß-Buchholz
- 27 Heideviertel
- 29 Döhren
- 33 Linden-Nord
- 34 Linden-Mitte
- 37 Davenstedt
- 39 Bornum
- 41 Oberricklingen
- 42 Mühlenberg
- 44 Ahlem

## 2. Finanzielle Situation der Haushalte

### 2.1 Haushalte nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen

Für das Jahr 1993 wurde der Mikrozensus<sup>1</sup> erstmalig regionalisiert ausgewertet. Dadurch ist es auch möglich, die Einkommenssituation in der Stadt Hannover darzustellen und diese mit anderen Regionen zu vergleichen. Ein solcher Vergleich ist vor allem im Zusammenhang mit der Frage nach den Auswirkungen von Wanderungsbewegungen auf die Sozialstruktur näher zu betrachten. Zum Teil handelt es sich im folgenden aufgrund geringer Datenbasis um Schätzwerte. Bei vorhandenen großen Unterschieden tangieren diese aber nicht die Gültigkeit der Aussagen.

Für das Jahr 1995 ergab sich folgende Einkommensstruktur:

- Ein Viertel aller Haushalte in Hannover verfügte über ein Haushaltsnettoeinkommen, das unter 1.800 DM pro Monat lag.
- Einem weiteren Drittel aller Haushalte standen monatlich zwischen 1.800 und 3.000 DM zur Verfügung.
- Zur Einkommensgruppe, die 3.000 bis 4.000 DM pro Monat verdiente, zählte ein knappes Fünftel aller Haushalte.
- Ein Einkommen von 4.000 bis 5.000 bzw. 5.000 DM und mehr im Monat stand 11 % bzw. 13 % aller Haushalte zur Verfügung.

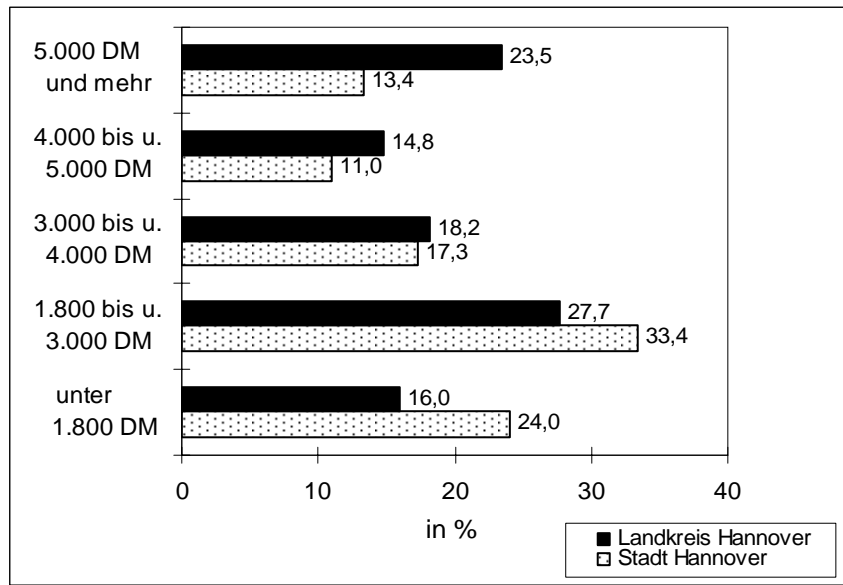
Vergleicht man die Einkommensstruktur in der Stadt Hannover mit der Situation im Landkreis Hannover wird ersichtlich, daß im Stadtgebiet der Anteil der Personen mit einem geringen Einkommen von unter 1.800 DM bedeutend höher ausfällt als im Landkreis. Gleichzeitig überwiegt der Anteil der Personen der oberen Einkommensgruppe (5.000 DM und mehr) im Landkreis deutlich (vgl. Abbildung 8).

Dieses Bild verstärkt sich noch weiter bei der Betrachtung der Einkommenssituation von Haushalten mit Kindern (vgl. Abbildung 9). Einem relativ hohen Anteil von Familien mit Kindern (39 %) standen 1995 in Hannover monatlich weniger als 3.000 DM zur Verfügung. Im Landkreis Hannover waren es zum gleichen Zeitpunkt nur 23 % aller Haushalte mit Kindern, die zur unteren Einkommensgruppe zählten. Besonders auffällige Disparitäten ergeben sich auch in der oberen Einkommensklasse. Während im Landkreis 37 % aller Haushalte mit Kindern über ein Haushaltsnettoeinkommen von 5.000 DM und mehr verfügen konnten, waren es in der Stadt Hannover nur 21 % der Haushalte, die dieses Einkommen erzielten.

---

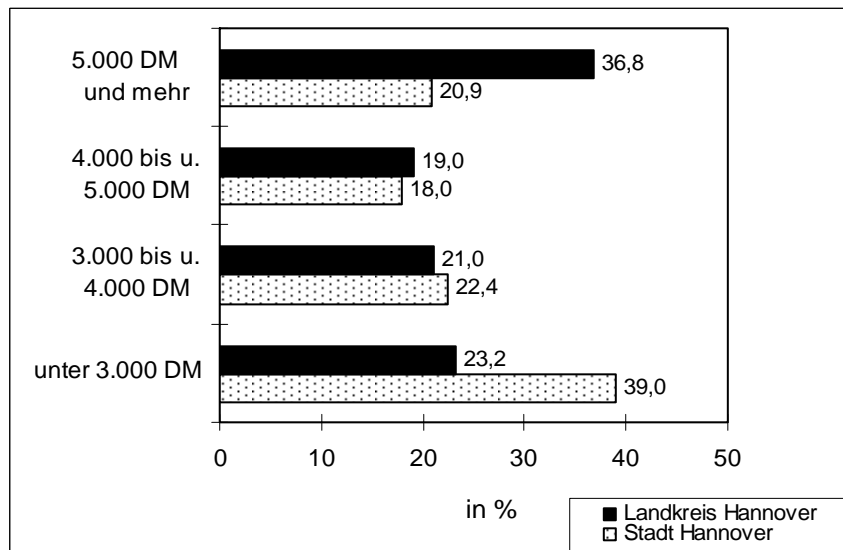
<sup>1</sup> Der Mikrozensus ist die jährliche amtliche Repräsentativstatistik über Bevölkerung und Arbeitsmarkt.

**Abbildung 8: Haushaltsnettoeinkommen in der Landeshauptstadt Hannover und im Landkreis Hannover 1995 – Haushalte insgesamt**



Quelle: Mikrozensus 1995

**Abbildung 9: Haushaltsnettoeinkommen in der Landeshauptstadt Hannover und im Landkreis Hannover 1995 – Haushalte mit Kindern**



Quelle: Mikrozensus 1995

Die Wanderungen aus der Stadt in den Landkreis haben wesentlich zur Entstehung dieser Strukturen beigetragen, da vor allem Besserverdienende und Höherqualifizierte die Stadt verlassen, um in eher ländlichen Gebieten Eigentum zu bilden. Auch in den nächsten Jahren ist im Landkreis Hannover eine Ausweisung von größeren Bauflächen vorgesehen, so daß sich diese Entwicklung fortsetzen könnte. Vor diesem Hintergrund müssen aus Sicht der Stadt Hannover weitere Ansätze entwickelt werden, die geeignet sind, besser verdienende Familien in der Stadt zu halten. Dazu zählt zum Beispiel eine gezielte familienorientierte Sozialpolitik sowie die Bereitstellung von Bauflächen zu familiengerechten Konditionen.

## 2.2 Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt

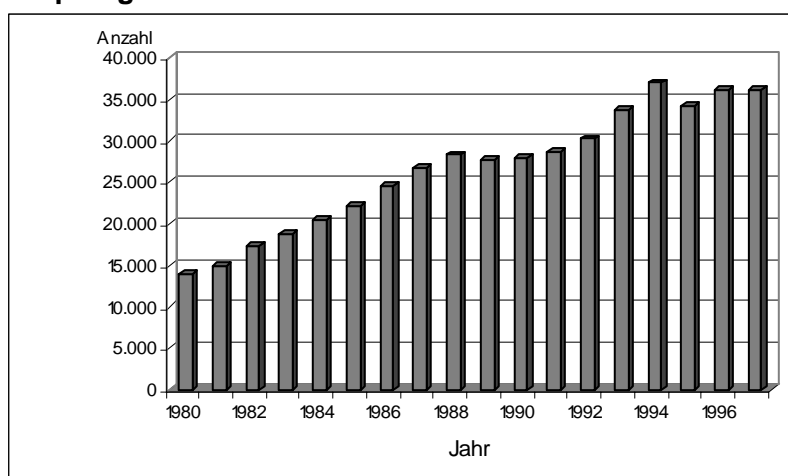
Im vorangegangenen Kapitel wurde deutlich, daß in der Stadt Hannover ein erheblicher Anteil aller Haushalte nur über ein geringes Haushaltseinkommen verfügt. Dieses sind vor allem Erwerbstätige der unteren Lohn- und Einkommensgruppen, Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen des Arbeitsamtes, Rentner, Studenten sowie eine große Zahl von Sozialhilfeempfängerinnen und –empfängern.

Aufgrund fehlender oder uneinheitlicher statistischer Basisdaten ist es nicht möglich, eine umfassende Analyse der Haushalte und Personen, die als arm gelten, durchzuführen. Um Armut in der Stadt Hannover annäherungsweise quantitativ zu erfassen und um die Struktur der finanziell Benachteiligten zu ermitteln, wird der Personenkreis der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt im folgenden stellvertretend für die Armutsbevölkerung analysiert und differenziert dargestellt.

### 2.2.1 Allgemeine Übersicht

Ende 1996 erhielten 36.100 Menschen in Hannover Hilfe zum Lebensunterhalt. Der Anteil der Nichtdeutschen an allen Empfängerinnen und –empfängern betrug zu diesem Zeitpunkt 34 %. Im Vergleich zum Vorjahr (33 %) hat sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Sozialhilfe somit weiter erhöht. Für das Jahresende 1997 liegt bisher nur eine geschätzte Zahl der Hilfeempfängerinnen und –empfänger vor. Demnach wird das Niveau von 1996 in etwa gehalten werden.

**Abbildung 10: Entwicklung der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt 1980 bis 1997**



Quelle: Landeshauptstadt Hannover –Sozialamt

Seit 1980 ist die Zahl der Empfängerinnen und –empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt von rund 14.000 kontinuierlich auf 36.000 Personen angestiegen (vgl. Abbildung 10). Die Entwicklung macht es erforderlich, die Struktur der Empfängerinnen und –empfänger genau zu analysieren und die Gründe für den Sozialhilfebezug zu eruieren. Dieses erfolgt, um möglichst zielgenaue Handlungsansätze für Wege aus der Armut zu entwickeln.

Die folgende Strukturanalyse gibt Auskunft über Personen, die am Stichtag 31.12.1995 Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten haben. Neuere Daten, die eine kleinräumige und zielgruppen-genaue Analyse erlauben, liegen aufgrund der Umstellung des EDV-Verfahrens leider nicht vor.

Am 31.12.1995 bezogen insgesamt 34.073 Personen in der Stadt Hannover Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Damit lag der Anteil der Sozialhilfeempfängerinnen und –empfängern an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung bei 6,5 %.

Im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten ist der Anteil an Empfängerinnen und –empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt in bezug auf die Wohnbevölkerung leicht überdurchschnittlich (vg. Kienbaum Unternehmensberatung GmbH; Kennzahlenvergleich großer Großstädte in der Hilfe zum Lebensunterhalt, 1996).

Bis zum Jahre 1993 war es möglich, anhand der Sozialhilfestatistik festzustellen, wie viele Personen im Laufe eines Jahres Sozialhilfe bezogen haben. Darin spiegelte sich die Zahl der Personen wider, die irgendwann während eines Jahres Hilfeleistungen in Anspruch genommen haben. Dadurch wurde auch deutlich, daß erheblich mehr Personen – oft auch kurzfristig, weil andere Kostenträger wie Arbeitsamt oder Rentenkasse noch nicht zahlten – Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten, als die Stichtagsbetrachtung umfaßt. Mit einer Gesamtzahl von 53.000 Hilfeempfängern im Jahr 1993 war etwa jede 10. Hannoveranerin bzw. jeder 10. Hannoveraner im Laufe des Jahres auf Sozialhilfe angewiesen.

Hauptgrund für den Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt war für mehr als die Hälfte aller Empfängerhaushalte (51 %) Arbeitslosigkeit. 20 % der Empfängerhaushalte nehmen Leistungen in Anspruch, weil das sonstige Einkommen unzureichend ist. Weitere Ursachen sind Krankheit (4 %), Ausfall des Ernährers (5 %) oder sonstige, nicht weiter differenzierte Anlässe (17 %). Arbeitslosigkeit kommt somit die größte Bedeutung als Ursache für den Sozialhilfebezug zu. Aufgrund von Arbeitslosigkeit sind besonders große Zuwächse von Sozialhilfebedürftigkeit zu verzeichnen, weil das Arbeitsamt nur noch kurzfristig Arbeitslosenhilfe gewährt und Arbeitslose früher als in der Vergangenheit Hilfe zum Lebensunterhalt beantragen müssen. Bei der Zunahme der Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger handelt es sich somit vielfach um die Verschiebung der Kostenträgerschaft zu Lasten der Kommune.

### **2.2.2 Räumliche Verteilung der Empfängerinnen und Empfänger**

Soziale Problemlagen und somit auch „Einkommensarmut“ sind ungleich über das Stadtgebiet verteilt. Sowohl absolut betrachtet als auch relativ auf die Gesamtbevölkerung bezogen, ergeben sich deutliche räumliche Differenzierungen (vgl. Karte 6-7). Diese Daten spiegeln allerdings keine „natürliche“ Situation der sozial-räumlichen Stadtentwicklung wider, sondern sind in hohem Maße geprägt durch die Strukturen auf dem Wohnungsmarkt und die ungleiche Verteilung der Belegungsrechte im Stadtgebiet (vgl. Kapitel 3). Zugleich ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß sich die sozialen Problemlagen innerhalb der stark belasteten Stadtteile nochmals auf bestimmte Wohnbereiche konzentrieren. Diese besondere Problemdichte erzeugt nicht selten ein angespanntes soziales Klima und führt infolgedessen auch zu einem negativen Image eines gesamten Stadtteils (z. B. Vahrenheide, Mühlenberg).

Die Stadtteile mit der höchsten **Anzahl** an Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt waren am 31.12.1995 Groß-Buchholz (2.230); Sahlkamp (1.960), Vahrenheide (1.960), List (1.820), Linden-Nord (1.670), Vahrenwald (1.370), Mühlenberg (1.370) und die Südstadt (1.350).

Die Stadtteile mit den höchsten **Anteilen** von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12.1995 waren: Vahrenheide (19 %), Mühlenberg (18,5 %), Sahlkamp (13,3 %), Mittelfeld (12,7 %) und Linden-Süd (12,5 %), Hainholz (11,6 %), Bornum (10,9 %), Wülfel (9,7 %) und Linden-Nord (9,3 %).

Für Nordhafen und Brink-Hafen wurde ebenfalls eine hohe Empfängerichte ermittelt. Aufgrund der geringen Bevölkerungszahl und der geringen absoluten Anzahl der Hilfeempfängerinnen und –empfänger werden diese Stadtteile im weiteren jedoch nicht in die Untersuchung einbezogen.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung in den Stadtteilen waren besonders selten von Hilfe zum Lebensunterhalt betroffen: Leinhausen (2,9 %), Lahe (2,8 %), Bult (1,9 %), Kirchrode (1,4 %), Zoo (1,3 %), Isernhagen-Süd (0,9 %), Waldhausen und Waldheim (je 0,6 %), Wülferode (0,4 %).

### 2.2.3 Empfängerinnen und Empfänger nach Personengruppen

#### Deutsche – Nichtdeutsche

Von den Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt waren rund 22.500 deutscher (67 %) und rund 11.200 nichtdeutscher (33 %) Nationalität. Bezogen auf die jeweilige Vergleichsbevölkerung ergibt sich für die deutschen Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt ein Anteil von 5,1 % und für die nichtdeutschen Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt ein Anteil von 15,7 %. Die nichtdeutsche Bevölkerung ist in Hannover somit überdurchschnittlich häufig von Hilfe zum Lebensunterhalt abhängig. Auch im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten zeigt sich, daß in Hannover anteilig an allen Empfängerinnen und Empfängern überdurchschnittlich viele Ausländerinnen und Ausländer Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten (vgl. Kienbaum Unternehmensberatung: Kennzahlenvergleich – Hilfe zum Lebensunterhalt, 1996).

Die höchsten Anteile von nichtdeutschen Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt an der nichtdeutschen Bevölkerung wurden in den Stadtteilen Mühlenberg (44,5 %), Sahlkamp (34,5 %), Vahrenheide (27,5 %), Bemerode (27,3 %), Davenstedt (27,3 %), Mittelfeld (24,8 %) erreicht (vgl. Karte 8).

#### Frauen – Männer

Frauen sind unter den Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt mit 18.600 Personen und damit einen Anteil von 55 % überdurchschnittlich vertreten. Bezogen auf die weibliche Bevölkerung ergibt sich ein Anteil von Sozialhilfeempfängerinnen von 6,8 %. Besonders häufig betroffen sind nichtdeutsche Frauen mit 17,1 %.

In der Altersgruppe von 18 bis 26 Jahren sind Frauen im Vergleich zur männlichen Bevölkerung mit 60 % besonders stark von Hilfe zum Lebensunterhalt abhängig. Mit Eintritt in das Rentenalter überwiegt der Anteil der Frauen an den Sozialhilfeempfängern noch deutlicher mit über 80 %. Verantwortlich hierfür ist die Tatsache, dass die heute älteren Frauen aufgrund ihrer Familientätigkeit keinen ausreichenden eigenen Rentenanspruch erarbeiten konnten.

Für den Großteil aller Stadtteile gilt, daß Frauen leicht überdurchschnittlich von Sozialhilfe abhängig sind. Die Stadtteile mit den höchsten Anteilen von weiblichen Hilfeempfängerinnen in bezug auf die weibliche Bevölkerung im Stadtteil sind: Vahrenheide (20 %), Mühlenberg (19 %), Sahlkamp (14,59 %), Mittelfeld (13 %), Linden-Süd (13 %), Hainholz (12 %), Bornum (12 %) und Linden-Nord (10 %), Wülfel (10 %), Linden-Mitte (9 %) (vgl. Karte 9).

### **Kinder und Jugendliche**

Der Anteil von Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung ist in Abhängigkeit vom Alter und damit der jeweiligen Lebensphase unterschiedlich hoch.

Die höchsten Anteile werden für Kinder und Jugendliche registriert. Dabei sind die unter 3jährigen mit 17,5 % an der gleichaltrigen Bevölkerung am stärksten betroffen. Mit dem Heranwachsen der Kinder und Jugendlichen sinkt der Anteil derer, die Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten bis zum Eintritt in die Volljährigkeit auf 11,5 %.

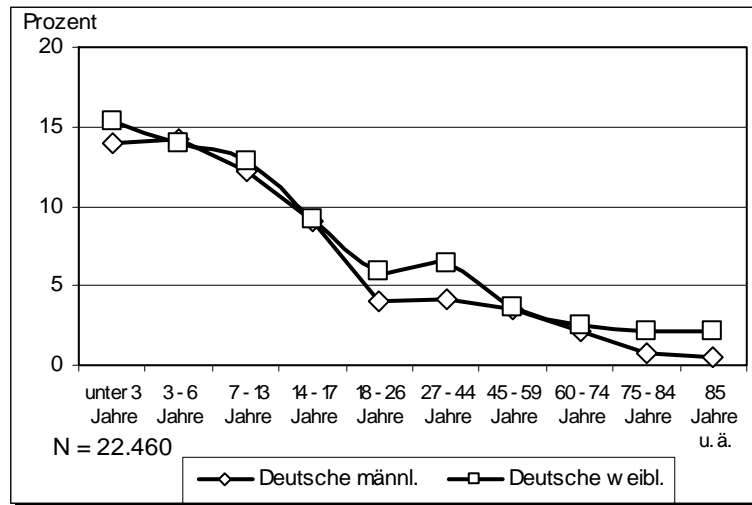
Betrachtet man deutsche und nichtdeutsche Empfängerinnen und Empfänger getrennt, sind die Verläufe bei den Kindern und Jugendlichen ähnlich: die Kurve für nichtdeutsche Empfänger verläuft jedoch auf sehr viel höherem Niveau. Unter den 0 – bis 3jährigen sind rund 28 % aller nichtdeutschen Kinder von HLU betroffen (vgl. Abbildung 11a und 11b).

Am häufigsten sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren bezogen auf die gleichaltrige Bevölkerung im Stadtteil in Mühlenberg (35 %) und in Vahrenheide (33 %) auf Sozialhilfe angewiesen. Etwa jedes vierte Kind oder Jugendlicher in den Stadtteilen Sahlkamp, Mittelfeld und Linden-Süd bezog Ende 1995 Hilfe zum Lebensunterhalt. Mit rund 20 % war der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die Sozialhilfe erhielten in der Calenberger Neustadt, in Hainholz, Wülfel, Bornum und Linden-Nord auch überdurchschnittlich hoch (vgl. Karte 10).

Die Situation nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher in den Stadtteilen stellt sich hierzu leicht abweichend dar. Zwar sind wiederum besonders hohe Anteile von Sozialhilfeempfängern an der gleichaltrigen Bevölkerung in den Stadtteilen Mühlenberg (55 %), Sahlkamp (51 %), Vahrenheide (35 %) und Mittelfeld (31 %), zu verzeichnen, aber auch in Bemerode (47 %), und Davenstedt (34 %), zwei Neubaugebiete der 80er und 90er Jahre, wurden weit überdurchschnittliche Empfängerquoten registriert (vgl. Karte 11).

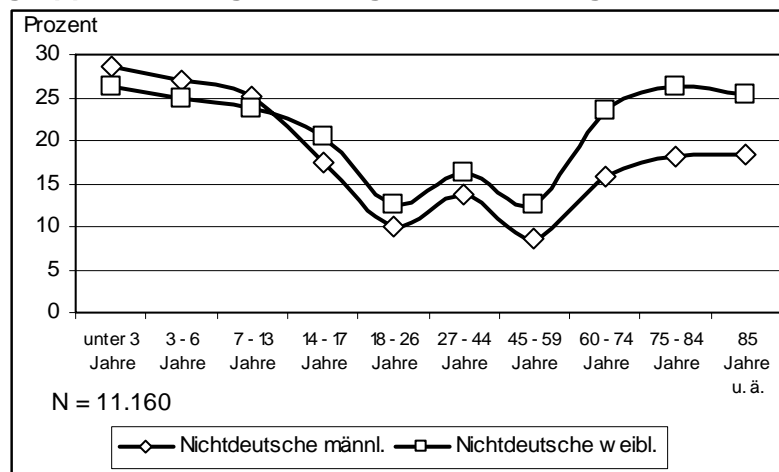


**Abbildung 11a: Deutsche Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Altersgruppen an der gleichaltrigen Bevölkerung am 31.12.1995**



Quelle: Landeshauptstadt Hannover – Statistikstelle

**Abbildung 11b: Nichtdeutsche Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Altersgruppen an der gleichaltrigen Bevölkerung am 31.12.1995**



Quelle: Landeshauptstadt Hannover – Statistikstelle

### Mittlere Generation und ältere Menschen

Im mittleren Erwachsenenalter sind insgesamt unterdurchschnittlich viele Personen von Sozialhilfe abhängig. Frauen sind in dieser Altersgruppe deutlich häufiger betroffen, dieses erklärt sich durch eine große Zahl von alleinerziehenden Müttern, die in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder nur eingeschränkt einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. In [Abbildung 11b](#) ist auffällig, daß Nichtdeutsche dieser Altersgruppe deutlich häufiger als Deutsche von Sozialhilfe abhängig sind und außerdem gegenüber jüngeren und auch älteren nichtdeutschen Altersgruppen nochmals ein merklicher Anstieg zu verzeichnen ist. Dieses läßt sich durch eine große Betroffenheit von Arbeitslosigkeit erklären und auch dadurch, daß die nichtdeutschen Erwerbstätigen in vielen Fällen zu den untersten Lohn- und Einkommensgruppen zählen und ergänzende Leistungen – vor allem bei größeren Familien – notwendig sind.

Die geringsten Anteile (2,8 %) werden für ältere Menschen verzeichnet (vgl. Abbildung 11a).

Altersarmut – gemessen am Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an allen älteren Menschen – betrifft mit insgesamt 3 % statistisch betrachtet nur wenig ältere Menschen. Innerhalb der Stadt Hannover sind allerdings wiederum in einzelnen Stadtteilen überdurchschnittlich viele Personen, die das 60. Lebensjahr bereits erreicht haben, von Hilfe zum Lebensunterhalt abhängig. Ältere Menschen in Vahrenheide (7,6 %), Mühlenberg (6,8 %) und Hainholz (6,2 %) sind davon besonders betroffen, aber auch in Linden-Süd (5,9 %), Linden-Nord (5,4 %), Sahlkamp (4,9 %) und Herrenhausen (4,8 %), sind besonders auf Sozialhilfe angewiesen (vgl. Karte 12).

Im Seniorenalter weichen die Kurvenverläufe der deutschen und nichtdeutschen Hilfeempfänger stark voneinander ab: Ab dem 60sten Lebensjahr sind 900 der 4.600 nichtdeutschen älteren Menschen von Sozialhilfe abhängig. Es handelt sich dabei um ältere Menschen, die vor mehr als 30 Jahren als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen sind (36 %) und um ältere Menschen, die jüdische Emigranten vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion gekommen sind (39 %) (vgl. Abbildung 11b).

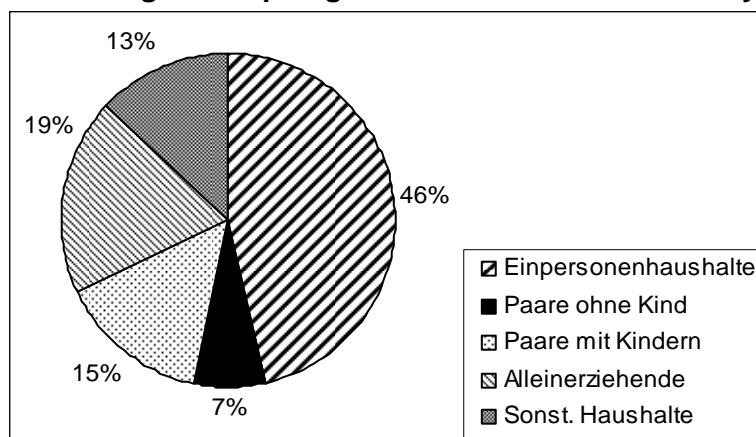
#### **2.2.4 Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt**

In der Stadt Hannover erhielten am 31.12.1995 insgesamt 18.400 Haushalte Hilfe zum Lebensunterhalt. Bezogen auf alle Haushalte ergibt sich hieraus ein Anteil von 5,5 %.

Mit einem Anteil von 46 % bilden Einpersonenhaushalte die größte Gruppe der betroffenen Haushalte. Paare ohne Kinder sind mit einem Anteil von 7 % nur selten von Sozialhilfe abhängig (vgl. Abbildung 12).

Als Kerngruppe der Einkommensarmut sind Familienhaushalte mit Kindern zu werten, obwohl dieser Haushaltstyp mit nur 34 % erheblich seltener als Einpersonenhaushalte in der Sozialhilfestatistik gezählt wurde. An dieser Stelle ist zu bedenken, daß in Einpersonenhaushalten jeweils nur eine Person von Sozialhilfe betroffen ist. In Familienhaushalten mit Kindern sind jeweils mindestens zwei, meistens doch drei und mehr Personen von Sozialhilfe abhängig. Weiterhin ist zu bemerken, daß im Vergleich zum Anteil der Haushalte mit Kindern in der Stadt (14 %) Familienhaushalte in der Sozialhilfe mit 36 % deutlich überrepräsentiert sind.

Ende 1995 bezogen 2.600 Paare (auch unverheiratete) mit Kindern Hilfe zum Lebensunterhalt. Bezogen auf alle Paare mit Kindern in der Stadt Hannover ergibt sich hieraus ein Anteil von 7 %. 3.500 Alleinerziehende, erhielten Hilfe zum Lebensunterhalt; dieses entspricht einem Anteil von 36 % an allen Haushalten von Alleinerziehenden. Gegenüber anderen Großstädten ist der Anteil an Alleinerziehenden in der HLU vergleichsweise gering. Dieses läßt vermuten, daß in Hannover vor allem durch das bestehende Betreuungsangebot für Kinder bessere Erwerbsmöglichkeiten für Alleinerziehende bestehen.

**Abbildung 12: Empfängerhaushalte nach Haushaltstypen**

Quelle: Landeshauptstadt Hannover – Statistikstelle

Die höchste **Anzahl** von Empfängerhaushalten ist in Hannover in den Stadtteilen Groß-Buchholz und List sowie Vahrenheide, Sahlkamp, Vahrenwald, Südstadt und Linden-Nord zu finden (vgl. Karte 13).

Bezogen auf alle Haushalte im Stadtteil werden die höchsten **Anteile** in Vahrenheide, Sahlkamp, Hainholz, Linden-Süd, Bornum, Mühlberg und Mittelfeld erreicht (vgl. Karte 14).

Familienhaushalte sind in den Stadtteilen Sahlkamp, Vinnhorst, Mühlberg, Wettbergen, Wülfel, Bemerode und Misburg-Süd am stärksten von Hilfe zum Lebensunterhalt abhängig. Weit überdurchschnittliche Werte werden ebenfalls in Bothfeld, Davenstedt, Linden-Süd, Döhren, Kleefeld und Anderten erzielt (vgl. Karte 15-16).

Über 50 % aller Haushalte von Alleinerziehenden erhalten in Vahrenheide, Sahlkamp, Hainholz, Linden-Süd, Bornum, Mühlberg und Mittelfeld Hilfe zum Lebensunterhalt (vgl. Karte 17). Hierbei handelt es sich ausnahmslos um Stadtteile, in denen Alleinerziehende nicht mit den höchsten Anteilen vertreten sind (vgl. auch Karte 5). Diese Verteilung wird weitgehend über den Bestand an Belegungsrechten erzeugt. Das bedeutet, daß Alleinerziehende mit Sozialhilfeanspruch in diese Stadtteile vermittelt werden.

### 2.3 Exkurs: Wachsende kritische Auseinandersetzung um die Funktion von Sozialhilfe

Das Thema Sozialhilfe ist zunehmend Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden. In Fachkreisen, den Medien und in der Bevölkerung werden unter verschiedenen Gesichtspunkten Sozialhilfethemen problematisiert und diskutiert. Auf allen Diskussionsebenen geht es sowohl um quantitative, gesellschaftliche als auch um individuelle Gerechtigkeitsaspekte.

Die Anlässe für die Auseinandersetzung mit dem Thema Sozialhilfe und Sozialhilfeleistungen sind vielfältiger Art. Einer der Hauptpunkte ist die Tatsache, daß die ermittelte und ausgewiesene Zahl der Leistungsempfänger das Maß der wirklichen Bedürftigkeit nicht hinreichend widerspiegelt und dadurch die Armutproblematik nur verzerrt dargestellt wird. Dieser Tatbestand wird durch individuelles Verhalten (Verzicht auf zustehende Leistungen bzw. Sozialhilfemißbrauch) geprägt, und er hat Ursachen, die in der methodischen (Stichtagsbetrachtung – Längsschnittbetrachtung) und strukturellen (Lohnabstandsniveau) Ebene zu suchen sind.

- **Unberechtigte Inanspruchnahme und Verzicht auf Leistungen**

In der Öffentlichkeit wird die Problematik der gestiegenen Sozialhilfeausgaben immer wieder im Zusammenhang mit vermutetem, angeblichem oder auch realem Sozialhilfemißbrauch diskutiert.

Keine exakten Erkenntnisse liegen darüber vor, in welchem Umfang Sozialhilfe mißbräuchlich in Anspruch genommen wird. 1995 wurde im Bereich der Landeshauptstadt Hannover in 0,42 % aller Hilfgewährungen Sozialhilfemißbrauch aufgedeckt und zur Strafanzeige gebracht.

Daneben bestehen aber eine ganze Reihe denkbarer Fallkonstellationen der mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialhilfe, die im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten nicht erfaßt werden können. Hierbei ist insbesondere an die Fälle der sogenannten "eheähnlichen Gemeinschaft" sowie daran zu denken, daß Hilfeempfänger von Verwandten freiwillig Unterhalts- bzw. sonstige Geldleistungen erhalten, ohne diese gegenüber dem Sozialamt anzugeben.

Eine Dunkelziffer von 1:10 unterstellt, errechnet sich hieraus ein Sozialhilfemißbrauch in Höhe von 4,2 %.

Dem gegenüber steht eine schätzungsweise deutlich größere Gruppe, die aufgrund ihrer persönlichen und finanziellen Voraussetzungen ein Anrecht auf die Gewährung von Sozialhilfeleistungen hat ohne diese wahrzunehmen. Dieses geschieht häufig aus Unkenntnis über bestehende Ansprüche oder aus Scham. Letzteres – so wird vermutet – trifft vor allem auf ältere Menschen zu, die lieber mit einer niedrigen Rente auskommen, anstatt ihre finanzielle Situation offenzulegen. Andere Anspruchsberechtigte verzichten auf Leistungen, um zu verhindern, daß z. B. Kinder zum Unterhalt herangezogen werden.

Insgesamt betrachtet ist die Gruppe der Personen, die Sozialhilfeleistungen zu Unrecht erhalten auf Basis praktischer Erfahrungen weitaus kleiner, als die Gruppe derjenigen, die bestehende Ansprüche nicht wahrnehmen.

- **Differenz zwischen der ausgewiesenen Zahl der Hilfeempfänger und der Zahl der insgesamt gefährdeten**

Aus der Sozialhilfestatistik läßt sich zu jedem gewünschten Zeitpunkt die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger und deren Struktur ablesen. Dadurch können detaillierte Informationen über den Kreis der momentan von Armut betroffenen ablesen. Seit der Reform des Bundessozialhilfegesetzes und der damit parallel überarbeiteten Sozialhilfestatistik wird jedoch die Summe der Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger, die im Verlauf eines Jahres Leistungen empfangen haben, nicht mehr gebildet.

Welche Differenz zwischen der Anzahl der Hilfeempfänger am Stichtag und der Jahressumme liegt, wurde im Sozialbericht 1993 deutlich. Im Verlauf des Jahres 1992 erhielten mehr als 50.000 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt, das entspricht einem Anteil von rund 10 % an der Bevölkerung. Am 31.12.1992 hingegen wurden „nur“ 30.000 Personen gezählt, die entsprechende Leistungen erhielten.

Hierdurch wird deutlich, daß Sozialhilfe für weitaus mehr Menschen als zeitweilige Überbrückung in finanziellen Notsituation eingreift, als in der Stichtagsbetrachtung deutlich wird.

- **Veränderlichkeit von Armutslagen**

Armut hat vielfältige Ausprägungen und ist im Lebenslauf veränderbar. Die Annahme, das sich die Armutbevölkerung bzw. das Armutspotential in der Bevölkerung auf eine fest definierbare Randgruppe reduziert, ist nicht zutreffend.

Bis heute gibt es allerdings keine Analyse über die Dauer des Sozialhilfebezugs, d.h. es liegen keine Informationen darüber vor, wie lange Empfängerinnen und Empfänger Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, ob bestimmte Gruppen von Langzeitarbeit betroffen sind und ob sich Gruppen herausfiltern lassen, die Sozialhilfeleistungen bewußt als Überbrückung - nach Scheidung, Krankheit oder als Alleinerziehende - in Anspruch nehmen.

In der Sozialhilfestatistik werden Empfängerinnen und –empfänger, die z.B. über den Zeitraum einer Woche Leistungen erhalten genauso gezählt wie Empfängerinnen und –empfänger, die ganzjährig Leistungen beziehen. Es kann nicht ausgewiesen werden, wer schon über Jahre Leistungen erhält oder wer Sozialhilfe vorübergehend in Anspruch nimmt. Genauso wenig können bei der Zählung Unterbrechungen im Sozialhilfebezug aufgezeigt werden.

In Bremen wurden diese Fragestellungen in einer Untersuchung der Universität bearbeitet. Dort kam man zu Ergebnissen, die zeigen, daß sich Armut sehr viel differenzierter darstellt als üblich angenommen. Es wurde ermittelt, daß die Mehrheit der Armen nur vorübergehend (56 % bis zu einem Jahr) von Armut betroffen ist und nur 11 % der Betroffenen 6 Jahre und länger Sozialhilfeleistungen erhielten.

Auch für Hannover ist es erforderlich, zu analysieren, wie groß der Sockel der verfestigten Armut ist und in welchem Maß Sozialhilfe eine Funktion zur Überbrückung einer Notlage einnimmt. Diese Fragestellungen müssen und können in Zukunft verstärkt bearbeitet werden. Hilfreich ist in diesem Zusammenhang die Einführung des neuen Datenerfassungsprogramms, das entsprechende Auswertungen grundsätzlich ermöglicht.

- **Lohnabstandsgebot**

Durch die Sozialhilfe soll einerseits dem Sozialhilfeempfänger die Führung eines Lebens ermöglicht werden, das der Würde des Menschen entspricht; andererseits soll hierdurch nicht der Anreiz verloren gehen, den Lebensunterhalt auch ohne Sozialhilfeleistungen zu bestreiten. Von Kritikerseite werden Vorwürfe erhoben, die existenzsichernden Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz seien überhöht. Das sozialhilferechtlich garantierte Einkommensniveau unterscheidet sich in vielen Fällen nicht mehr vom Einkommensniveau von Arbeitnehmerhaushalten, bzw. die Sozialhilfeleistungen lägen sogar über dem Einkommen, die von Arbeitnehmern mit geringen Verdiensten erzielt würden. Dieser Sachverhalt trage dazu bei, daß viele Bürger den Anreiz zur selbstverantwortlichen Existenzsicherung verlören.

Aus einer Untersuchung der Freien und Hansestadt Hamburg, die für verschiedene Bedarfsgemeinschaften exemplarisch überprüft hat, ob das Lohnabstandsgebot eingehalten wird, wissen wir, daß das Lohnabstandsgebot prinzipiell bestand hat. Sogar für Haushalte von Ehepaaren mit 2 und 3 Kinder sowie Alleinerziehenden mit 2 Kindern ergaben sämtliche Berechnungen, daß das verfügbare Haushaltseinkommen zwischen 4,9 % und 24,7 % (je nach verglichener Lohngruppe) über "dem Sozialhilfesatz" lag. In Einzelfällen mag es allerdings größere Bedarfsgemeinschaften geben, die Sozialhilfeleistungen erhalten, die höher liegen als ein vergleichbares Erwerbseinkommen.

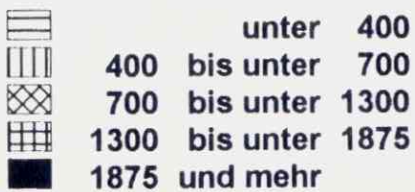
In Hannover lebten zum Zeitpunkt der Betrachtung in 5 % aller Empfängerhaushalte (940 Haushalte) fünf und mehr Personen zusammen. Diese Größe stellt die maximale Obergrenze der Haushalte dar, die Sozialhilfeleistungen erhielten, die nicht dem Lohnabstandsgebot entsprachen.


# Hilfe zum Lebensunterhalt

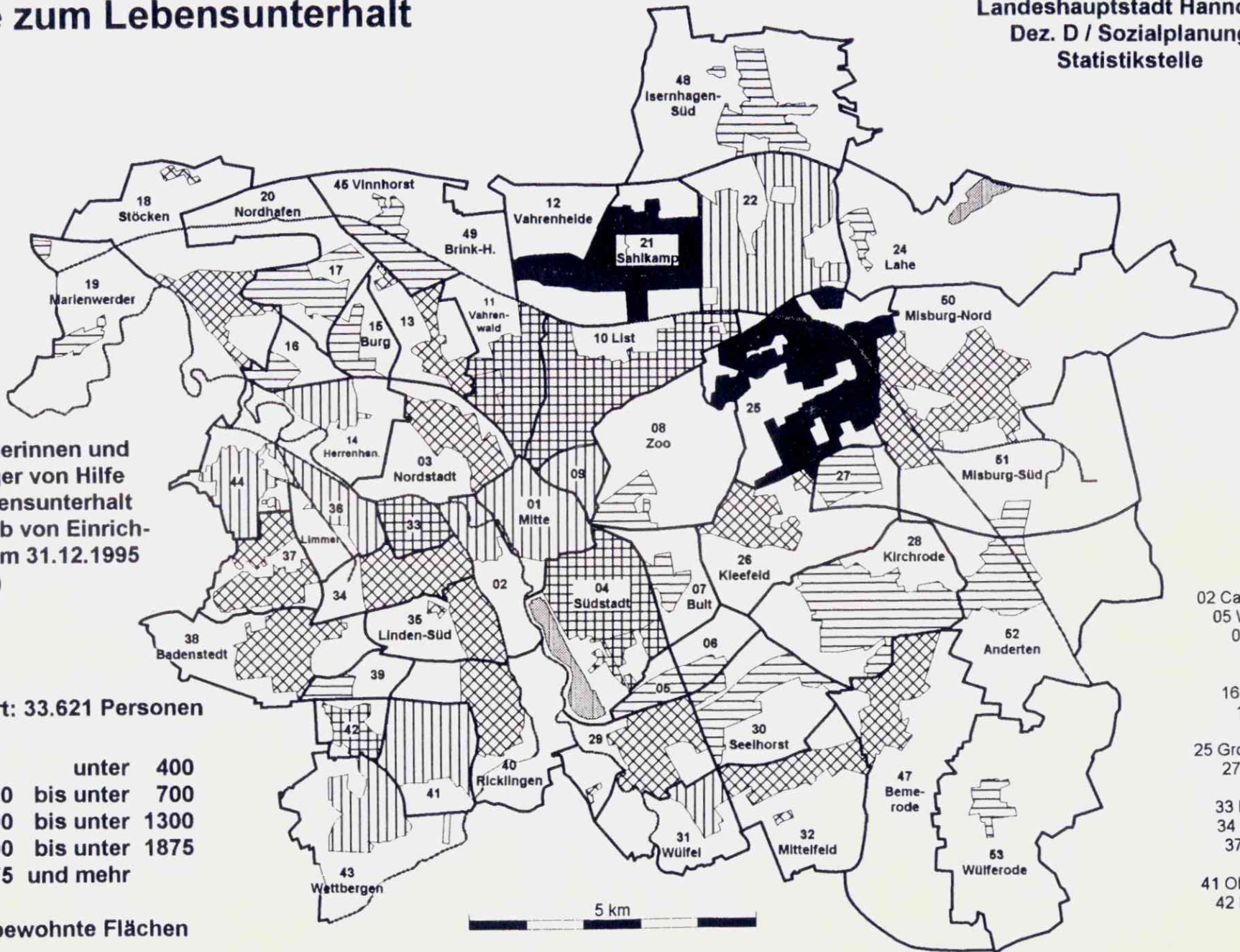
Landeshauptstadt Hannover  
 Dez. D / Sozialplanung  
 Statistikstelle

Empfängerinnen und  
 Empfänger von Hilfe  
 zum Lebensunterhalt  
 außerhalb von Einrich-  
 tungen am 31.12.1995  
 (absolut)

Stadtwert: 33.621 Personen



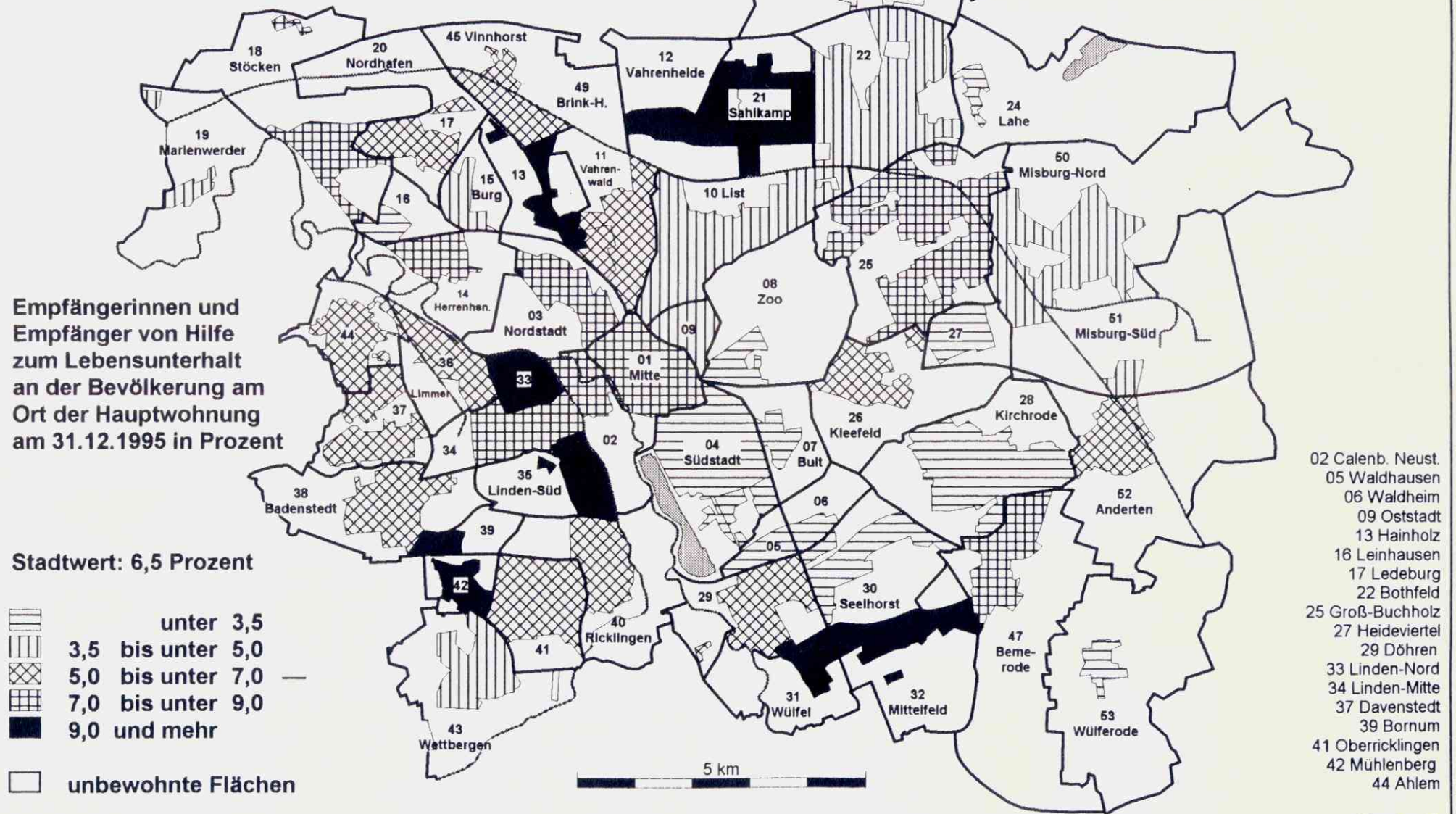
 unbewohnte Flächen



- 02 Calenb. Neust.
- 05 Waldhausen
- 06 Waldheim
- 09 Oststadt
- 13 Hainholz
- 16 Leinhausen
- 17 Ledeburg
- 22 Bothfeld
- 25 Groß-Buchholz
- 27 Heideviertel
- 29 Döhren
- 33 Linden-Nord
- 34 Linden-Mitte
- 37 Davenstedt
- 39 Bornum
- 41 Oberricklingen
- 42 Mühlenberg
- 44 Ahlem

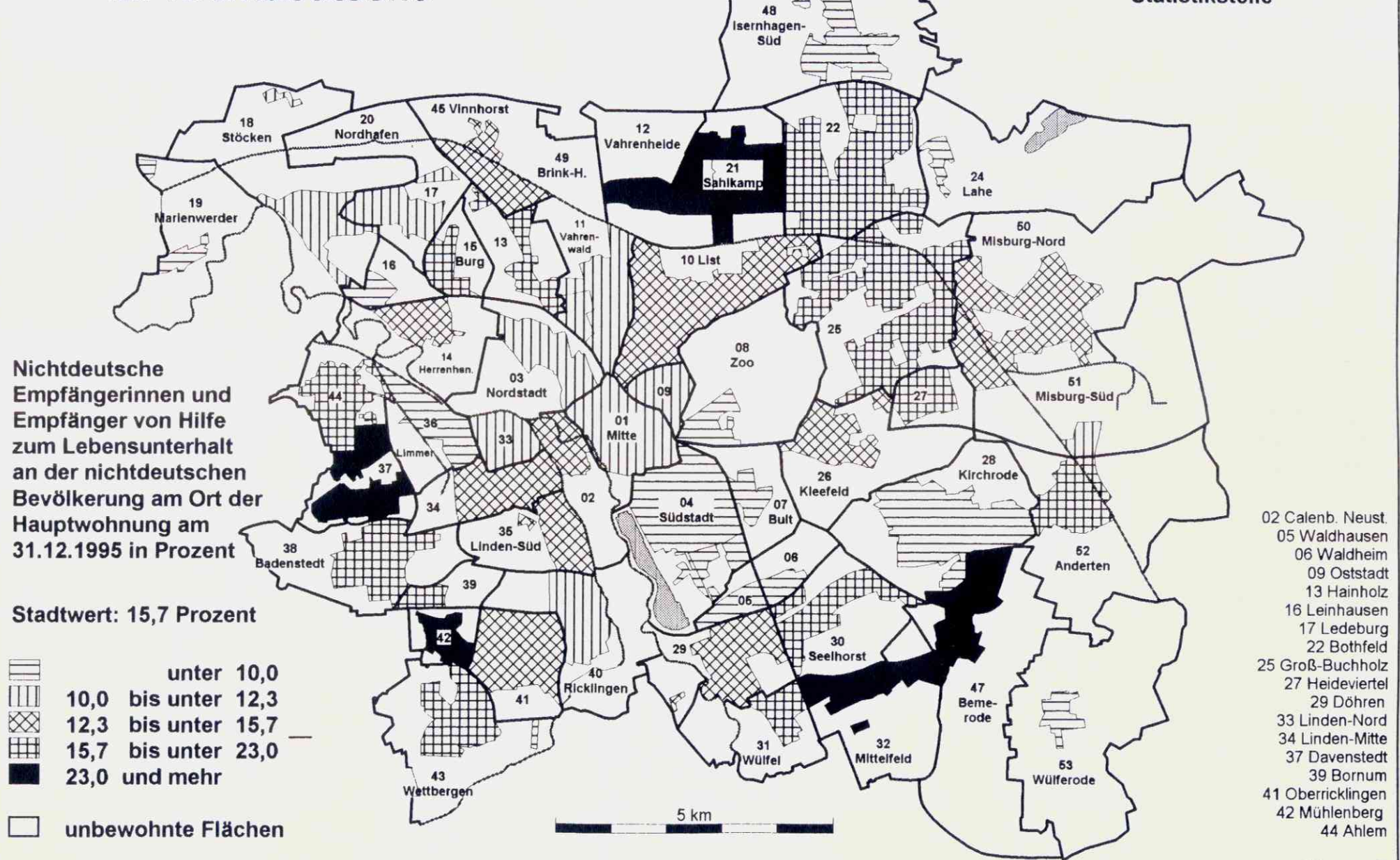
# Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung

Landeshauptstadt Hannover  
Dez. D / Sozialplanung  
Statistikstelle



# Hilfe zum Lebensunterhalt für Nichtdeutsche

Landeshauptstadt Hannover  
Dez. D / Sozialplanung  
Statistikstelle











# Hilfe zum Lebensunterhalt für Frauen

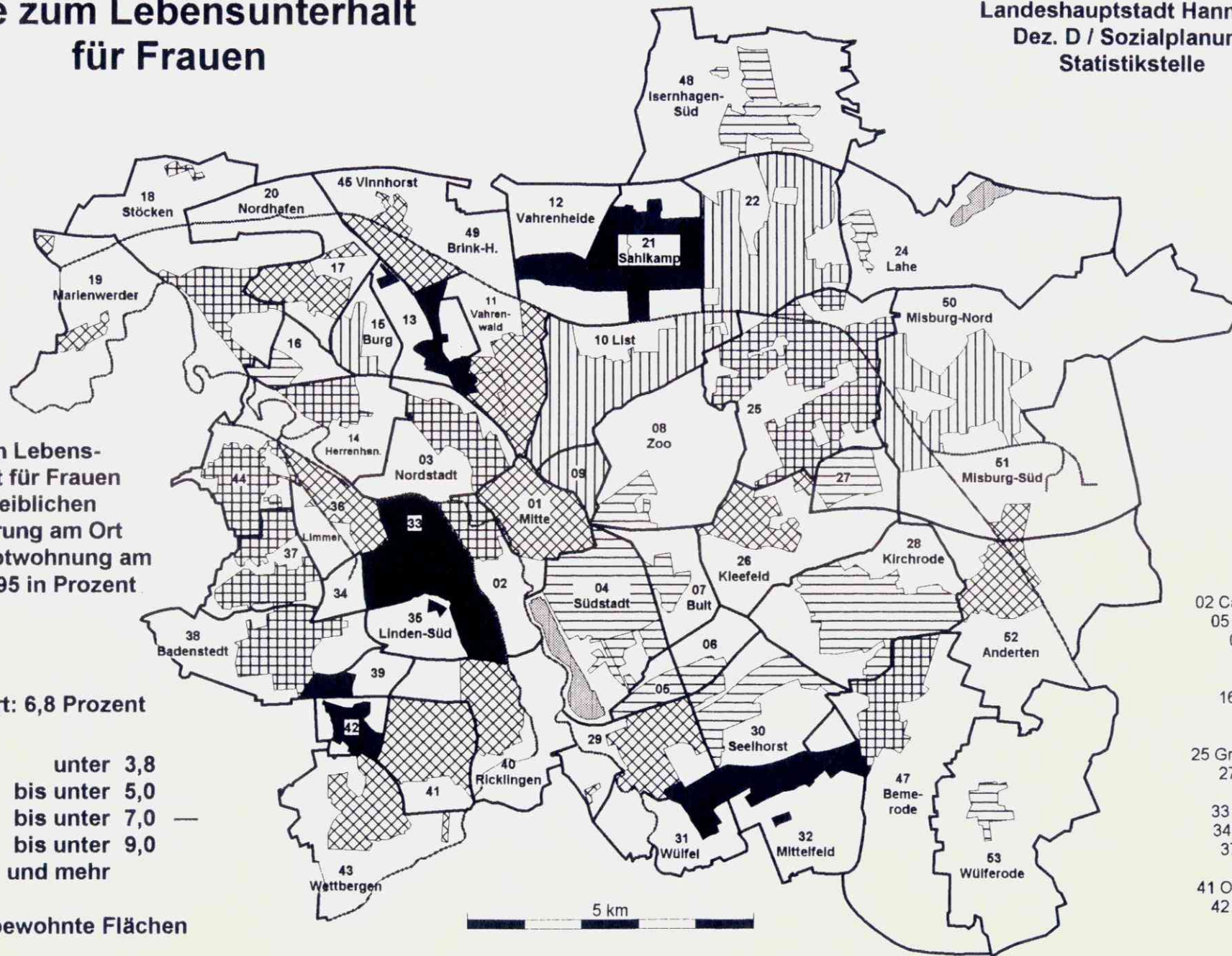
Landeshauptstadt Hannover  
 Dez. D / Sozialplanung  
 Statistikstelle

Hilfe zum Lebensunterhalt für Frauen an der weiblichen Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1995 in Prozent

Stadtwert: 6,8 Prozent

-  unter 3,8
-  3,8 bis unter 5,0
-  5,0 bis unter 7,0
-  7,0 bis unter 9,0
-  9,0 und mehr

 unbewohnte Flächen



- 02 Calenb. Neust.
- 05 Waldhausen
- 06 Waldheim
- 09 Oststadt
- 13 Hainholz
- 16 Leinhausen
- 17 Ledeburg
- 22 Bothfeld
- 25 Groß-Buchholz
- 27 Heideviertel
- 29 Döhren
- 33 Linden-Nord
- 34 Linden-Mitte
- 37 Davenstedt
- 39 Bornum
- 41 Oberricklingen
- 42 Mühlenberg
- 44 Ahlem

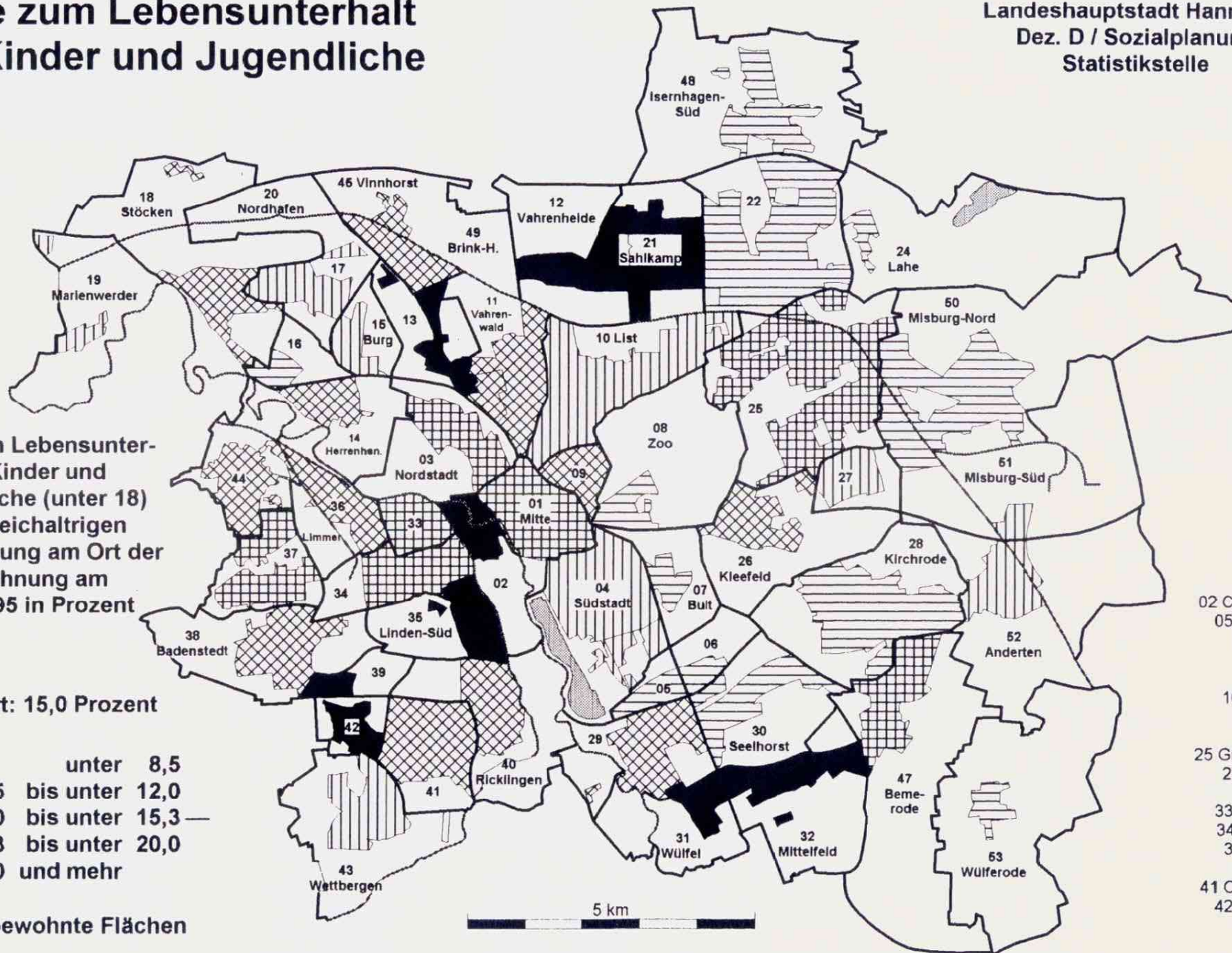
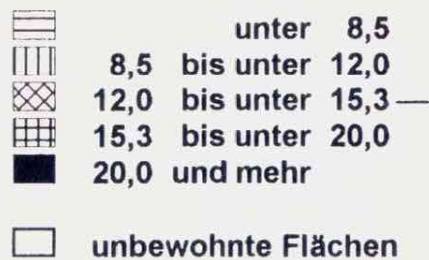
5 km

# Hilfe zum Lebensunterhalt für Kinder und Jugendliche

Landeshauptstadt Hannover  
Dez. D / Sozialplanung  
Statistikstelle

Hilfe zum Lebensunterhalt für Kinder und Jugendliche (unter 18) an der gleichaltrigen Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1995 in Prozent

Stadtwert: 15,0 Prozent

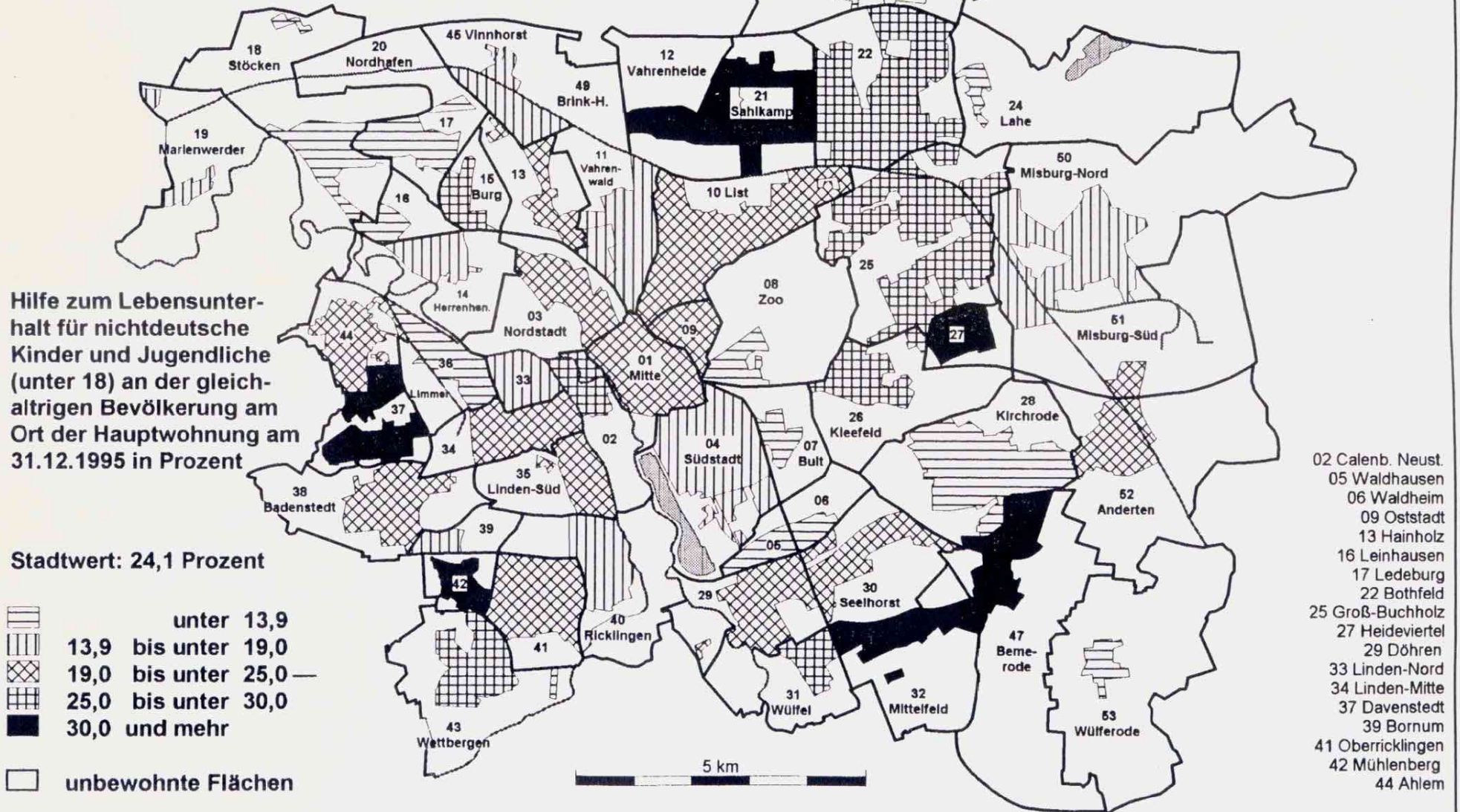


- 02 Calenb. Neust.
- 05 Waldhausen
- 06 Waldheim
- 09 Oststadt
- 13 Hainholz
- 16 Leinhausen
- 17 Ledeburg
- 22 Bothfeld
- 25 Groß-Buchholz
- 27 Heideviertel
- 29 Döhren
- 33 Linden-Nord
- 34 Linden-Mitte
- 37 Davenstedt
- 39 Bornum
- 41 Oberricklingen
- 42 Mühlenberg
- 44 Ahlem



# Hilfe zum Lebensunterhalt für nichtdeutsche Kinder und Jugendliche

Landeshauptstadt Hannover  
Dez. D / Sozialplanung  
Statistikstelle

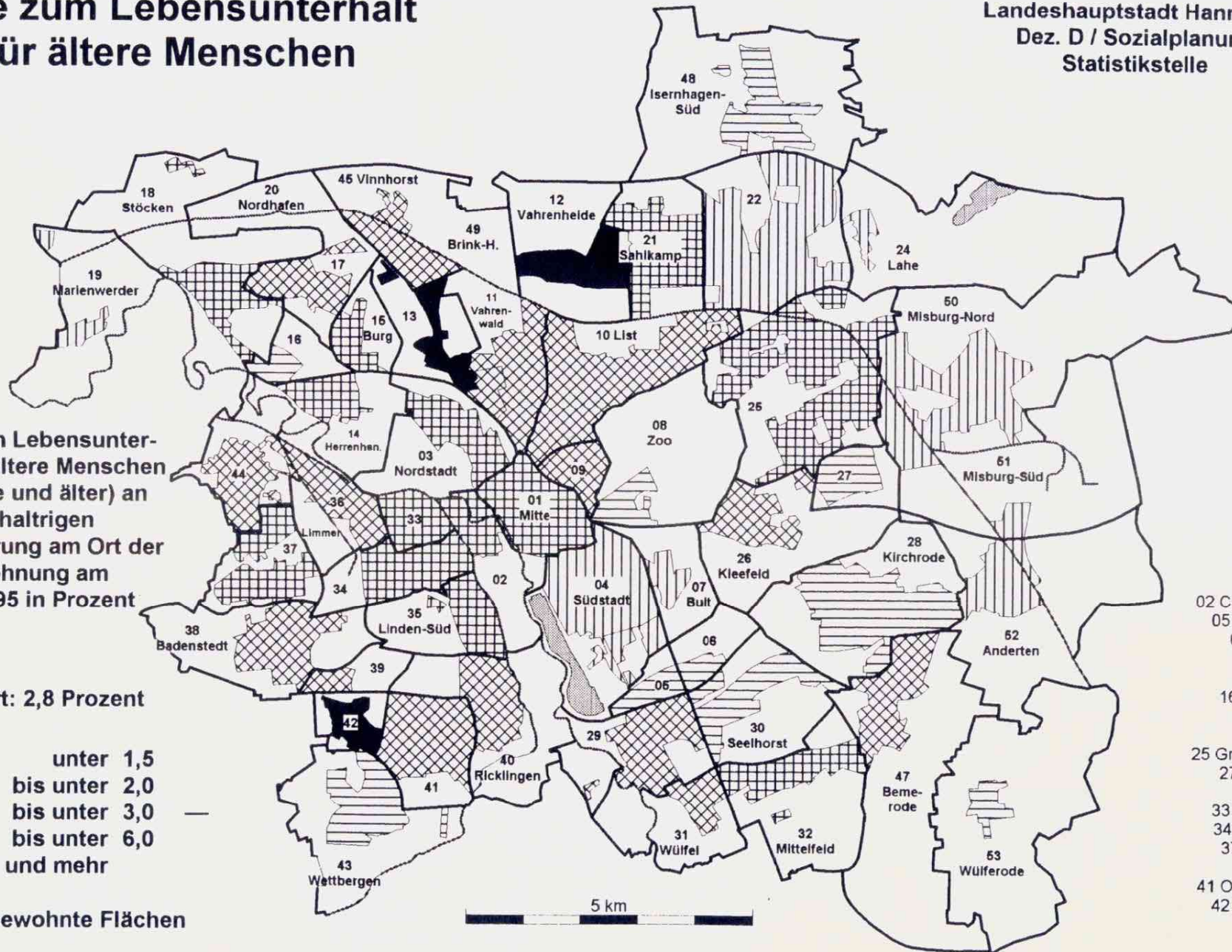
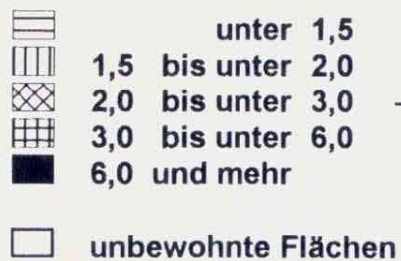


# Hilfe zum Lebensunterhalt für ältere Menschen

Landeshauptstadt Hannover  
 Dez. D / Sozialplanung  
 Statistikstelle

Hilfe zum Lebensunterhalt für ältere Menschen (60 Jahre und älter) an der gleichaltrigen Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1995 in Prozent

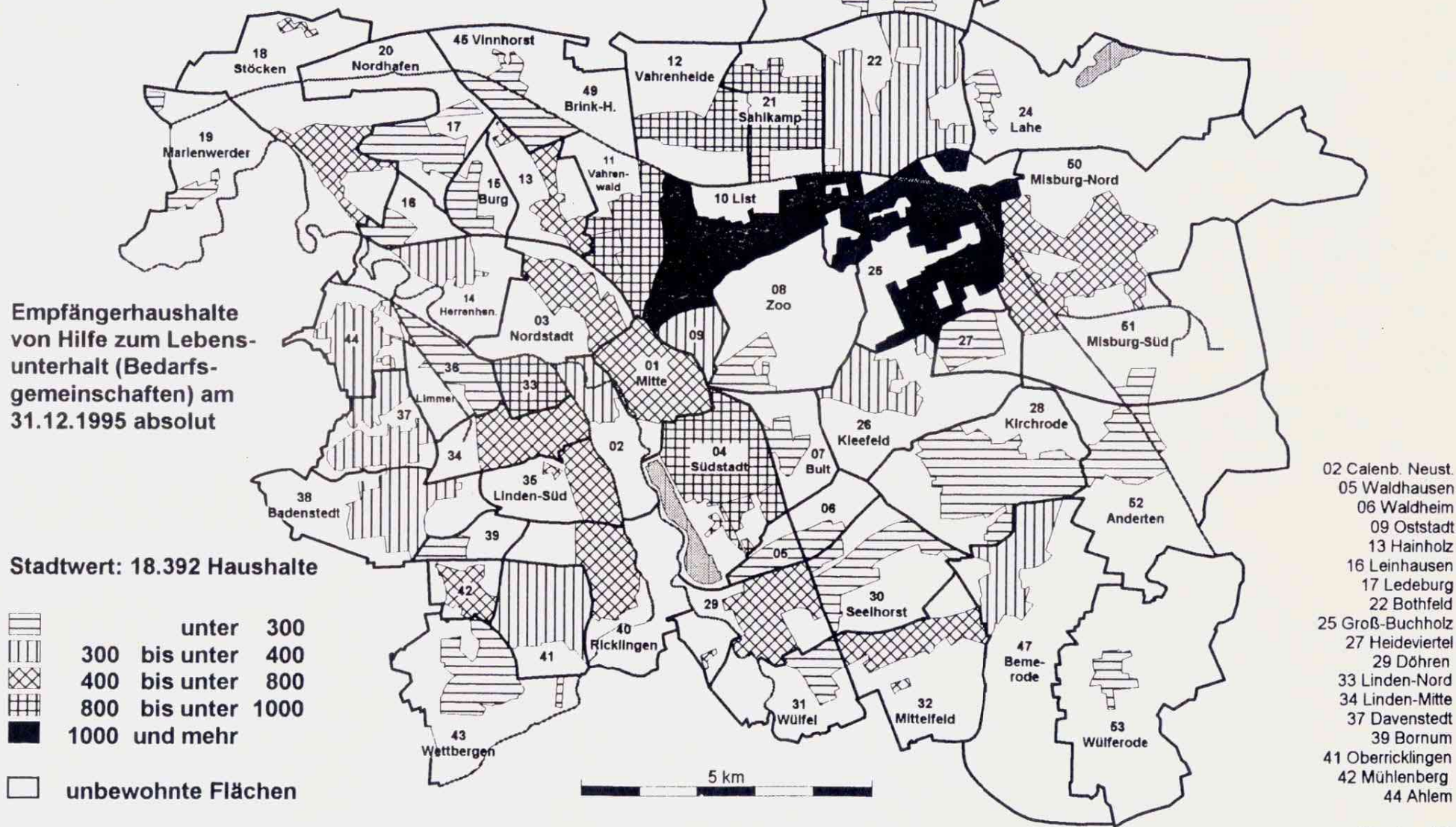
Stadtwert: 2,8 Prozent



- 02 Calenb. Neust.
- 05 Waldhausen
- 06 Waldheim
- 09 Oststadt
- 13 Hainholz
- 16 Leinhausen
- 17 Ledeburg
- 22 Bothfeld
- 25 Groß-Buchholz
- 27 Heideviertel
- 29 Döhren
- 33 Linden-Nord
- 34 Linden-Mitte
- 37 Davenstedt
- 39 Bornum
- 41 Oberricklingen
- 42 Mühlenberg
- 44 Ahlem

# Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt

Landeshauptstadt Hannover  
 Dez. D / Sozialplanung  
 Statistikstelle









# Anteile der Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt an allen Haushalten

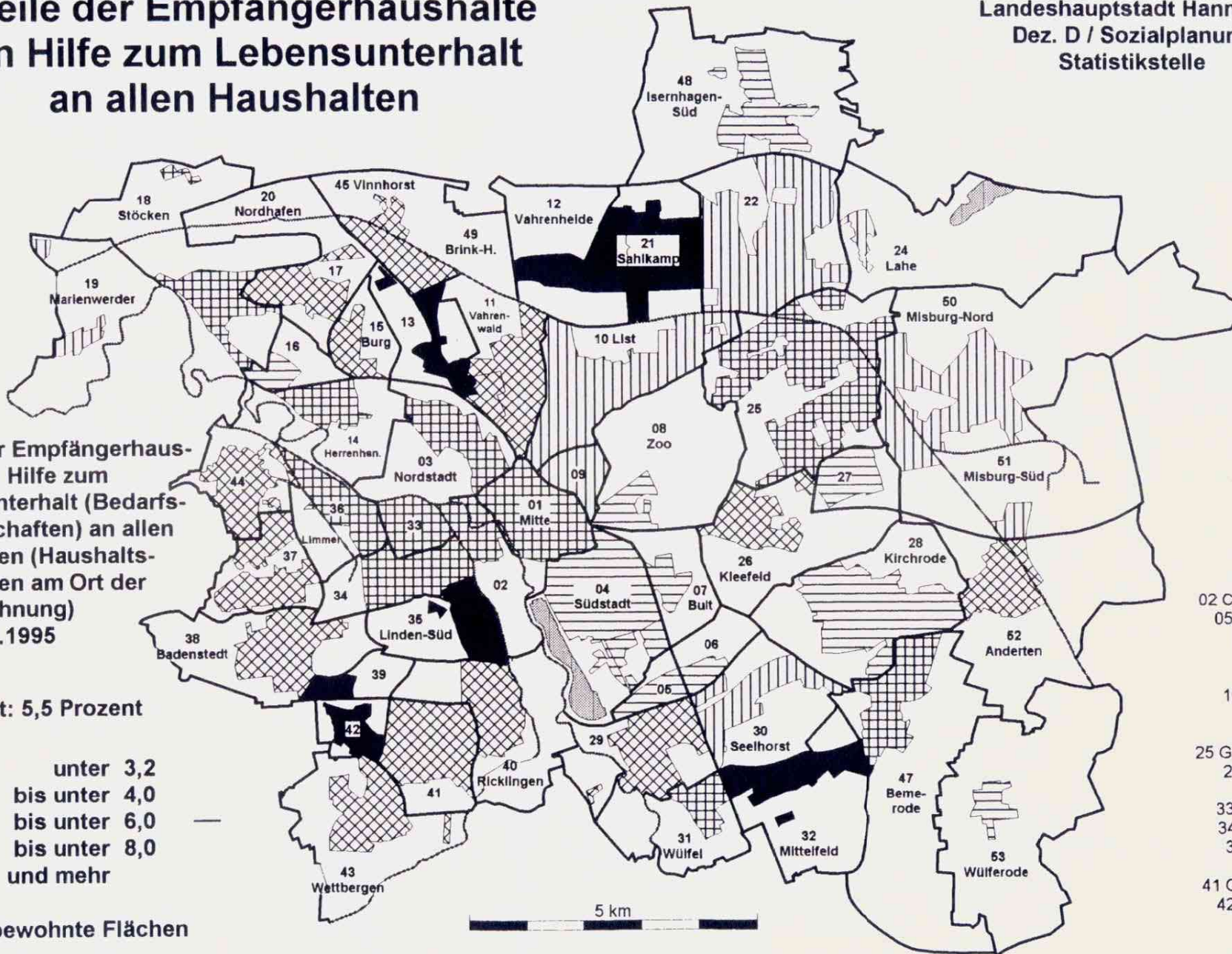
Landeshauptstadt Hannover  
 Dez. D / Sozialplanung  
 Statistikstelle

Anteil der Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt (Bedarfgemeinschaften) an allen Haushalten (Haushaltsvorständen am Ort der Hauptwohnung) am 31.12.1995

Stadtwert: 5,5 Prozent

-  unter 3,2
-  3,2 bis unter 4,0
-  4,0 bis unter 6,0
-  6,0 bis unter 8,0
-  8,0 und mehr

 unbewohnte Flächen

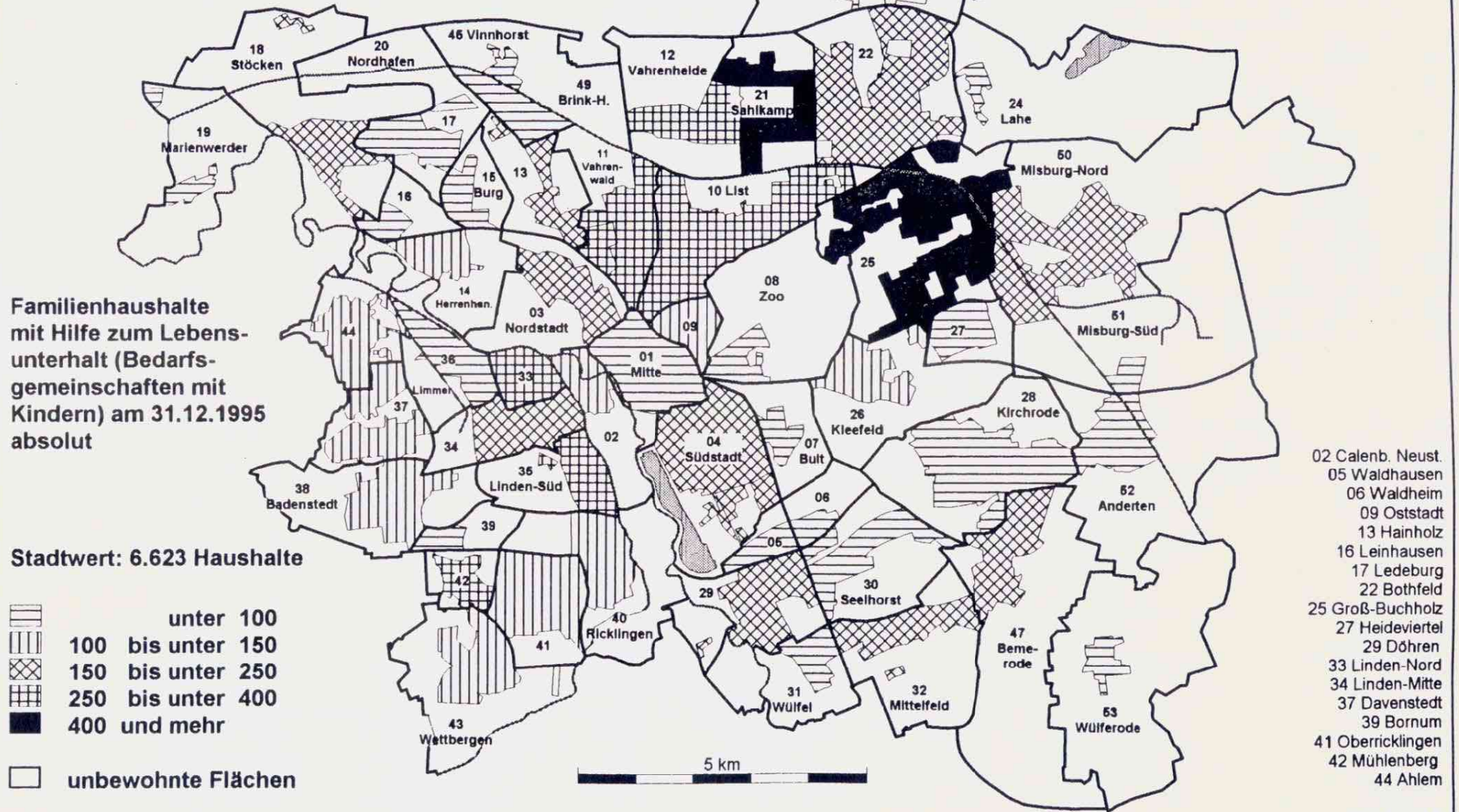


- 02 Calenb. Neust.
- 05 Waldhausen
- 06 Waldheim
- 09 Oststadt
- 13 Hainholz
- 16 Leinhausen
- 17 Ledeberg
- 22 Bothfeld
- 25 Groß-Buchholz
- 27 Heideviertel
- 29 Döhren
- 33 Linden-Nord
- 34 Linden-Mitte
- 37 Davenstedt
- 39 Bornum
- 41 Oberricklingen
- 42 Mühlenberg
- 44 Ahlem

5 km

# Familienhaushalte mit Hilfe zum Lebensunterhalt

Landeshauptstadt Hannover  
 Dez. D / Sozialplanung  
 Statistikstelle

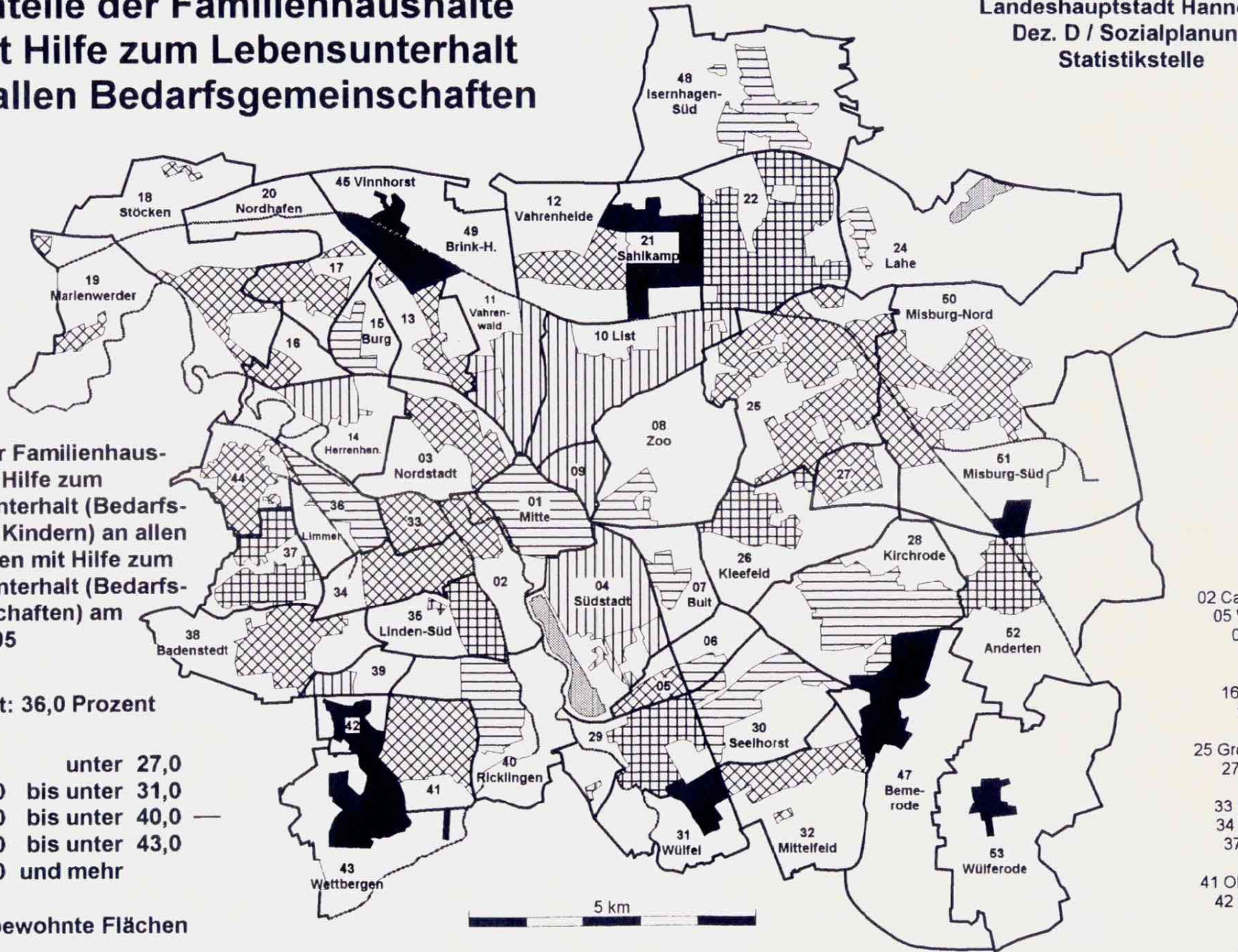
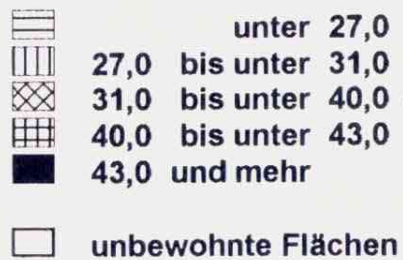


# Anteile der Familienhaushalte mit Hilfe zum Lebensunterhalt an allen Bedarfsgemeinschaften

Landeshauptstadt Hannover  
 Dez. D / Sozialplanung  
 Statistikstelle

Anteil der Familienhaushalte mit Hilfe zum Lebensunterhalt (Bedarfsgem. mit Kindern) an allen Haushalten mit Hilfe zum Lebensunterhalt (Bedarfsgemeinschaften) am 31.12.1995

Stadtwert: 36,0 Prozent



- 02 Calenb. Neust.
- 05 Waldhausen
- 06 Waldheim
- 09 Oststadt
- 13 Hainholz
- 16 Leinhausen
- 17 Ledeburg
- 22 Bothfeld
- 25 Groß-Buchholz
- 27 Heideviertel
- 29 Döhren
- 33 Linden-Nord
- 34 Linden-Mitte
- 37 Davenstedt
- 39 Bornum
- 41 Oberricklingen
- 42 Mühlenberg
- 44 Ahlem



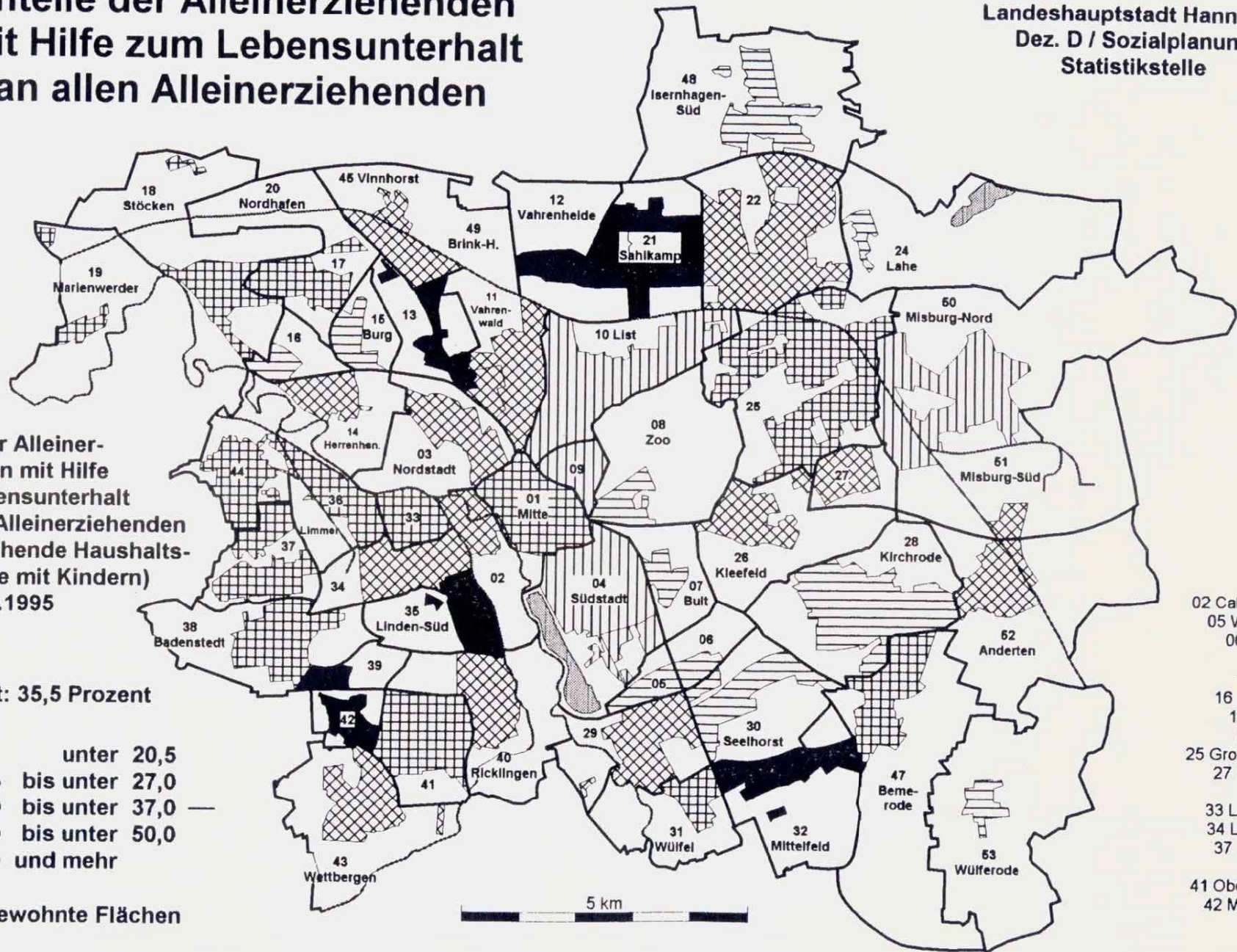
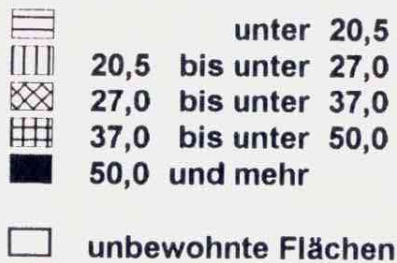


# Anteile der Alleinerziehenden mit Hilfe zum Lebensunterhalt an allen Alleinerziehenden

Landeshauptstadt Hannover  
 Dez. D / Sozialplanung  
 Statistikstelle

Anteil der Alleinerziehenden mit Hilfe zum Lebensunterhalt an allen Alleinerziehenden (alleinstehende Haushaltsvorstände mit Kindern) am 31.12.1995

Stadtwert: 35,5 Prozent



- 02 Calenb. Neust.
- 05 Waldhausen
- 06 Waldheim
- 09 Oststadt
- 13 Hainholz
- 16 Leinhausen
- 17 Ledeburg
- 22 Bothfeld
- 25 Groß-Buchholz
- 27 Heideviertel
- 29 Döhren
- 33 Linden-Nord
- 34 Linden-Mitte
- 37 Davenstedt
- 39 Bornum
- 41 Oberricklingen
- 42 Mühlenberg
- 44 Ahlem



### 3. Wohnsituation

Die eigene Wohnung mit einem ausreichenden Standard und zu tragbarer Miete ist eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Dasein und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

In Hannover hatten Ende 1995 rund 515.000 Personen ihren ersten Wohnsitz und weitere 12.000 Personen ihren Zweitwohnsitz. Dieser wohnberechtigten Bevölkerung standen insgesamt 275.300 Wohnungen zur Verfügung.

Seit Mitte der 80er Jahre hatte sich die Wohnungsmarktsituation in Hannover verschärft. Bei der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 1987 wurde der Fehlbestand an Wohnungen offenkundig. Die Gründe für die Verschärfung der Wohnungsmarktsituation lagen einerseits in einer erhöhten Zuwanderung von Wohnbevölkerung (z.B. Aussiedler, Zuwanderer aus den neuen Bundesländern) und andererseits ließen gestiegene Ansprüche an die Größe der Wohnungen sowie ein Wandel der Lebensformen und der Haushaltsstrukturen (Singlehaushalte, abnehmende Heiratsneigung, häufigere Scheidungen, etc.) einen zusätzlichen Bedarf entstehen (vgl. Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung: Zur sozialen Situation in der Stadtregion, 1996).

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist durch eine stagnierende, in Teilmärkten sogar rückläufige Nachfrage bei Investoren bei einem gleichzeitigen Wohnungsbedarf gekennzeichnet. So ist das Investitionsinteresse der Bauwirtschaft insbesondere im Geschosswohnungsbau 1996 erheblich zurückgegangen. Der Rückgang der Neubautätigkeit im Geschosswohnungsbau signalisiert nicht unbedingt Entspannungstendenzen in diesem Wohnungssegment und damit einhergehende bessere Versorgungschancen für Haushalte mit niedrigem Einkommen. Die anhaltende Wirtschaftsrezession bremst die Wohnungsnachfrage und verzerrt so den eigentlichen Wohnungsbedarf. Angesichts der instabilen Wirtschaftslage verzichten viele auf eine angemessene, familiengerechte Wohnraumversorgung, ziehen in kleinere, preiswertere Wohnungen um oder nehmen Untermietverhältnisse in Kauf. In diesem Zusammenhang kann in Teilsegmenten lediglich von einem Nachfrigestau auf dem Wohnungsmarkt gesprochen werden und nicht von einer entspannten Versorgungssituation.

#### 3.1 Wohnflächenstandard

Im Schnitt standen Ende 1995 für jeden Einwohner 38,3 m<sup>2</sup> Wohnfläche zur Verfügung. Im Vergleich zu 1990 (36 m<sup>2</sup>) ist dieser Wert pro Person nur leicht angestiegen, insgesamt ergibt sich dadurch aber ein Zuwachs an Wohnfläche von ca. 1 Mio. m<sup>2</sup>.

Nach wie vor ist der Wohnflächenstandard ungleich über die Stadt verteilt. Immer noch steht einer großen Gruppe, die gut und teilweise auch preiswert wohnt, eine mindestens ebenso große Gruppe gegenüber, die nur unzureichend untergebracht ist und zum Teil sehr viel Geld dafür ausgeben muß.

Den höchsten Wohnstandard, gemessen an den Quadratmetern Wohnfläche, die pro Person zur Verfügung standen, erreichten mit 44 m<sup>2</sup> und mehr die Stadtteile Isernhagen-Süd (56,4 m<sup>2</sup>), Zoo (50,9 m<sup>2</sup>), Waldhausen (49,2 m<sup>2</sup>), Kirchrode (46,9 m<sup>2</sup>), Wülferode (45,3 m<sup>2</sup>), Oststadt (44,7 m<sup>2</sup>) und Südstadt (44,3 m<sup>2</sup>).

Die geringste Wohnfläche mit weniger als 33 m<sup>2</sup> pro Person stand den Bewohnerinnen und Bewohnern in den Stadtteilen Vahrenheide (30,2 m<sup>2</sup>), Stöcken (31,4 m<sup>2</sup>), Hainholz (31,5 m<sup>2</sup>), Misburg-Süd (31,9 m<sup>2</sup>), Mühlberg (32,0 m<sup>2</sup>), Mittelfeld (32,1 m<sup>2</sup>), Linden-Süd (32,1 m<sup>2</sup>), Sahlkamp (32,5 m<sup>2</sup>) und Lahe (32,5 m<sup>2</sup>) zur Verfügung (vgl. Karte 18).

Anhand dieser nach Stadtteilen differenzierten Darstellung wird deutlich, daß ein Zusammenhang zwischen dem Wohnflächenstandard und der finanziellen Ausstattung der Haushalte besteht. Dieselben Stadtteile, die durch einen hohen Anteil von Sozialhilfeempfängern auffallen und auch überdurchschnittliche Anteile an Kindern aufweisen, sind demnach schlechter mit Wohnflächen pro Person ausgestattet.

### 3.2 Wohnungen mit städtischem Belegrecht

Vom Amt für Wohnungswesen werden Bürgerinnen und Bürgern, die einen Wohnberechtigungsschein haben und ohne Wohnung sind bzw. in unzureichenden Wohnverhältnissen leben oder aus sonstigen Gründen Anspruch auf Wohnungsvermittlung haben, Wohnungen aus dem Bestand der Belegrechte vermittelt. Am 31.12.1996 gab es insgesamt 32.300 Wohnungen mit städtischem Belegrecht.

Die Belegrechte der Stadt an Wohnungen werden auf verschiedene Arten erworben. In der Regel handelt es sich um Wohnungen, für die die Stadt Hannover Finanzierungshilfen leistet oder die sich im Eigentum der Stadt bzw. der Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover (GBH) befinden. Hinzu kommen Sozialwohnungen gemäß § 5 a des Wohnungsbindungsgesetzes und Wohnungen, für die die Stadt durch Vertrag mit einer Baugesellschaft die Belegrechte hat.

Es war 1996 möglich, 4.000 Wohnungen aus diesem Bestand an Wohnungssuchende zu vermitteln. Dennoch blieben am Jahresende 3.600 Anträge auf Wohnraumvermittlung unerledigt.

Der Anteil der Wohnungen mit städtischem Belegrecht an allen Wohnungen im Stadtgebiet beträgt rund 12 %. Der Bestand an Belegrechtswohnungen verteilt sich jedoch nicht gleichmäßig über die Stadtteile. In einzelnen Wohnquartieren kommt es zu erheblichen Konzentrationen, während anderenorts nur ein geringer Anteil der Wohnungen mit städtischem Belegrecht existiert.

Die höchste Dichte an Belegrechtswohnungen wird mit 64 % im Stadtteil Vahrenheide erreicht. Weiterhin gibt es eine Konzentration von Belegrechtswohnungen in den Stadtteilen Mittelfeld (49 %), Mühlenberg (40 %), Linden-Süd (31 %) und Sahlkamp (29 %).

Mit unter 5 % Belegrechtswohnungen sind die Stadtteile Mitte, Zoo, Oststadt, List, Lahe, Isernhagen-Süd, Kirchrode, Südstadt, Seelhorst, Ricklingen, Limmer, Leinhausen, Ledeburg und Marienwerder weit unterdurchschnittlich besetzt (vgl. Karte 19).

Die räumliche Verteilung der Belegrechtswohnungen sowie der preiswerten Wohnungen des freien Wohnungsmarktes bestimmt im wesentlichen die Verteilung der unterschiedlichen sozialen Gruppen in der Stadt:

- Preisgünstiger Wohnraum, meist verbunden mit geringerem Wohnstandard, schlechter Wohnlage oder problematischem sozialem Umfeld bleibt denen vorbehalten, die finanziell nur beschränkten Spielraum haben.
- Belegrechtswohnungen stehen je nach Förderungsart von den Voraussetzungen her theoretisch bis zu 70 % der hannoverschen Bevölkerung zur Verfügung. Diese Wohnungen werden insbesondere in Zeiten von Entspannungen in Teilsegmenten des Wohnungsmarktes in aller Regel von Personen nachgefragt, die aufgrund finanzieller Engpässe oder auch aufgrund problematischer Biographien auf dem freien Wohnungsmarkt chancenlos sind. Der Großteil der Bewohnerinnen und Bewohner von Belegrechtswohnungen bezieht sein Einkommen aus der Sozialhilfe.

- Gut ausgestattete (große) Wohnungen in guter Lage sowie Ein- und Zweifamilienhäuser bleiben dagegen denen vorbehalten, die entsprechende Mietpreise bezahlen können bzw. entsprechendes Eigentum erwerben.

Auf diese Weise entstehen in der Stadt sogenannte „Armutinseln“. Diese fallen dadurch auf, daß (finanziell) benachteiligte Personen in großer Zahl auf begrenztem Raum zusammen leben, soziale Problemlagen dort geballt sichtbar werden und diese sich vielfach gegenseitig verstärken. Bei diesen „Armutinseln“ handelt es sich nicht um ganze Stadtteile, sondern um einzelne Quartiere, die allerdings in der Öffentlichkeit zumeist mit dem ganzen Stadtteil gleichgesetzt werden. Dieses führt zur Stigmatisierung der Bewohner des Stadtteils. Insbesondere bei einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt verstärkt sich die Tendenz, daß „gute“ Mieter den Stadtteil verlassen oder erst gar nicht dorthin ziehen, wodurch sich die soziale Entmischung weiter fortsetzt.

Bei größeren Neubauvorhaben, z.B. am Kronsberg, wird deshalb von vornherein darauf hingewirkt, daß der Anteil der Belegrechtswohnungen 30 % des Gesamtwohnungsbestandes nicht überschreitet. Auf diese Weise soll eine ausgewogene soziale Mischung erreicht werden, die Grundvoraussetzung für eine sozialverträgliche Stadtteilentwicklung ist.

In bestehenden Quartieren, in denen sich Belegrechtswohnungen stark konzentrieren, muß eine Durchmischung der Mieterschaft erreicht werden. Dieses kann neben vielen anderen Maßnahmen durch den Verzicht auf einen Teil der Belegrechte erreicht werden. Ziel ist es, „stabile Mieter“ zu motivieren, in das Quartier zu ziehen, um insgesamt eine Stabilisierung des Stadtteils zu erreichen.

Belegrechte an Wohnungen bestehen für einen bestimmten Zeitraum, danach kann der Vermieter seine Wohnungen wieder selbständig und ohne Berücksichtigung von Einkommensgrenzen vermieten. In den kommenden Jahren läuft für eine große Zahl der Belegrechtswohnungen das städtische Zugriffsrecht aus. Das Institut plan-lokal hat für die Stadt Hannover eine Prognose der Entwicklung der Wohnungen mit städtischem Belegrecht vorgenommen.

Im ungünstigsten Fall werden danach im Jahr 2010 nur noch 19.200 Belegrechte aus dem jetzigen Bestand vorhanden sein und auch im günstigsten Fall reduziert sich die Zahl der Belegrechte auf 25.300 Wohnungen.

Die hier genannten Zahlen erhöhen sich allerdings einerseits durch noch nicht fertiggestellte, aber anerkannte Bauvorhaben in Höhe von 1.350 Wohnungen sowie 800 Wohnungen, die als EXPO-Wohnungen errichtet werden. Gleichzeitig vermindern sich diese Zahlen durch den beabsichtigten Verzicht auf Belegrechte zur Verbesserung der Sozialstruktur in Problemgebieten in einer Größenordnung von 2.000 bis 3.000 Wohnungen.

In der Konsequenz bedeutet diese Entwicklung, daß erheblich weniger Wohnungen zur Vermittlung an die unteren Einkommensgruppen zur Verfügung stehen werden. Es wird deshalb notwendig, Strategien zu entwickeln, die geeignet sind, preisgünstigen Wohnraum für die unteren Einkommensgruppen zu sichern.

### 3.3 Besondere Bedarfsgruppen

#### 3.3.1 Ältere Menschen

In der Stadt Hannover stehen verteilt über die Stadtteile rund 4.100 Altenwohnungen in 57 Einrichtungen zur Verfügung. Für 85 % der Wohnungen hat die Stadt ein Belegrecht.

Laut Jahresbericht des Amtes für Wohnungswesen ist die Anzahl der Antragseingänge für die Vermittlung von Altenwohnungen im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gesunken. Dieses wird damit erklärt, daß ältere Menschen einerseits zunehmend betreute Wohnformen nachfragen, zum anderen überschreiten immer mehr ältere Menschen mit ihrer Rente die Grenzen des Wohnungsbindungsgesetzes. Weiterhin werden die vielfach vorhandenen kleinen Wohnungen seltener nachgefragt.

Durch Fluktuation wurden rund 300 Seniorenwohnungen freigemeldet. Hiervon wurden 175 an einheimische alte Menschen vermittelt. Darüber hinaus wurden Wohnungen an ältere Aussiedler, Emigranten, Räumungsschuldner und an Wohnungssuchende, welche die Altersgrenze noch nicht erreicht hatten, vermittelt.

Zwischen Angebot und Nachfrage von Seniorenwohnungen stellt sich eine deutliche Diskrepanz dar - und das, obwohl der Bedarf an seniorengerechten, barrierefreien Wohnungen mit der Anzahl der älteren Menschen grundsätzlich angestiegen sein müßte. Die oben aufgezeigten finanziellen Zugangsschwellen sowie die fehlende institutionelle Betreuung der Wohnungen sind vor allem dafür verantwortlich, daß Senioren dieses Angebot nicht vollständig ausnutzen. Ein weiterer Grund dafür, daß ältere Menschen das Angebot einer barrierefreien Wohnung nicht nutzen, ist der Wunsch, zumindest im vertrauten Wohnumfeld zu verbleiben. Diesem Wunsch kann nicht immer entsprochen werden.

#### 3.3.2 Obdachlose

Obdachlos sind Personen, die weder eine Wohnung noch eine Unterkunft haben. Dazu zählen einerseits einheimische Personen, andererseits gelten auch Asylbewerber, Asylberechtigte, Bürgerkriegsflüchtlinge, sonstige ausländische Flüchtlinge und Aussiedler formal als obdachlos. Das Amt für Wohnungswesen hatte Ende 1996 aus diesen Personengruppen insgesamt 5.640 Menschen als obdachlos registriert.

Asylbewerber, -berechtigte, Flüchtlinge und Aussiedler wurden überwiegend in Flüchtlings- und Aussiedlerwohnheimen (2.863 Personen) untergebracht. Darüber hinaus wurden Wohnungen (350) und Pensionen sowie Hotels (21) angemietet oder Wohnraum in den Schlichtwohngebieten (60) genutzt. Zur Schaffung von Wohnraum für Aussiedler wurden 410 Wohnungen im Rahmen eines Sonderprogramms zur Verfügung gestellt.

Von der Stadt Hannover wurden Ende 1996 1.940 einheimische Personen untergebracht, die als obdachlos galten. Ein Großteil von ihnen (1.560) lebte in Schlichtwohngebieten sowie in Gemeinschaftsunterkünften (350). In geringem Umfang wurden zusätzlich Wohnungen und Zimmer in Hotels oder Pensionen angemietet.

Darüber hinaus lebten Menschen trotz der Angebote an Unterkünften aus unterschiedlichen Gründen auf der Straße und übernachteten im Freien. Über die Anzahl dieses Personenkreises gibt es keine verlässlichen Aussagen. Eine Erhebung der Fachstellen im Sozialamt erfaßte Ende 1994 etwa 100 Personen, die auf der Straße lebten.

Im Vergleich zu 1995 konnte die Zahl der einheimischen Obdachlosen um ca. 20 % (500 Personen), im Vergleich zu 1994 sogar um 29 % (780 Personen) verringert werden. Diese

rückläufigen Obdachlosenzahlen sind das Ergebnis der schon mit der Drucksache Nr. 1183/87 vorgelegten „Neukonzeption Unterkünfte“.

Wesentliche Bausteine dieser nun in die Praxis umgesetzten Strategie sind die Umwandlung von Obdachlosenunterkünften in Mietwohnungen (vgl. „Strategien gegen Obdachlosigkeit – Obdachlose werden Mieter“, DS 414/96), gezielte Vermittlung Obdachloser in Mietraum, Vermeidung von Obdachlosigkeit und schnelle Reintegration dennoch obdachlos gewordener Personen in Mietwohnraum.

Im Teilbereich „Umwandlung von Unterkünften“ hat die Stadt Hannover seit 1980 stufenweise in den Unterkunftsgebieten Oberricklingen, Sahlkamp und Ledeburg mit der Umwandlung der Unterkünfte in Mietwohnungen begonnen. Neben baulichen Modernisierungs- und Umwandlungsprozessen wurden flankierende Maßnahmen zur Ergänzung oder Erneuerung der sozialen und kulturellen Infrastruktur und des Wohnumfeldes eingeleitet.

Auf diese Weise konnte erreicht werden, daß von 1.853 Personen in den Unterkunftsgebieten Oberricklingen, Sahlkamp und Ledeburg, die Anfang 1990 obdachlos waren, Ende 1996 nur noch 403 diesen Status hatten. Nach sieben Jahren gelten somit 1.450 Menschen weniger als obdachlos.

Inzwischen ist im Bereich Sahlkamp die Umwandlung im Dezember 1997 abgeschlossen worden.

### **3.4 Wohngeld**

Mieter oder Eigentümer können einen Zuschuß zu den Wohnkosten erhalten, wenn die Miete oder die Belastung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Haushaltes übersteigt. Dieses erfolgt mit dem Ziel, angemessenes und familiengerechtes Wohnen wirtschaftlich abzusichern.

Seit 1991 erhalten Haushalte von Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgeempfängern im allgemeinen ein pauschaliertes Wohngeld vom Sozialamt. 1996 wurden vom Sozialamt im Rahmen der Sozialhilfegewährung 60,1 Mio. DM pauschaliertes Wohngeld ausgezahlt.

Wohngeld für Haushalte, die keine Leistungen des Sozialamtes erhalten, aber dennoch ein geringes Einkommen haben, kann beim Amt für Wohnungswesen beantragt werden. Mit einem Gesamtvolumen von 19,75 Mio. DM nimmt das sogenannte Tabellenwohngeld mit einem Anteil von 25 % an den gesamten Wohngeldzahlungen inzwischen eine eher kleine Rolle ein. Damit konnten jedoch 1996 mehr als 10.000 Haushalte unterstützt werden.

Die größte Gruppe an allen Empfängerhaushalten stellten 1996 die Arbeitslosen mit 40 % dar. Rentner und Pensionäre waren mit 20 %, Erwerbstätige mit 19 % und Studenten mit 10 % unter den Empfängern vertreten.

Wohngeld wird überwiegend an Einpersonenhaushalte (55 %) gezahlt. Zweipersonenhaushalte stellen mit 16,5 % die zweitgrößte Gruppe unter den Empfängerhaushalten.

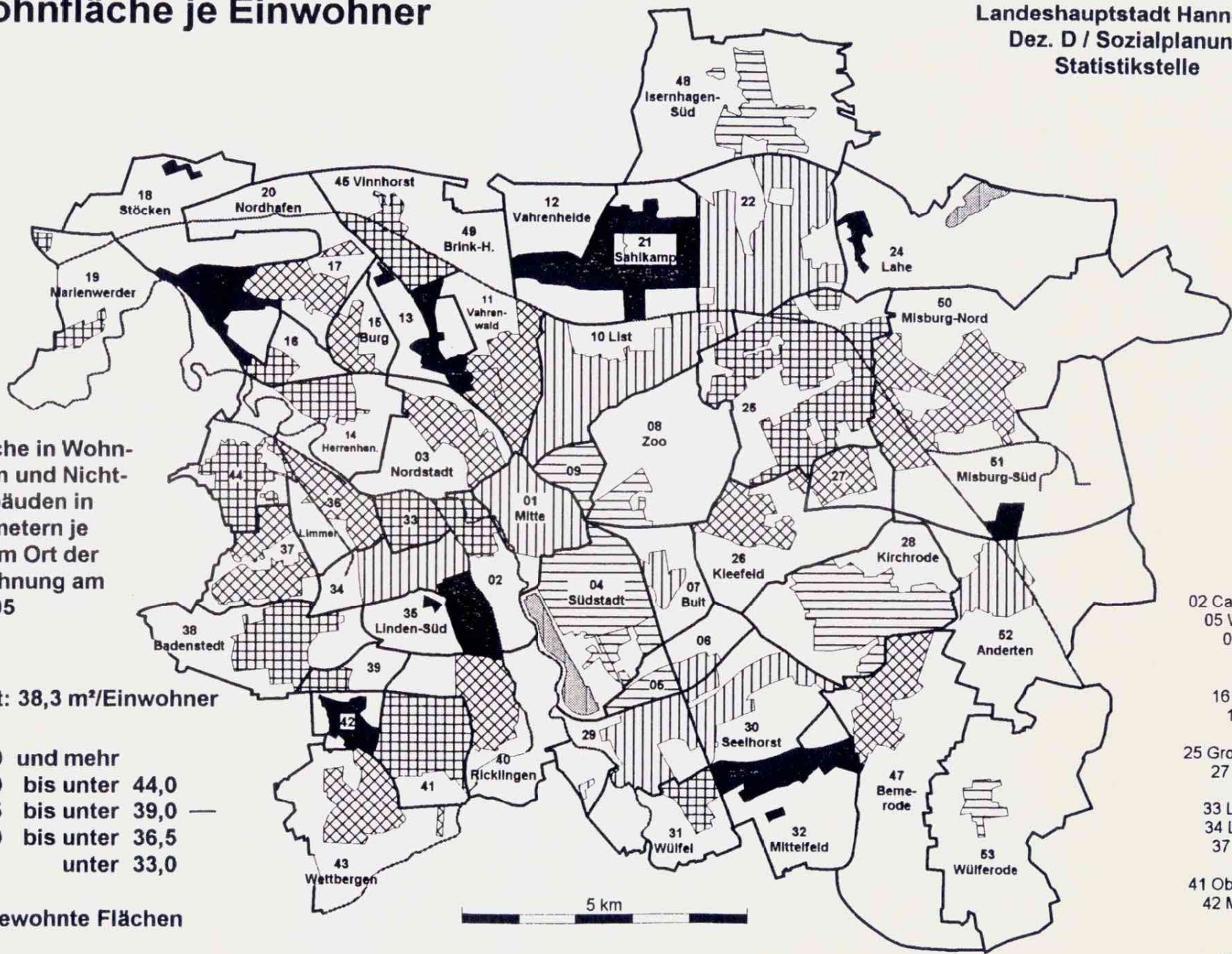
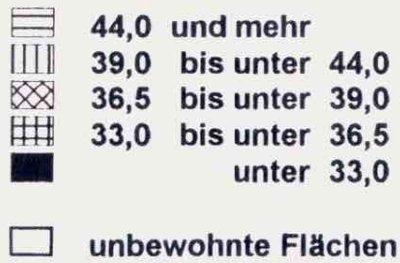
Wohngeld wird seiner Zielsetzung inzwischen nicht mehr gerecht. Die Mieten sind seit der letzten Wohngeldnovelle 1990 um durchschnittlich 30 % gestiegen, während die Höchstgrenzen unverändert blieben. Dadurch tragen in Hannover rund 80 % der (Tabellen) Wohngeldempfänger Mietbelastungen, die die zuschufähigen Höchstbeträge überschreiten. Gleichzeitig fielen im vergangenen Jahr viele Wohngeldempfänger z.T. durch nur geringe Einkommenserhöhungen (z.B. Rentenanpassung) aus dem Kreis der Berechtigten heraus. Mieterhöhungen bleiben dagegen unberücksichtigt, weil die Höchstbeträge längst überschritten sind. (vgl. Stadt Hannover, Amt für Wohnungswesen, Jahresbericht 1996).

# Wohnfläche je Einwohner

Landeshauptstadt Hannover  
 Dez. D / Sozialplanung  
 Statistikstelle

Wohnfläche in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden in Quadratmetern je Person am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1995

Stadtwert: 38,3 m<sup>2</sup>/Einwohner



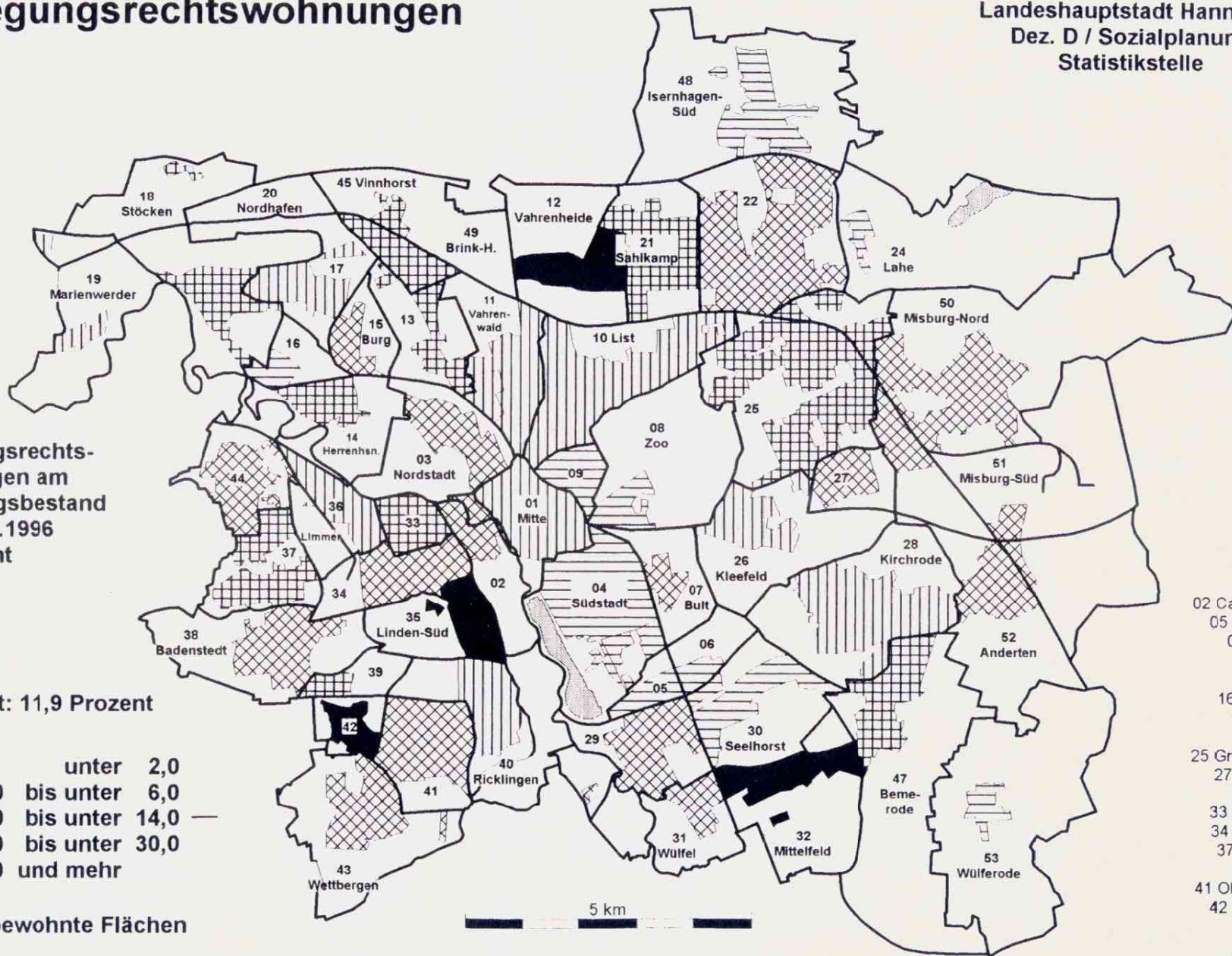
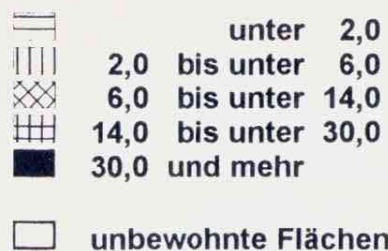
- 02 Calenb. Neust.
- 05 Waldhausen
- 06 Waldheim
- 09 Oststadt
- 13 Hainholz
- 16 Leinhausen
- 17 Ledeburg
- 22 Bothfeld
- 25 Groß-Buchholz
- 27 Heideviertel
- 29 Döhren
- 33 Linden-Nord
- 34 Linden-Mitte
- 37 Davenstedt
- 39 Bornum
- 41 Oberricklingen
- 42 Mühlenberg
- 44 Ahlem

# Belegungsrechtswohnungen

Landeshauptstadt Hannover  
 Dez. D / Sozialplanung  
 Statistikstelle

Belegungsrechtswohnungen am Wohnungsbestand am 31.12.1996 in Prozent

Stadtwert: 11,9 Prozent



- 02 Calenb. Neust.
- 05 Waldhausen
- 06 Waldheim
- 09 Oststadt
- 13 Hainholz
- 16 Leinhausen
- 17 Ledeburg
- 22 Bothfeld
- 25 Groß-Buchholz
- 27 Heideviertel
- 29 Döhren
- 33 Linden-Nord
- 34 Linden-Mitte
- 37 Davenstedt
- 39 Bornum
- 41 Oberricklingen
- 42 Mühlenberg
- 44 Ahlem



#### 4. Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen

In der Diskussion über Armut und ihre Folgen wird der Aspekt der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am Bildungssystem immer wieder thematisiert. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß Kinder aus Elternhäusern, deren Haushaltseinkommen gering ist, seltener einen höheren Bildungsabschluß erreichen.

Für diese Tatsache sind vielfältige ineinandergreifende Faktoren verantwortlich: Beengte Wohnverhältnisse, in denen z.B. kein Arbeitsplatz vorhanden ist, behindern die Kinder zu Hause bei den Hausaufgaben und beim Lernen. Die Eltern sind durch ihre materiellen Probleme belastet und können den Kindern nur eingeschränkt Förderung anbieten oder die Leistungen überwachen; für Nachhilfe ist kein Geld vorhanden. Daraus resultieren schlechtere Leistungen in der Schule und im Endeffekt ein niedriger Schulabschluß.

Um dieses System von Armut und eingeschränkten Bildungschancen zu beschreiben, können die Übergänge von der Orientierungsstufe in das dreigliedrige Schulsystem sowie eine Analyse finanziell benachteiligter Schülerinnen und Schüler in den einzelnen Schulformen herangezogen werden.

Die vorliegenden Daten sind jedoch nur eingeschränkt geeignet, die einleitend aufgestellten Thesen für Hannover zu belegen. Für die zukünftige Sozialberichterstattung sind differenziertere Grunddaten aus der Schulstatistik dringend erforderlich.

##### 4.1 Übergänge von der Orientierungsstufe in das dreigliedrige Schulsystem

Während in einem Teil der Stadt Hannover Bevölkerung mit höheren Bildungsabschlüssen und besseren Einkommensverhältnissen lebt, werden andere Stadtbezirke vorwiegend von Personen mit unteren oder mittleren Bildungsabschlüssen und Einkommensverhältnissen bewohnt. Der Zusammenhang von sozialer Schichtzugehörigkeit und Bildungverhalten wird im Bildungswesen u.a. an den Übergangsquoten aus den Orientierungsstufen in das dreigliedrige Schulsystem widerspiegelt.

Leider ist eine Stadtteilbetrachtung aus datentechnischen Gründen nicht möglich, so daß eine regionale Analyse lediglich auf Stadtbezirksebene erfolgen kann. Dadurch wird die Situation in den Stadtteilen jedoch verzerrt – weil im Durchschnitt aller Stadtteile im Stadtbezirk - dargestellt und die Aussagekraft dieses Indikators stark eingeschränkt. Dennoch soll an dieser Stelle eine kurze, ausschnittsweise Situationsbeschreibung erfolgen.

Im Schuljahr 1995/96 wechselten in Hannover durchschnittlich 44 % aller Schülerinnen und Schüler der Orientierungsstufen auf das Gymnasium. Weitere 34 % setzen ihre Schullaufbahn an einer Realschule und 21 % an einer Hauptschule fort.

Überdurchschnittlich hohe Übergangsquoten aus den Orientierungsstufen in das Gymnasium verzeichnen z.B. die Orientierungsstufen in den Stadtbezirken Buchholz-Kleefeld, Misburg-Anderten und Südstadt-Bult. Hier liegt der Anteil der zukünftigen Gymnasialschüler bei 47 % bis 57 %. Eine stark unterdurchschnittliche Übergangsquote ist im Stadtbezirk Linden-Limmer mit 21 % zu verzeichnen gewesen (vgl. Anhang).

Die höchsten Anteile von Schülerinnen und Schülern, die ihren Weg an einer Hauptschule fortsetzen, wurden in den Stadtbezirken Linden-Limmer (31 %), Ahlem-Badenstedt-Davenstedt (29 %), Döhren-Wülfel (27 %), Bothfeld-Vahrenheide (27 %) erzielt.

Der Anteil der Gymnasialschüler hat seit dem Schuljahr 1981/82 um 10 % zugenommen. Parallel zum Anstieg der Übergangsquoten in die Gymnasien ist in den letzten Jahren der Beschulungsgrad in den Gesamtschulen gestiegen. Drei Gesamtschulen in Hannover verfü-

gen über eine Gymnasiale Oberstufe, an denen wie an den Gymnasien die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung erworben werden kann. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler im 5. Jahrgang auf den Gesamtschulen beträgt inzwischen 20 %. Je nach Stadtbezirk sind dabei aber große Unterschiede vorhanden, so daß die Aussagekraft des gewählten Indikators nochmals eingeschränkt wird.

## 4.2 Finanziell benachteiligte Schülerinnen und Schüler

Im folgenden wird betrachtet, in welchem Umfang sich Schülerinnen und Schüler, deren Eltern nur über ein geringes Einkommen verfügen, in den einzelnen Schulformen des dreigliedrigen Schulsystems wiederfinden.

Als Hilfsgröße wird für diese Analyse der Anteil der Schülerinnen und Schüler gewählt, die städtische Beihilfen für Lernmittel, die Teilnahme an Schulveranstaltungen oder einen Essenszuschuß in Ganztagschulen erhielten, weil ihre Unterhaltsverpflichteten lediglich über ein Bruttoeinkommen von bis zu 1.700 DM pro Monat verfügten (für jedes weitere Kind erhöht sich die Höchstgrenze um 200 DM). Auf die ansonsten verwendete Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt muß an dieser Stelle verzichtet werden, weil diese nicht erfaßt, in welcher Schulform sich die Kinder der Empfängerhaushalte befinden.

Beihilfen für finanziell benachteiligte Schülerinnen und Schüler werden auf Antrag gewährt; nur ein Teil aller Beihilfeberechtigten nimmt diesen Anspruch wahr. Gründe hierfür könnten die mangelnde Kenntnis über diesen Anspruch sein oder aber, Eltern verzichten bewußt auf die Beihilfe, um ihre Einkommenssituation in der Schule nicht offenlegen zu müssen.

1995 waren insgesamt 4.680 Kinder von den 45.470 Schülerinnen und Schülern an den allgemeinbildenden Schulen unterhaltsbedürftig und erhielten städtische Beihilfen für Lernmittel, die Teilnahme an Schulveranstaltungen oder einen Essenszuschuß in Ganztagschulen. Hiervon erhielten 4.140 Schüler Hilfe zum Lebensunterhalt und weitere 540 umfaßt die Gruppe der Schülerinnen und Schüler, deren Eltern keine Sozialhilfe bezogen, aber dennoch nur über ein geringes Einkommen verfügen.

Der Anteil der "Bedürftigen" betrug 1995 durchschnittlich 10,3 % - dabei ist aber eine unterschiedliche Verteilung auf die einzelnen Schulformen festzustellen. Während der Anteil mit 11,6 % in den Grundschulen und 10,5 % in den Orientierungsstufen auf dem durchschnittlichen Niveau liegt, ist die Quote in den Sonderschulen mit 29,7 % überdurchschnittlich hoch, während der Anteil in den Gymnasien nur 4,4 % beträgt.

Bemerkenswert ist bei den Sonderschulen die Konzentration von "Bedürftigen" in den Sonderschulen für Lernhilfe: Hier waren im Schuljahr 1995/96 durchschnittlich 38 % der Schülerinnen und Schüler "bedürftig".

## 5. Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsförderung

Arbeitslosigkeit wird immer stärker zu einem gesellschaftlichen Problem. Die Zahl der Arbeitslosen und auch der Anteil der Arbeitslosen an den Beschäftigten steigt seit einigen Jahren kontinuierlich an. Für die Betroffenen bedeutet Arbeitslosigkeit vor allem den Verlust der finanziellen Existenzgrundlage und die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen wie Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Arbeitslosigkeit ist auch der Hauptgrund für den Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt.

### 5.1 Struktur der Arbeitslosen

In der Stadt Hannover waren Ende 1996 mehr als 34.000 Personen arbeitslos. Frauen waren zu diesem Zeitpunkt im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung unterdurchschnittlich oft arbeitslos gemeldet, besonders häufig waren dagegen Nichtdeutsche von Arbeitslosigkeit betroffen. Ein Zehntel aller Arbeitslosen waren Ende 1996 unter 25 Jahre alt und rund ein Fünftel 55 Jahre und älter.

Von 1991 bis 1996 ist die Zahl der Arbeitslosen insgesamt um 50 % angestiegen. Besonders große Zuwächse verzeichnete dabei die Gruppe der ausländischen Bevölkerung (+ 122 %). Nicht nur absolut, sondern auch in der Entwicklung sind Frauen weit unterdurchschnittlich als arbeitslos registriert. Die Anzahl der jungen Menschen unter 25 Jahre ohne Arbeit hat sich im gleichen Zeitraum leicht unterdurchschnittlich entwickelt. (vgl. Übersicht 1)

#### Übersicht 1: Arbeitslose in der Stadt Hannover

Arbeitslose	31.12.1996		Entwicklung 1991-1995
	Absolut	In %	In %
Insgesamt	34.143	100	+ 50
Frauen	13.178	39	+ 32
Nichtdeutsche	9.150	27	+ 122
Unter 25 Jahre	3.648	11	+ 46
55 Jahre und älter	7.130	21	<i>k.A. für 1991</i>

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle

In Hannover stellt sich die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit je nach Stadtteil, in Abhängigkeit von Alter, Geschlecht und Nationalität differenziert dar. Seit September 1995 ist es möglich, stadtteilbezogene Aussagen zu treffen, da Hannover an einem Modellvorhaben der Bundesanstalt für Arbeit beteiligt wurde. Die im folgenden dargestellte Analyse wurde dem Bericht "Zur sozialen Situation in der Stadtregion Hannover - Ergebnisse der Erprobungsphase des Regionalen Sozialberichtsystems" (IES-Bericht 208.96) entnommen:

Der errechnete Arbeitslosenanteil innerhalb der Landeshauptstadt lag 1995 insgesamt bei 9,2 %<sup>2</sup>. In der Landeshauptstadt sind zu diesem Zeitpunkt männliche Arbeitslose leicht (10,9 %), ausländische Arbeitslose deutlich (15,0 %) überrepräsentiert.

Die höchsten Arbeitslosenanteile finden sich in den Stadtteilen Linden-Nord (17,4 %), Vahrenheide (16,1 %) Mitte (14,6 %), Linden-Süd (14,4 %), Hainholz (13,6 %) Mühlberg (13,4 %) sowie Mittelfeld (13,0 %). Die Parallelbetrachtung mit den - letzten vergleichbaren -

<sup>2</sup> Die errechneten Arbeitslosenquoten sind nicht mit den Quoten der Bundesanstalt für Arbeit zu vergleichen, da diese auf dem Anteil der Arbeitslosen an allen 'abhängigen zivilen Erwerbspersonen' basieren. Daten zu dieser Gruppe konnten von der Bundesanstalt nicht geliefert werden. Deshalb wurden Arbeitslosenanteile auf der Basis der Hauptwohnbevölkerung errechnet.

Daten der Volkszählung 1987 zeigt, daß sich seitdem an dieser Rangfolge nichts verändert hat.

Die niedrigsten Arbeitslosenanteile fanden sich 1995 in Waldheim/Waldhausen (3,5 %), Kirchrode (4,1 %), Lahe/Isernhagen-Süd (5,1 %), Zoo/Bult (5,2 %), Misburg-Süd (5,9 %) und Bothfeld (6,0 %). Auch diese Stadtteile wiesen schon 1987 die niedrigsten Arbeitslosenanteile auf (vgl. Karte 20).

Ähnlich wie die Gesamtheit aller Arbeitslosen verteilt sich die Gruppe der arbeitslosen Ausländerinnen und Ausländer über das Stadtgebiet. Die höchsten Anteile dieser Gruppe an allen Ausländerinnen und Ausländern wiesen die Stadtteile Mühlenberg (23,9 %), Linden-Nord (22,9 %), Wettbergen (21,0 %), Sahlkamp und Oberricklingen (jeweils 20,3 %) sowie Vahrenheide (19,7 %), die geringsten Anteile ausländischer Arbeitsloser fanden sich in Waldheim/Waldhausen, Bult/Zoo, Marienwerder und Kirchrode.

Bei Erwerbslosen unter 20 Jahren liegt der Schwerpunkt der Arbeitslosigkeit 1995 in den Stadtteilen Bornum, Hainholz, Vahrenheide und Ahlem.

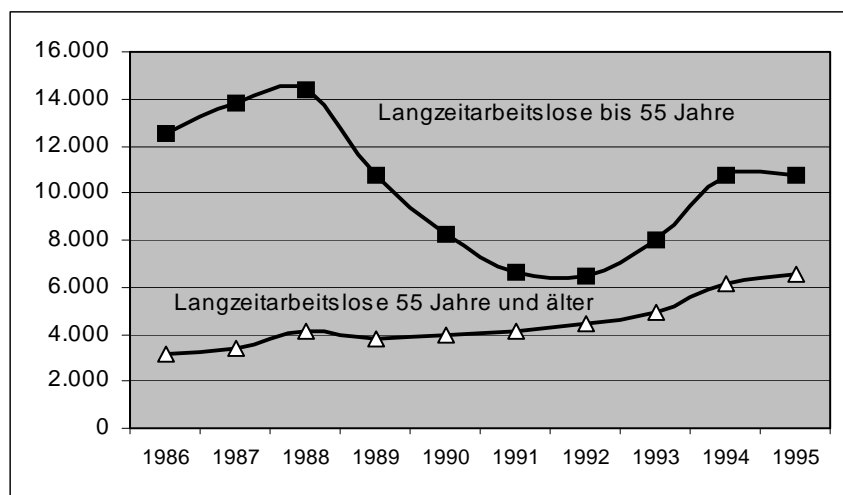
Ältere Arbeitslose (55 Jahre und älter) sind in Linden-Nord, Linden-Süd, Stöcken, Mitte und Ricklingen deutlich überrepräsentiert.

### Langzeitarbeitslosigkeit

Der Anteil der Personen, die ein Jahr und länger ohne Arbeit sind, ist in den vergangenen Jahren weiter gestiegen.

Langzeitarbeitslosigkeit hat weitreichende Auswirkungen; sie ist Ursache und Verstärker für vielfältige individuelle und gesellschaftliche Probleme. Mit der Dauer von Arbeitslosigkeit nehmen die Chancen der Wiedereingliederung in das Erwerbsleben ab, und es wächst die Abhängigkeit von monetären, aber auch nicht-monetären Transferleistungen des Staates und der Kommunen. Für die Stadt steigen die sozialen Kosten verbunden mit einer Beeinträchtigung der kommunalpolitischen Leistungsfähigkeit. Langzeitarbeitslosigkeit schränkt die persönlichen Handlungsspielräume ein und bringt in der Regel erhebliche psycho-soziale Belastungen und Schädigungen mit sich. Langzeitarbeitslosigkeit führt häufig zu sozialem Abstieg und gefährdet die Stabilität von Familien und Kontaktnetzen.

**ABBILDUNG 13: Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Hannover 1986 bis 1995**



Quelle: Arbeitsamt Hannover, Landesarbeitsamt Hannover

Im Arbeitsamtsbezirk Hannover waren Ende 1996 knapp ein Drittel (15.700) aller Arbeitslosen ein Jahr und länger ohne Arbeit. 40 % hiervon gelten mit 55 Jahren und mehr als ältere Arbeitnehmer und damit als schwer vermittelbar. Wie groß der Personenkreis ist, der vor Erreichen des Rentenalters im Rahmen von Vorruhestandsregelungen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist und auf diese Weise die Zeit bis zur ersten Rentenzahlung überbrückt, bleibt allerdings offen.

## 5.2 Städtische Beschäftigungsförderung

Das städtische Engagement der Beschäftigungsförderung setzte in den 70er Jahren ein und hatte verschiedene Gründe:

Zum einen zwang die damals binnen weniger Jahre stark angestiegene Jugendarbeitslosigkeit zur massiven Förderung schulisch oder betrieblich organisierter Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene. Dies führte beispielsweise bereits 1978 zum Aufbau der Werkstatt Hannover GmbH, die heute über insgesamt 131 Qualifizierungs- und Ausbildungsplätze verfügt.

Zum anderen ergab sich die bildungspolitische Notwendigkeit, für die sprachliche, schulische und fachbezogene (Nach-) Qualifizierung verschiedener Gruppen - Ausländer, Spätaussiedler, Arbeitslose, Frauen, Jugendliche - auch im öffentlichen Bildungsbereich eine große Zahl von Projekten anzusiedeln. Die Volkshochschule hatte ihre Angebote deshalb schon vor der großen Beschäftigungskrise ab 1980 massiv ausgebaut und die Finanzierung durch das Arbeitsförderungsgesetz sichergestellt.

Trotz des wieder einsetzenden Wirtschaftswachstums stiegen die Arbeitslosenzahlen in den 80er Jahren auch in der Stadt Hannover mit ihrem strukturell schwierigen Arbeitsmarkt weiter an. Die sich verstärkenden Automationsfelder in der Industrie mit den daraus resultierenden Arbeitskräftefreisetzungen, die wachsenden Qualifizierungsanforderungen und der Beschäftigungs- und Qualifizierungsbedarf jährlich neu hinzukommender Gruppen, wie der Spätaussiedler, führten neben den Stützungsmaßnahmen für den ersten Arbeitsmarkt zum Aufbau des zweiten Arbeitsmarktes. Ab 1985 setzte auch in Hannover die Förderung gemeinnütziger, zusätzlicher Arbeit über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ein. Damit einher ging seinerzeit die Gründung einer Reihe entsprechender gemeinnütziger Träger. Gleichzeitig wurde im städtischen Bereich der Stützpunkt Hölderlinstraße aufgebaut, insbesondere für die Beschäftigung Langzeitarbeitsloser und Älterer ohne Arbeit. Für die Sozialhilfeempfänger darunter gab es im Sozialamt die ersten Förderungen über die „Hilfe zur Arbeit“.

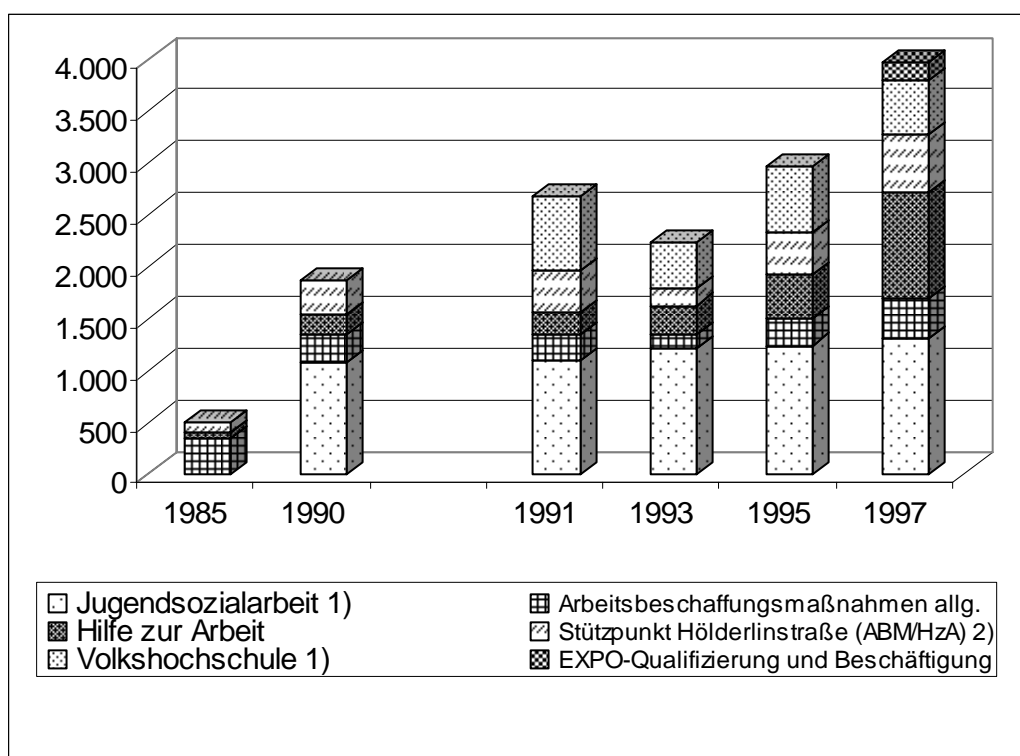
Die städtischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit führten ab Mitte der 80er Jahre zu einer kontinuierlichen Reduzierung der Zahl arbeitsloser Jugendlicher und junger Erwachsener, mußte aber seitdem auf dem hohen Niveau fortgeführt werden zur Abdeckung der jährlich neu entstehenden Bedarfe. Trotzdem gibt es in Hannover heute unter den 36.000 Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern über 5.000 Jugendliche und junge Erwachsene bis zu 25 Jahren, für die der Weg in die wirtschaftliche Selbständigkeit noch gefunden werden muß. Weil in den letzten Jahren die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft abgesunken ist, werden weitere Stützungsmaßnahmen erforderlich, die 1997/98 installiert wurden durch die Programme "Ausbildung statt Sozialhilfe" - AsS und "Gegen Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit".

Ab Anfang der 90er Jahre hat sich die Beschäftigungssituation durch Automation, Rationalisierung auch im Dienstleistungsbereich und Globalisierung der Arbeit weiter verschlechtert. Weil der Bund über das Arbeitsförderungsgesetz seine Aufwendungen für (Um-, Nach-) Qualifizierungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Leistungsbezugsdauer begrenzte, wurde die kommunal finanzierte Sozialhilfe mit dramatischen jährlichen Zuwächsen in Anspruch genommen. Einziger Ausweg für die Kommunen aus dieser Kostenfalle war die Gründung

einer eigenen Arbeitsvermittlung über die „Hilfe zur Arbeit“. In Hannover vermittelt die „Hilfe zur Arbeit“ mit wachsendem Erfolg arbeitslose Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger mit und ohne Lohnkostenzuschuß auf den ersten Arbeitsmarkt und im Rahmen gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit auch auf den zweiten Arbeitsmarkt. Gleichzeitig sorgt sie für Langzeitarbeitslose, Arbeitsentwöhnte und Unqualifizierte für Arbeitstraining und Qualifizierung. Hierzu bedarf es einer intensiven Zusammenarbeit, eines ständigen Austausches und gemeinsamer Zielvereinbarungen mit den anderen städtischen Diensten zur Beschäftigungsförderung, die inzwischen verabredet sind.

Besondere Chancen für den hannoverschen Arbeitsmarkt ergeben sich durch den - teilweise vorübergehenden - zusätzlichen Arbeitskräftebedarf durch die EXPO 2000. Hier wurde 1996 mit entsprechenden betrieblichen und schulischen Qualifizierungsmaßnahmen begonnen; jetzt zeichnen sich erste Vermittlungserfolge daraus ab. Die geschilderte Entwicklung der Beschäftigungsförderung in Hannover wird aus der nachfolgenden Abbildung 14 deutlich.

**Abbildung 14: Städtische Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung 1985 bis 1997**



1) 1985 (als Einzelwert) nicht ermittelt.

2) Hilfe zur Arbeit § 20 – Hier ist die Zahl der Stellen angegeben. Da die Maßnahmen auf 3 Monate begrenzt sind und mit stärkerer Inanspruchnahme auch die Quote der Abbrecher steigt, muß zur Ermittlung der Teilnehmerzahlen die Stellenzahl mindestens mit 5 multipliziert werden. 1997 haben 555 Personen teilgenommen.

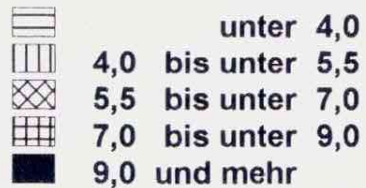
Quelle: Landeshauptstadt Hannover – Sozialamt, Jugendamt, Amt für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften, Volkshochschule Hannover

# Arbeitslose

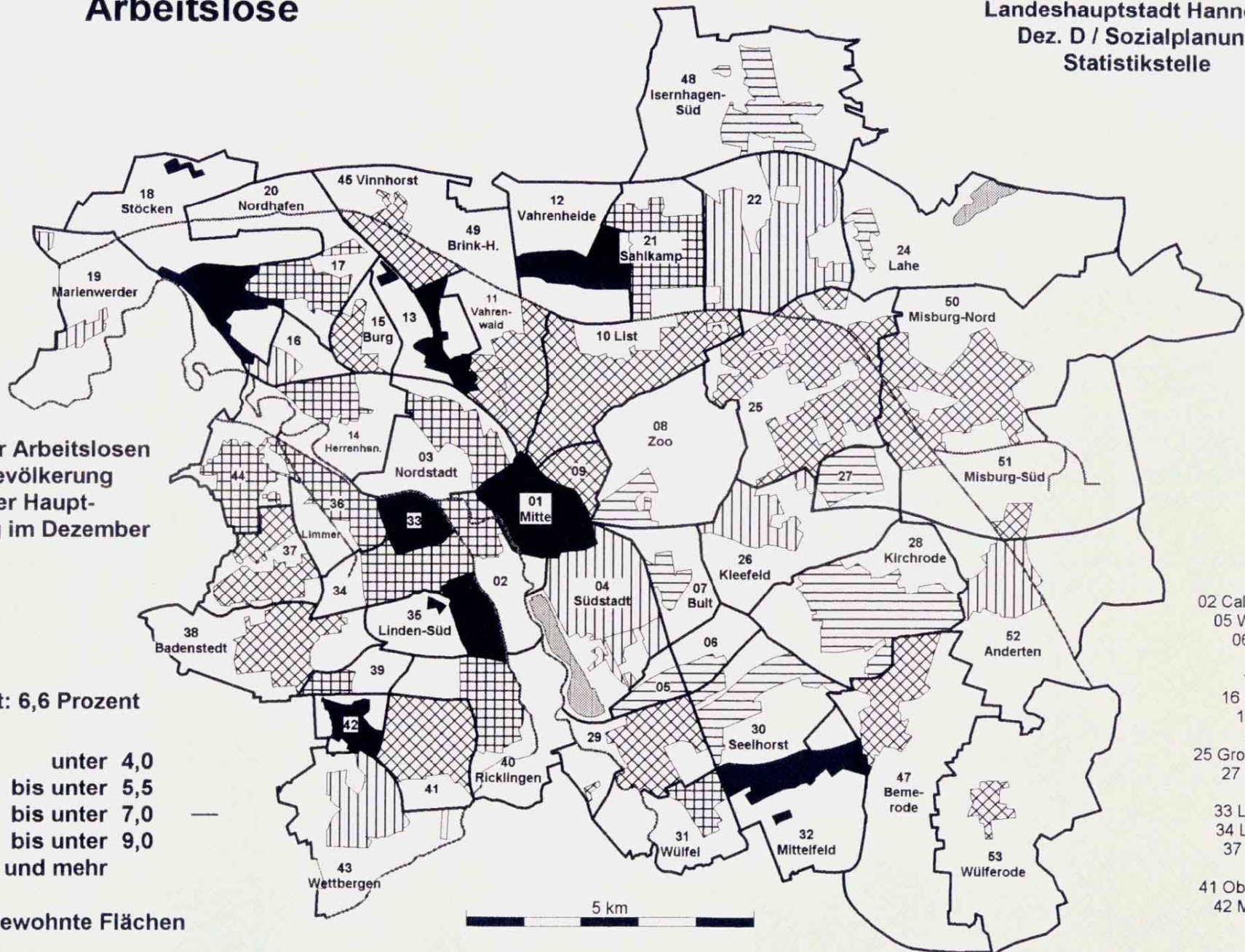
Landeshauptstadt Hannover  
 Dez. D / Sozialplanung  
 Statistikstelle

Anteil der Arbeitslosen  
 an der Bevölkerung  
 am Ort der Haupt-  
 wohnung im Dezember  
 1996

Stadtwert: 6,6 Prozent



unbewohnte Flächen



5 km

- 02 Calenb. Neust.
- 05 Waldhausen
- 06 Waldheim
- 09 Oststadt
- 13 Hainholz
- 16 Leinhausen
- 17 Ledeburg
- 22 Bothfeld
- 25 Groß-Buchholz
- 27 Heideviertel
- 29 Döhren
- 33 Linden-Nord
- 34 Linden-Mitte
- 37 Davenstedt
- 39 Bornum
- 41 Oberricklingen
- 42 Mühlenberg
- 44 Ahlem

## 6. Gesundheit

Die soziale, finanzielle Lage von Menschen und ihre gesundheitliche Situation stehen in einem engen Zusammenhang. Wer wenig verdient, einen geringen Bildungsgrad erreicht hat und unter unzureichenden Wohnbedingungen lebt, kann seine Gesundheit seltener erhalten als Personen, die unter günstigeren Bedingungen leben.

Ein Grund für die Abhängigkeit zwischen Armut und Krankheit sind sicherlich die geringen finanziellen Mittel, die für eine gesunde Ernährung oder auch einen Erholungsurlaub eingesetzt werden können. Darüber hinaus sind Informationsdefizite über gesundheitserhaltende Maßnahmen wahrscheinlich für ein höheres Krankheitsrisiko verantwortlich. Und nicht zuletzt ist es die persönliche Einschätzung zur Relevanz dieses Themas bei den Betroffenen: Gesundheitliche Maßnahmen treten gegenüber den alltäglichen Problemen in den Hintergrund.

In diesem Zusammenhang sind präventive Maßnahmen im Gesundheitswesen von besonderer Bedeutung und müssen auf ihre Wirksamkeit bei unterschiedlichen sozialen Gruppen untersucht werden. Dabei stellt sich zum Beispiel die Frage, ob diese Maßnahmen sozial benachteiligte Gruppen seltener erreichen.

Anhand ausgewählter Indikatoren werden im folgenden Zusammenhänge zwischen sozialer Situation und Gesundheit dargestellt. Aufgrund der eingeschränkten Datenverfügbarkeit und unzureichender Datenqualität kann nur auf eine begrenzte Zahl von Indikatoren zurückgegriffen werden. Das vorhandene statistische Material läßt es nicht zu, einen epidemiologischen Zusammenhang zwischen Armut und Krankheit herzustellen.

### 6.1. Die gesundheitliche Situation von Schulanfängerinnen und -anfängern

Im Rahmen der Schulanfängeruntersuchung wird der Jahrgang der fünfeinhalb- bis sechseinhalbjährigen Kinder erfaßt. Die Untersuchung erfolgt standardisiert nach dem Programm SOPHIA (Sozialpädiatrisches Programm Hannover). Dieses Programm umfaßt die körperlichen Untersuchungen einschließlich des Seh-, Hör- und Sprachvermögens sowie des motorischen Entwicklungsstandes, erfaßt Verhaltensstörungen und registriert die erfolgten Impfungen. Aus organisatorischen Gründen war in den vergangenen Jahren eine regionale Zuordnung der Daten nicht möglich, so daß darauf verzichtet werden muß, gesundheitliche Beeinträchtigungen der untersuchten Kinder in Beziehung zu den Lebensräumen der Stadt zu setzen.

In diesem Kapitel soll vielmehr auf die Wirkung von Prävention und den Stellenwert niedrigschwelliger Angebote eingegangen werden. Dieses geschieht am Beispiel der Kindertagesstätten als Ort, der es ermöglicht, soziale und gesundheitliche Beeinträchtigungen der Kinder zu erkennen und durch die direkte Verbindung zu den Eltern auf diese aufmerksam zu machen und über geeignete Maßnahmen zu informieren bzw. diese einzuleiten.

Zur Einschulung 1996 wurden 4.960 Kinder untersucht. 75 % waren deutscher und 25 % nichtdeutscher Nationalität.

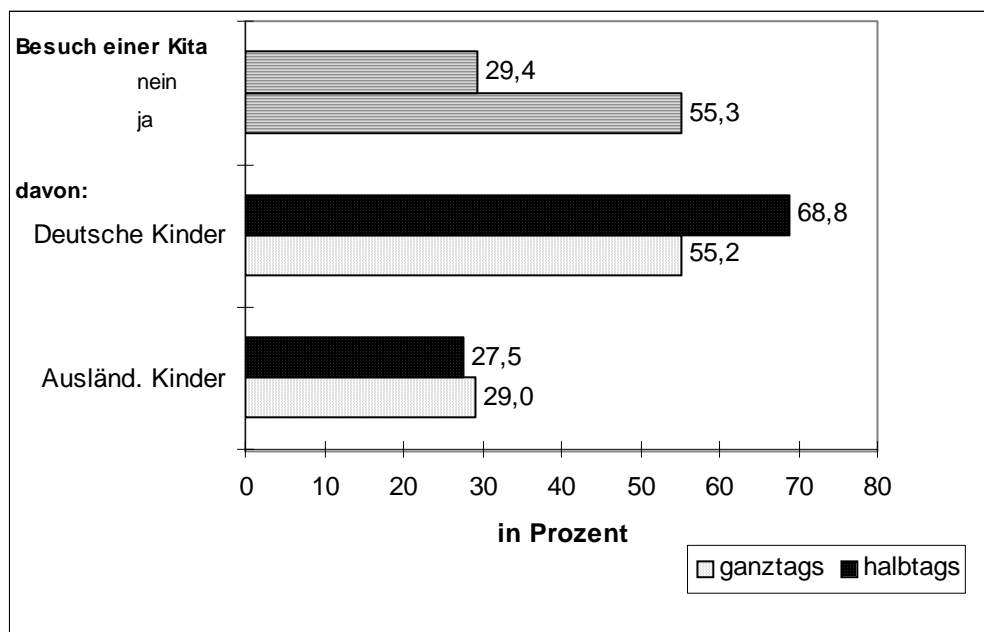
#### 6.1.1 Vorsorgeuntersuchungen

Ein Gradmesser für die gesundheitliche Fürsorge der Eltern ist die Inanspruchnahme des Vorsorge-Untersuchungsprogramms der gesetzlichen Krankenkassen (U1 bis U9): Während die Untersuchungen in den ersten Lebensjahren von bis zu 80 % der Eltern wahrgenommen werden, ist insgesamt eine Abnahme mit zunehmendem Lebensalter der Kinder zu verzeichnen. Bei der Schulanfängeruntersuchung 1995/1996 legten 79 % der Sorgeberechtigten das Vorsorgeuntersuchungsheft vor: Dabei zeigte sich, daß lediglich rund die Hälfte (51,4%) aller



untersuchten Kinder an der Vorsorgeuntersuchung U 9 teilgenommen hatte. Nur bei einem Viertel aller ausländischen Kinder wurde die entsprechende Untersuchung durchgeführt.

**ABBILDUNG 15: Beteiligung von Kindern an der U-9 – Untersuchung in Abhängigkeit vom Besuch einer Kindertagesstätte**



Quelle: Stadt Hannover – Gesundheitsamt, Abteilung Jugendgesundheitspflege

Erkennbar ist in diesem Zusammenhang, daß bei Kindern, die im Kindergarten betreut werden, die Vorsorgeuntersuchung U-9 insgesamt häufiger durchgeführt wurde. Die Abbildung 15 macht außerdem deutlich, daß deutsche Kinder, die halbtags im Kindergarten betreut werden, auffallend häufiger (69 %) an der U-9 - Untersuchung teilgenommen haben als ganztagsbetreute Kinder (55 %). Unklar bleibt hierbei, ob sich hier die geringere Zeitreserve vollbeschäftigter Eltern bemerkbar macht oder aus welchen anderen Gründen ganztags angemeldete deutsche Kinder erheblich seltener an der Vorsorgeuntersuchung teilgenommen haben.

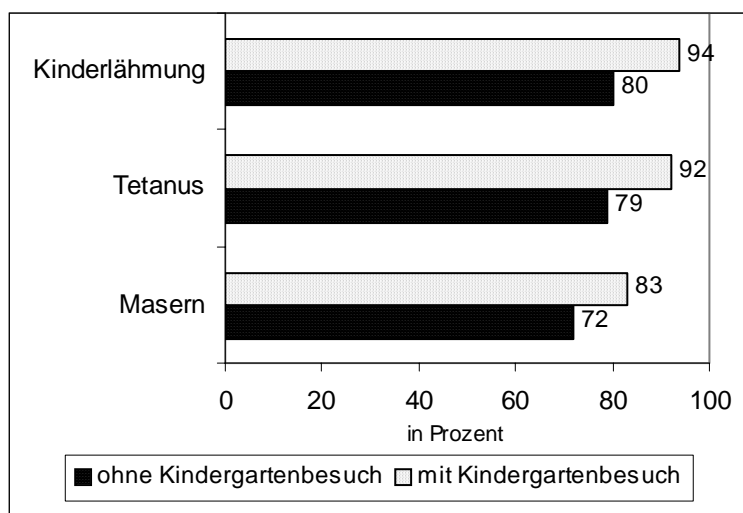
### 6.1.2 Impfschutz

Ein weiteres Betrachtungsmerkmal ist der Impfschutz der zur Einschulung vorgesehenen Kinder.

Wiederum wurden für Kinder, die eine Kindertagesstätte besuchten, signifikant bessere Ergebnisse festgestellt. Mehr als 90 % der Kindergartenkinder wurden gegen Kinderlähmung, Diphtherie und Tetanus geimpft und in rund 80 % aller Fälle gegen Masern und Mumps. Bei Kindern, die keine Einrichtung besuchten, liegt ein vollständiger Impfschutz für Kinderlähmung, Diphtherie und Tetanus bei 80 % und für Masern und Mumps bei rund 70 % (vgl. Abbildung 16).

Die Impfungsraten bei ausländischen Kindern fallen im Vergleich zu deutschen Kindern deutlich geringer aus. Bei Kinderlähmung, Diphtherie und Tetanus liegen sie rund 10 %-Punkte niedriger, bei Mumps und Masern rund 6 %-Punkte.

**ABBILDUNG 16: Impfschutz in Abhängigkeit vom Kindergartenbesuch**



Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Gesundheitsamt

## 6.2 Zustand der Zähne von Grundschülerinnen und -schülern

Die primäre Aufgabe der Jugendzahnpflege der Landeshauptstadt Hannover besteht darin, die Zahngesundheit der hannoverschen Kinder zu fördern. Hierzu dienen vor allem theoretische und praktische Prophylaxemaßnahmen sowie regelmäßige Reihenuntersuchungen von Kindern ab dem 3. bis zum vollendeten 12. Lebensjahr.

Auf dieser Grundlage werden anonymisierte Statistiken erstellt, welche den Status der Zahngesundheit dokumentieren und eine weitere Planung der Prophylaxemaßnahmen ermöglichen.

Diese Statistiken zeigen eine Polarisierung der Kariesprävalenz: War die Karies früher schon im Kindesalter eine Volkskrankheit, so sind heute viele Kinder kariesfrei; ihnen stehen jedoch Kinder gegenüber, welche eine große Anzahl von kariösen Zähnen haben.

Diese Kariesrisikokinder sind in allen sozialen Schichten zu finden, jedoch läßt sich dort eine Häufung feststellen, wo vermehrt soziale Benachteiligungen bestehen. Insofern ist auch bei der Verteilung der Karies im Stadtgebiet eine Polarisierung festzustellen.

Die Zahngesundheit wird nach dem EKF-Index bemessen (Zahl der entfernten, kariösen und gefüllten Zähne pro Kind), wobei ein Wert von Null ideal wäre und jeder höhere Wert einen schlechteren Gebißbefund anzeigt. Für jeden Stadtteil mit mindestens einer Grundschule wurde ein mittlerer Wert aller Schüler der Klassen 1 bis 4 berechnet. Der Mittelwert für die Stadt Hannover insgesamt liegt bei 0,62.

Die schlechtesten Werte wurden an den Schulstandorten in Linden-Süd (1,25) und Vahrenheide (1,23) ermittelt. Überdurchschnittlich gute Zahnbefunde wurden in den Grundschulen in Kirchrode (0,26) und der List (0,30) erzielt.

### 6.3 Drogenmißbrauch

Die sozialen Problemlagen in der Stadt stehen in erheblichen Maße im Zusammenhang mit dem Mißbrauch von Drogen, Alkohol und Medikamenten. Nach vorliegenden Schätzungen gibt es in der Stadt etwa 4.000 bis 5.000 Abhängige harter Drogen (Opiate), cirka 1.500 Methadon-Substituierte, cirka 16.000 bis 18.000 Alkoholranke und etwa 9.000 bis 10.000 Medikamentenabhängige. Weitere 3.000 bis 4.000 Personen, so neueste Schätzungen, sind darüber hinaus Konsumenten von Ecstasy, Amphetaminen und LSD.

Die Entstehung von Abhängigkeit und Sucht ist in der Regel ein längerfristiger Prozeß mit verschiedenen Ursachen (Familienkonflikte, Partnerschaftsprobleme, Arbeitslosigkeit, sozialer Abstieg, Isolation, Krankheit) und gravierenden Wirkungen (körperlich-seelische Schädigungen, Tod, Gewalt, Kriminalität). Die negativen Folgen gehen dabei über die unmittelbar selbst Betroffenen hinaus und beeinträchtigen auch andere Menschen.

Hannover ist in den vergangenen Jahren zum Anlaufpunkt für Drogenkonsumenten und Drogenhändler geworden. Dieses wurde maßgeblich bedingt durch die Lage auf den sich in Hannover kreuzenden Verkehrsachsen, die zwischen Nord und Süd (Hamburg-Frankfurt) sowie Ost und West (Berlin-Amsterdam) verlaufen.

Die soziale Lage der Konsumenten harter Drogen läßt sich für Hannover anhand statistischer Daten nicht beschreiben, weil bis heute entsprechende Erfassungen und Erhebungen nicht möglich sind, nicht zuletzt, weil sich die betroffenen Personen vielfach in der Illegalität bewegen. Erfasst werden konnte lediglich die Zahl der Drogentodesfälle: Im Jahr 1996 wurden 37 Tote und im Jahr 1997 20 Tote gezählt. Angaben zur Gruppe der Drogenkonsumenten lassen sich allein qualitativer Art machen, sie beruhen auf der Wahrnehmung der Drogenhilfeeinrichtungen, die im Bereich Prävention, Beratung, Behandlung usw. tätig sind. Demnach sind Konsumenten harter Drogen überwiegend männlichen Geschlechts. Das Gros der Abhängigen entstammt aus Elternhäusern, die belastet sind durch Suchtmittelkonsum, ungünstige Wohnverhältnisse, niedrigem Lebensstandard, körperlicher oder sexueller Gewalt an Kindern. Dieses hat deutlichen Einfluß auf Kinder und Jugendliche im Hinblick auf eher negative Schul- und Berufsverläufe, delinquentes Verhalten und deren Anfälligkeit für Suchtmittelabhängigkeiten.

Eine völlig andere Situation besteht für den Kreis der Konsumenten von Ecstasy, Amphetaminen und LSD. Diese Drogen erreichen vor allem die 13- bis 30jährigen. Es handelt sich dabei vor allem um Personen aus sozial stabilen Elternhäusern. In der Regel befindet sich die Personengruppe in Schul- oder Berufsausbildung oder geht einer Erwerbstätigkeit nach. Der Konsum dieser Drogenart geht nicht zwingend mit einer sozialen Verelendung einher. Weitere empirische Analysen liegen zur Zeit aufgrund der Aktualität der Thematik nicht vor.

In Hannover hat sich durch die Zusammenarbeit der unterschiedlichsten Institutionen und Interessenvertreter ein differenziertes Drogenhilfesystem entwickelt, das auf den Eckpfeilern Prävention, niedrigschwellige Angebote, Entzugsstationen, methadongestützte Drogenhilfe, ambulante Beratung und Behandlung, stationäre Behandlung und Nachsorge basiert. Aus dem städtischen Haushalt werden diese Maßnahmen inzwischen mit 3 Millionen DM unterstützt.

Seit 1992 entstanden trotz knapper Finanzmittel der Stadt Hannover durch Kostenbeteiligung des Landes Niedersachsen, des Landkreises Hannovers und der Krankenkassen zahlreiche Projekte wie z.B. die Praxis für Drogenranke, eine niedrigschwellige Entzugsstation in der Fachklinik Langenhagen, dezentrale Übernachtungseinrichtungen in der Bachstraße, in Lahe und in der Wörthstraße sowie Ende 1997 das „Drop In / Fixpunkt“. Durch diese Maßnahmen konnte erreicht werden, daß die Zahl der Drogentoten rückläufig ist und die Beschaffungskriminalität bei Drogenabhängigen, die sich in medizinischer Behandlung und/oder psychosozialer Betreuung befinden, in erheblichem Umfang abgenommen hat.

## 7. Kinderbetreuung als ergänzende kommunale Unterstützung von Familien

Zur Unterstützung von Familien in ihren unterschiedlichen Lebensformen haben Betreuungsangebote für Kinder – vor allem im Sinne der Armutabwehr – eine wesentliche Funktion. Betreuungsangebote haben in erster Linie einen sozialpädagogischen und einen Bildungsauftrag, in dem Kindern Möglichkeiten sozialer Kontakte und sozialen Lernens angeboten werden. Darüber hinaus ermöglichen Betreuungsangebote den Eltern einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und damit das Familieneinkommen zu sichern. Somit sind Kindertagesstätten ein wichtiger Faktor präventiver Jugendhilfe.

In Hannover wurden im Oktober 1997 rund 17.000 Kinder in einer Kindertagesstätte betreut. Davon waren rund 1.200 Kinder zwischen 0- und 3 Jahren in einer Krabbelstube, 12.600 Kinder vom 3. Lebensjahr bis zum Schuleintritt im Kindergarten und rund 3.000 Kinder ab dem 6. Lebensjahr im Hort.

Für Kinder ab dem 3. Lebensjahr besteht ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. In der Stadt Hannover wurden allein seit 1993 rund 3.000 neue Kindergartenplätze geschaffen, so daß dieser Anspruch erfüllt werden kann. Für den Bereich der Krabbelgruppen und der Horte ist die Nachfrage nach Plätzen weiterhin höher als das Angebot. Krabbelgruppen- und Hortplätze werden deshalb nach sozialen Kriterien vergeben.

Abhängig von Betreuungsform und –umfang sowie vom Einkommen der Eltern werden für die Kinderbetreuung gestaffelte Beiträge erhoben. Die Beitragstaffel legt Einkommensgrenzen fest (z.B. 2.168 DM für einen Zweipersonen-Haushalt und 3.312 DM für einen Vierperson-Haushalt nach § 79 Abs 1 BSHG, Stand 1996). Familienhaushalte, die Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen bzw. deren Einkommen unterhalb der festgesetzten Grenze liegt, müssen für die Betreuung in der Kindertagesstätte keinen Beitrag bezahlen. Der Elternbeitrag steigt, je höher das Einkommen über den jeweiligen Einkommensgrenzen liegt. Haushalte, deren Einkommen mehr als 1.200 DM über der Einkommensgrenzen liegt, zahlen den Höchstbeitrag (z.B. 450 DM für einen Ganztagsplatz im Kindergarten ab 1.8.1998). Geschwisterkinder erhalten eine Beitragsreduzierung; für das dritte Kind wird kein Beitrag mehr erhoben.

In der Stadt Hannover mußte im Oktober 1997 für die Betreuung von 7.057 Kindern in Kindertagesstätten kein Elternbeitrag gezahlt werden. Dieses entspricht einem Anteil von 41,7 % an allen belegten Plätzen. Für weitere 1.059 Plätze (6,3 %) wurde ein Beitrag der unteren Stufen 1 und 2 entrichtet (z.B. Ganztagsbetreuung Stufe 1 39 DM; Stufe 2 79 DM). Insgesamt wurde somit für 48 % der belegten Plätze in Kindertagesstätten kein oder nur ein geringer Elternbeitrag gezahlt. Für den gesamten Kindertagesstättenbereich entstand für 1997 ein Zuschußbedarf von 120,8 Mio. DM, die unter anderem als Beihilfe an freie Träger ausbezahlt wurden.

Die Karte 21 stellt die räumliche Verteilung der Anteile von Freiplätzen und der untersten Stufen der Elternbeiträge an allen Kindertagesstättenplätzen nach Prognosebezirken dar. In den Prognosebezirken Hainholz (75,3 %), Marienwerder (64,9 %), Vahrenheide (62,4 %) und Mitte (61,7 %) werden die höchsten Werte, also ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Freiplätzen und den unteren Beitragssätzen erreicht. Deutlich unterdurchschnittliche Anteile an Kindern aus gering verdienenden Haushalten und Haushalten von Sozialhilfeempfängern wurden in Vinnhorst (26,9 %), Kleefeld (30,1 %), Bothfeld (30,7 %), Bemerode (31,1 %) und Kirchrode (31,7 %) gezählt.

Bei der Interpretation dieser Zahlen muß beachtet werden, dass

- nicht alle Kinder in dem Prognosebezirk betreut werden, in dem sie auch wohnen, weil beispielsweise eine arbeitsortnahe Kindertagesstätte ausgewählt wird, die Kindertagesstätte in der Nähe des Wohnortes einer anderen Bezugsperson liegt oder einfach eine

(künstliche) statistische Grenze überschritten wird, die eine Wohnung von der nahegelegenen Kindertagesstätte trennt.

- in den Bereichen Krabbelgruppe und Hort Kinder aus sozialbelasteten Familien bevorzugt werden und somit Kinder aus finanziell bessergestellten Familien unterrepräsentiert sind.

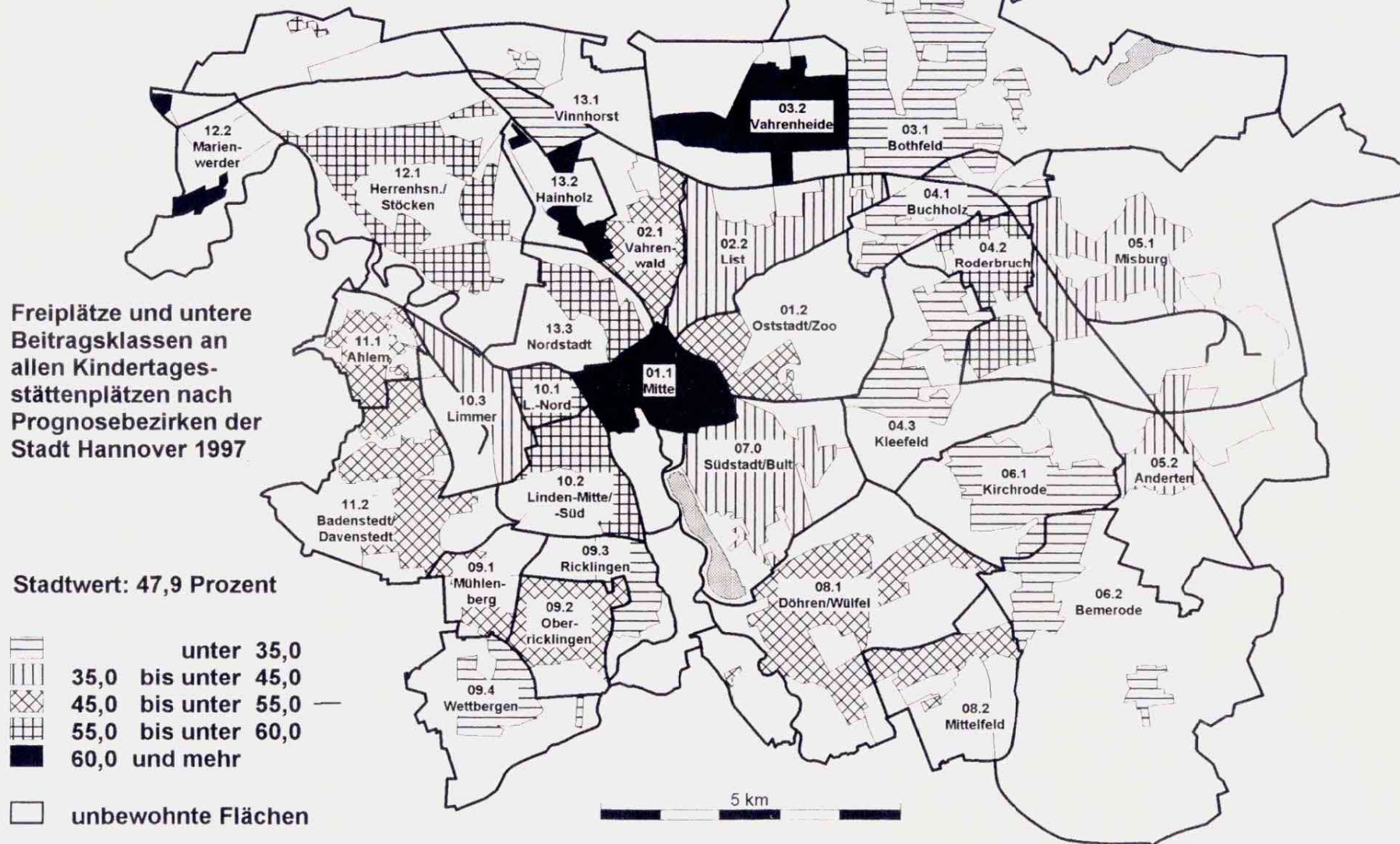
Diese Einschränkungen vorausgeschickt, läßt sich aus dem Datenmaterial trotzdem noch folgendes ablesen:

Mit einer Ausnahme beträgt der Anteil von Kindern, die aus Familien mit geringem Einkommen stammen in den Kindertagesstätten in allen Prognosebezirken mindestens 30 %. Das bedeutet, das selbst in Regionen der Stadt, in denen Haushalte durchschnittlich ein höheres Einkommen erzielen, Familienhaushalte finanziell eingeschränkt sind.

Anhand des Anteils der Eltern, die keinen oder einen geringen Elternbeitrag zu zahlen haben, läßt sich ablesen, wie groß der Anteil der Familienhaushalte ist, die als arm gelten oder nur knapp über der Armutsgrenze leben.

# Freiplätze und untere Beitragsklassen in Kindertagesstätten

Landeshauptstadt Hannover  
Dez. D / Sozialplanung  
Statistikstelle



## **Teil II Entwicklungen und Handlungsperspektiven**

### **1. Entwicklung sozialer Lebenslagen**

#### **1.1 Veränderung übergreifender Rahmenbedingungen**

Die Entwicklung der Städte ist in erheblichem Maße durch übergreifende Veränderungen in der Gesellschaft geprägt, die nicht lokal verursacht werden, die das städtische Leben jedoch nachhaltig beeinflussen und in besonderer Weise das sozialpolitische Handeln mitbestimmen. In diesem Zusammenhang sind vor allem folgende Aspekte zu nennen:

- **Aufgabenverlagerung**

Die Handlungsspielräume kommunaler Sozialpolitik werden durch Vorgaben der Bundes- und Landespolitik maßgeblich beeinflusst. Gesetzliche Rahmenbedingungen bestimmen in vielen Bereichen die Leistungsstruktur auf kommunaler Ebene (Bundessozialhilfegesetz, Pflegeversicherungsgesetz, Kinder- und Jugendhilfegesetz, Kindertagesstätten-gesetz u.a.) oder beeinflussen die soziale Situation der Bevölkerung vor Ort. Übergeordnete politische Entscheidungen wirken sich in vielen Fällen finanziell auf den kommunalen Haushalt aus und bedingen somit die Leistungsmöglichkeiten sozialpolitischen Handelns auf lokaler Ebene.

- **Individualisierung der Lebensverhältnisse**

Die Verhaltensnormen und Lebensstile in der Gesellschaft sind differenzierter geworden. Es gibt für jeden einzelnen vielfältige Orientierungsmöglichkeiten und Entfaltungschancen, aber auch den Zwang, immer neu zu bewerten und auszuwählen. Dieses spiegelt sich in verschiedenen Lebensbereichen wider: In Familie und Partnerschaft haben sich die Formen des Zusammenlebens erheblich differenziert, Partnerschaftsbeziehungen sind kurzlebiger und die Kernfamilie ist im Laufe der Zeit kleiner geworden. Im Bereich Qualifizierung und Beruf hat sich ein differenziertes System entwickelt. Es gibt inzwischen mehr als 600 anerkannte Ausbildungsberufe. Karrieren werden weniger kalkulierbar und unterliegen im Laufe des Berufslebens einem stärkeren Anpassungsdruck. Der Bereich Freizeit und Konsum ist gekennzeichnet von einer nie dagewesenen Erlebnisdichte und einem hochspezialisierten Waren- und Dienstleistungsangebot.

Im Resultat haben diese Entwicklungen zu einer facettenreichen Stadtkultur mit einer Vielfalt an Aktions- und Organisationsformen, Gruppen und Beziehungen geführt. Die Prozesse der Individualisierung haben allerdings auch zu einem Anwachsen von spezifischen Erwartungen und differenzierten Ansprüchen an das kommunale Gemeinwesen geführt, da die einzelnen Gruppen wesentlich darauf abzielen, die eigenen Anliegen zu verfolgen und durchzusetzen. Den Entfaltungsmöglichkeiten stehen vielerlei Risiken und Belastungen gegenüber. Der Bedarf an unterstützenden Leistungen zur Förderung in bestimmten Lebenslagen zur Kompensation von Gefährdungen und Notsituationen ist dadurch gestiegen.

- **Verschärfung der Strukturkrise auf dem Arbeitsmarkt**

Bundesweit steigt die Zahl der Menschen, die ihre Arbeit verlieren oder die nach einer Ausbildung gar nicht erst Arbeit finden. Auch auf dem Ausbildungsmarkt bilden Angebot und Nachfrage zur Zeit eine negative Bilanz. Ursächlich dafür verantwortlich sind insbesondere der Kostendruck für die Firmen, die fortschreitende Rationalisierung und Globalisierungstendenzen, die zur Verlagerung von Produktionen ins Ausland führen. In diesen

Prozessen ist zur Zeit keine Trendwende zu sehen, die zur Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt führen würde.

- **Polarisierung der Lebenslagen**

Grundsätzlich kann für die kommenden Jahre davon ausgegangen werden, daß die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin in stabilen sozialen Verhältnissen auf einem hohen Wohlstandsniveau leben wird. Gleichzeitig ist derzeit nicht mit einer Verringerung sozialer Problemlagen in der Stadtbevölkerung zu rechnen. Vielmehr gibt die Betrachtung verschiedener Indikatoren sogar Anlaß zu der Einschätzung, daß Gefährdungen und Belastungen durch Armutsrisiken eher noch zunehmen. Es droht die Gefahr, daß die soziale Polarisierung in der Stadtgesellschaft weiter anwachsen wird. Das bedeutet einerseits ein Öffnen der Schere zwischen armen und reichen Haushalten und andererseits eine Verfestigung der räumlichen Trennung zwischen bessergestellten und benachteiligten Haushalten. Solche Entwicklungen beeinträchtigen in spürbarer Weise die Lebensumstände und Lebenschancen von Menschen, und sie bedeuten eine Gefährdung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens.

- **Voranschreiten der multikulturellen Stadtgesellschaft**

Inzwischen leben in Hannover Menschen aus mehr als 120 Nationalitäten. Allein von 1985 bis 1995 hat die Zahl der Nichtdeutschen in Hannover sich von 48.800 auf 71.400 erhöht. Die entspricht einem Zuwachs von knapp 50 %. Die größten Nationalitätengruppen stammen aus der Türkei (23.000), dem ehemaligen Jugoslawien (10.300) und Asien (9.000).

Einige der Nichtdeutschen sind erst vor kurzem nach Deutschland gekommen, andere dagegen leben in der dritten Generation in der Landeshauptstadt. Die meisten haben weiterhin die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes, eine größer werdende Zahl besitzt inzwischen aber die deutsche Staatsangehörigkeit. Allen gemeinsam ist, daß sie ihre eigene Kultur und eigenen Lebensstile mit nach Deutschland gebracht haben und mehr oder weniger auch pflegen. Verständigung und Integration wird in diesem Zusammenhang immer mehr zu einer notwendigen Aufgabe, nicht zuletzt, um Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und auch Gewalt gegen Ausländer vorzubeugen.

Unter den gegebenen politischen, gesellschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen muß die Stadt ihre sozialpolitischen Handlungsfelder definieren und problemorientiert gestalten.

## 1.2 Veränderung der sozialen Lage in der Stadt Hannover seit 1992

Seit der Sozialbericht 1993 erschienen ist, hat sich die soziale Situation der Menschen in der Stadt Hannover verändert. Im folgenden werden anhand ausgewählter Indikatoren wichtige Veränderungen gegenüber 1992, dem Bezugsjahr des ersten Sozialberichtes, dargestellt. Dieses dient dem Vergleich zwischen den beiden Berichtsjahren und beschreibt die Ausgangslage, auf der Handlungsperspektiven für die kommenden Jahre zu definieren sind.



### 1.2.1 Bevölkerung

Die Zahl der wohnberechtigten Bevölkerung ist seit 1992 um 21.000 gesunken. Dieser Rückgang ist jedoch im wesentlichen auf die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer zurückzuführen, die bewirkt hat, daß Personen, die nicht mehr in Hannover wohnhaft waren, ihren Wohnsitz auch tatsächlich abgemeldet haben. Im einzelnen haben sich folgende Veränderungen vollzogen (Daten vgl. Übersicht 2):

- Die Geburtenzahlen erreichten zwischen 1992 und 1994 das höchste Niveau seit Anfang der 70er Jahre. Seit 1995 ist die Zahl der Geburten wieder rückläufig.
- Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung ist von 1992 bis 1995 angestiegen. Die absolute Zahl der Kinder und Jugendlichen hat sich aufgrund der insgesamt gesunkenen Bevölkerungszahl jedoch nur unwesentlich erhöht. Die größten Zuwächse entfallen auf die Gruppe der 6- bis 9jährigen.
- Der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung ist weiter angestiegen. Die absolute Zahl der Seniorinnen und Senioren ist im Betrachtungszeitraum erst leicht gesunken und nimmt seit 1994 wieder zu.
- Die Anzahl und der Anteil der Alleinerziehenden ist weiter angestiegen.
- Die Zahl der in Hannover lebenden Ausländer, Asylberechtigten und Aussiedler ist weiter angestiegen.

#### Übersicht 2: Bevölkerungsentwicklung 1992 bis 1995

Bevölkerung *)	1992		1995		Veränderung 1992-1995
	Absolut	In % **)	Absolut	In % **)	In %
Bevölkerung insg.	547.900	100	526.900	100	- 3,8
Geburten	5.270		4.900		- 7,0
Kinder u. Jugendliche 0-17 Jahre	77.560	14,2	77.950	14,8	+ 0,5
Alte Menschen 60 Jahre und älter	124.200	22,7	122.700	23,3	- 1,2
Alleinerziehende	9.500	19,7	9.900	20,8	+ 4,2
Anzahl der ....					
Ausländer	66.700	12,2	71.400	13,6	+ 7,0
Asylberechtigten	2.100	0,4	3.000	0,6	+42,9
Aussiedler(Zuzug)	1.300	0,2	1.500	0,3	+15,4

\*) Im Sozialbericht 1993 wurde die wohnberechtigte Bevölkerung (Erst- und Zweitwohnsitz) dargestellt. Um Entwicklungen beschreiben zu können, wird an dieser Stelle für 1995 – abweichend vom sonstigen Vorgehen – ebenfalls dieser Bevölkerungsbegriff verwendet.

\*\*\*) in Prozent an der Bevölkerung insgesamt

### 1.2.2 Materielle Lage

Die Zahl der Personen, die in der Stadt Hannover auf Leistungen des Sozialamtes angewiesen sind, weil sie ihren Unterhalt nicht aus eigenen Erwerbseinkünften bestreiten können, ist seit 1992 angestiegen.

- Die Zahl der Empfängerinnen und –empfangen von Hilfe zum Lebensunterhalt ist weiter angestiegen. Dabei ist die Steigerung höher als die absoluten Zahlen ausweisen, weil im Jahr 1992 in der Sozialhilfestatistik noch Personen gezählt wurden, die inzwischen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Aufgrund komplexer Veränderungen in der Statistik läßt sich diese Entwicklung nicht bereinigt darstellen. Im Jahr 1995 erhielten darüber hinaus 2.830 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.
- Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an allen Hilfeempfängerinnen und -empfangen hat weiter zugenommen.
- Die Sozialhilfeausgaben (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) sind seit 1992 um mehr als ein Drittel auf 161 Mio. DM in 1996 gestiegen.

#### Übersicht 3: Entwicklungen in der Sozialhilfe von 1992 bis 1995

	1992		1995		Veränderung 1992-1995
	Absolut	In %	Absolut	In %	In %
HLU-Empfänger/innen	30.300	5,5 <sup>1)</sup>	34.000	6,5 <sup>1)</sup>	+ 12,2
HLU-Empfänger/innen 0-17 Jahre	9.800	12,6 <sup>1)</sup> 32,0 <sup>2)</sup>	11.600	14,9 <sup>1)</sup> 34,0 <sup>2)</sup>	+ 18,4
HLU-Ausgaben (in DM)	119.400.000		161.000.000		+ 34,8

<sup>1)</sup> Anteil an der (gleichaltrigen) Bevölkerung

<sup>2)</sup> Anteil an den Empfängerinnen und –empfangen von HLU

#### Übersicht 4 : Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt – Vergleich der zehn am höchsten belasteten Stadtteile 1992 und 1995

1992 – Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt an der Gesamtbevölkerung – Rangfolge *		1995 – Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt an der Gesamtbevölkerung – Rangfolge *)	
1	Lahe (26,9 %)	1	Vahrenheide (19,5 %)
2	Vahrenheide (16,3 %)	2	Mühlenberg (18,5 %)
3	Mühlenberg (14,7 %)	3	Sahlkamp (13,3 %)
4	Linden-Süd (12,4 %)	4	Mittelfeld (12,7 %)
5	Bornum (11,4 %)	5	Linden-Süd (12,5 %)
6	Hainholz (10,8 %)	6	Hainholz (11,6 %)
7	Sahlkamp (10,7 %)	7	Bornum (10,9 %)
8	Mittelfeld (10,3 %)	8	Wülfel (9,7 %)
9	Herrenhausen (8,1 %)	9	Linden-Nord (9,3 %)
	Linden-Mitte (8,1 %)	10	Linden-Mitte (8,4 %)

\*) Aufgrund der geringen absoluten Werte ohne Nordhafen und Brink-Hafen.

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle

In der Übersicht 4 wird für die Jahre 1992 und 1995 der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt an der Gesamtbevölkerung nach Stadtteilen in die Rangfolge der höchsten Merkmalsausprägung gebracht.

Der Vergleich der Jahre 1992 und 1995 zeigt eine Reihe von Veränderungen. Fast ausschließlich hat sich der Anteil der Sozialhilfeempfänger in den Stadtteilen erhöht, dabei sind die Zuwächse unterschiedlich groß, wodurch die Rangfolge der Stadtteile beeinflusst wird.

Im Vergleich zu 1992 zählt Lahe nicht mehr zu den Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Sozialhilfeempfängern. Dieses erklärt sich dadurch, daß Asylbewerberinnen und –bewerber, die 1992 für die starke Ausprägung in Lahe verantwortlich waren, 1995 Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz erhielten und deshalb nicht mehr in der Sozialhilfestatistik geführt werden.

Die Stadtteile Sahlkamp und Mittelfeld sind in der Rangfolge der Stadtteile um einige Plätze nach oben gestiegen. Hier ist der Anteil der Sozialhilfeempfänger deutlich angewachsen. Herrenhausen ist nicht weiter unter den ersten zehn Stadtteilen vertreten, weil der Anteil der Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger gesunken ist. Neu hinzugekommen ist der Stadtteil Wülfel, in dem sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger seit 1992 mehr als verdoppelt hat.

### 1.2.3 Wohnen

Der Wohnungsbestand in Hannover hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht. Allein von 1992 bis 1995 entstanden rund 6.000 neue Wohnungen.

- Trotz Entspannung auf dem Wohnungsmarkt hat sich die Wohnsituation für einkommensschwache Haushalte nicht verbessert. Vor allem Problemgruppen (z.B. Personen mit sichtbaren sozialen Problemen, wie Suchtabhängigkeit oder auch Resozialisierungsbetroffene) haben weiterhin nur schwer Zugang zum freien Wohnungsmarkt.
- Der Wohnflächenstandard (Wohnfläche pro Einwohner) hat insgesamt weiter zugenommen. In Stadtteilen, die bereits 1992 einen unterdurchschnittlichen Standard aufwiesen, konnte nur eingeschränkt eine Verbesserung erreicht werden. Damit sind die Unterschiede in der Qualität der Wohnraumversorgung zwischen den einzelnen Wohngebieten noch größer geworden.
- Die Zahl der einheimischen obdachlosen Personen, die vor allem in Schlichtwohngebieten und Gemeinschaftsunterkünften untergebracht wurden, hat abgenommen.

### Übersicht 5: Entwicklungen im Wohnungswesen 1992 bis 1995

	<u>1992</u>	<b>1995</b>	<b>Veränderung 1992-1995</b>
Wohnfläche je Einwohner (in m <sup>2</sup> )	36,0	38,3	+ 6,4 %
Einheimische Obdachlose	3.750	1.940	- 48 %

### 1.2.4 Arbeitsmarkt

Mit der zunehmend schlechten Situation auf dem Arbeitsmarkt sind immer mehr Haushalte von Arbeitslosigkeit bedroht oder schon betroffen:

- Die Zahl der Arbeitslosen, vor allem der Langzeitarbeitslosen, ist weiter angestiegen.
- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat abgenommen.
- Die Stellen in der „Hilfe zur Arbeit haben sich mehr als verdreifacht.
- Die Maßnahmen der Jugendsozialarbeit werden weiterhin in großer Anzahl durchgeführt.

#### Übersicht 6: Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt 1992 bis 1996

	<u>1992</u>	<b>1996</b>	<b>Veränderung 1992-1996</b>
Arbeitslose insgesamt	22.680	34.140	+ 51 %
Langzeitarbeitslose	7.640	15.700	+105 %
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	310.500	293.000	- 6 %
Hilfe zur Arbeit	283	1.026 <sup>1)</sup>	+ 262 %
Jugendsozialarbeit	1.208	1.300	+ 8 %

<sup>1)</sup> Daten von 1997

### 1.2.5 Kommunales Leistungssystem

Wie der durchgeführte Vergleich verdeutlicht, sind als Folge gesellschaftlicher Veränderungen die sozialen Problemlagen in der Stadt Hannover nicht kleiner geworden. Geringer geworden ist allerdings der finanzielle Spielraum, der genutzt werden kann, um unterstützende Maßnahmen und Angebote vorzuhalten. Trotz der schwierigen Finanzsituation konnten die Standards der sozialen Arbeit gehalten werden:

- Seit 1992 ist das Leistungsangebot der sozialen Infrastruktur trotz der Haushaltskonsolidierungsprogramme I und II kaum eingeschränkt worden. Es mußte bisher keine Einrichtung geschlossen werden. In einigen Bereichen mußte jedoch der Leistungsspielraum reduziert werden (Personal, Sachleistungen, bauliche Unterhaltung).
- In einigen Bereichen konnte das Leistungsspektrum sogar verbessert werden. So wurden z.B. seit 1992 insgesamt 3.270 neue Kindertagesstättenplätze (270 in Krabbelstuben, 2.650 in Kindergärten und 350 in Horten) geschaffen. Außerdem konnten weitere Projekte der Drogenhilfe realisiert werden, z.B. dezentrale Übernachtungseinrichtungen sowie das Drop-Inn.

## 2. Handlungsschwerpunkte und Handlungsansätze

Kommunale Sozialpolitik hat die Aufgabe, zur Vermeidung von Gefährdungen und Problemlagen beizutragen und eingetretene Notlagen zu mildern beziehungsweise abzubauen. Die Handlungsspielräume kommunaler Sozialpolitik sind durch Vorgaben der Landes- und Bundespolitik vielfach vorbestimmt und von übergeordneten Entscheidungen abhängig. Darüber hinaus begrenzen eingeschränkte finanzielle Ressourcen, die nicht zuletzt auch durch die Verlagerung von Aufgaben auf die Kommune immer knapper werden, die Handlungsmöglichkeiten.

Die soziale Situation in der Stadt und zukünftig erwartete Entwicklungen (vgl. Teil I) erfordern umfassende Strategien. Im folgenden Kapitel werden Handlungsansätze und –schwerpunkte formuliert, die in den kommenden Jahren mit Nachdruck verfolgt werden sollen. Dabei ist nicht das Ziel, einen vollständigen Maßnahmenkatalog vorzustellen, sondern einzelne Themenfelder zu benennen, die verstärkt bearbeitet werden müssen. Jedes Themenfeld für sich bedarf einer weiteren Konkretisierung, auch hinsichtlich neuer bisher nicht erprobter Ansätze.

Im einzelnen werden folgende Themenbereiche behandelt:

- Armut und ihre Folgen
- Ausgleich sozial-räumlicher Disparitäten
- Kommunale Familienpolitik
- Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten
- Kooperation und Vernetzung
- Öffentlichkeitsarbeit

### 2.1. Armut und ihre Folgen

- **Qualifizierung und Beschäftigung**

Armutslagen entstehen vor allem aufgrund von Arbeitslosigkeit. Die Schaffung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten dient in einer aktiven Politik gegen Armut und ihre Folgen. Erwerbstätigkeit trägt zum Abbau von Einkommensarmut bei und stärkt maßgeblich Selbstwertgefühl und Eigeninitiative. Damit wird ein Beitrag zur sozialen Stabilisierung geleistet.

1997 wurden erstmals über 1.000 Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger in Maßnahmen der „**Hilfe zur Arbeit**“ vermittelt. Darüber hinaus wurden 950 Personen im Rahmen der „**Erprobung von Arbeit**“ an Arbeitsverhältnisse herangeführt und weitere 350 Personen im **EXPO Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm** qualifiziert. Weitere 240 Personen sollen von „**Maatwerk**“ vor allem in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden.

Weil eine gute Ausbildung einen größeren Schutz vor Arbeitslosigkeit bietet und auch im Fall von Arbeitslosigkeit die Chancen erheblich vergrößert, wieder einen neuen Arbeitsplatz zu finden, bietet die **arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit** jungen Menschen Qualifizierung, Ausbildung und Beschäftigung. In den entsprechenden Werkstätten und berufsbildenden Einrichtungen werden zur Zeit mehr als 1.000 Jugendliche qualifiziert und beschäftigt.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt und im Hinblick auf die Schaffung einer Perspektive für jugendliche Arbeitslose hat die Stadt Hannover die Initiative ergriffen und eine Ausbildungsförderung (**Arbeit statt Sozialhilfe**) für diesen Perso-

nenkreis ins Leben gerufen. Ausbildungswillige Betriebe, die zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellen, können hierfür eine Förderung erhalten.

Die offensive Beschäftigungspolitik muß zur Vermeidung und Minderung von Armutslagen fortgesetzt werden.

Zur Eingliederung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt wird das Engagement der privaten Wirtschaft stärker als bisher erforderlich sein, um arbeitsfähige Hilfeempfängerinnen und –empfänger zu qualifizieren und zu beschäftigen. Dazu ist weiterhin eine aktive Informationspolitik über die Vergabe von Lohnkostenzuschüssen bei der Beschäftigung von Sozialhilfeempfängerinnen und –empfängern erforderlich.

Darüber hinaus müssen die Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen im zweiten Arbeitsmarkt weiter genutzt werden. Mit der Ausdehnung des Programms „Hilfe zur Arbeit“ in 1998 ist ein weiterer Schritt in diese Richtung bereits getan worden.

- **Wohnraum für untere Einkommensgruppen und Problemgruppen auf dem Wohnungsmarkt**

Ein großer Anteil des monatlichen Einkommens aller Haushalte muß für Miete und die dazugehörigen Wohnnebenkosten aufgewendet werden. Für die unteren Einkommensgruppen ist adäquater Wohnraum häufig nicht finanzierbar, vor allem, wenn es sich um Familienhaushalte mit mehreren Kindern handelt. In diesen Fällen müssen beengte Wohnverhältnisse akzeptiert werden, die nicht selten aufgrund der fehlenden Rückzugsmöglichkeiten zu Konflikten innerhalb der Familien führen.

Probleme auf dem freien Markt, eine geeignete Wohnung zu finden, haben auch Personen mit persönlichen Problemen, vor allem, wenn diese direkt sichtbar sind. In der Regel erschwert jedoch schon die Tatsache, daß eine Person Leistungen des Arbeitsamtes oder des Sozialamtes erhält, die Chancen auf dem freien Wohnungsmarkt.

Zur Sicherung adäquaten Wohnraums und zur Vermeidung von Obdachlosigkeit ist es notwendig, langfristig bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Dazu trägt bereits der Bestand an **öffentlich geförderten Wohnungen**, der den unteren Einkommensgruppen zur Verfügung steht, bei. Der Erwerb von **Belegrechten** durch die Stadt ermöglicht es Personen, die auf dem freien Markt ohne Chance sind, eine Wohnung zu finden

Aussagen über die Entspannung auf dem Wohnungsmarkt beziehen sich vor allem auf die oberen und mittleren Preissegmente. Deshalb müssen weiterhin Maßnahmen zur Sicherung von Wohnraum für Haushalte mit geringem Einkommen und für Problemgruppen ergriffen werden. Weiterhin sind Belegrechtswohnungen in diesem Zusammenhang von Wichtigkeit. Aufgrund der Problematik, die in Gebieten mit einer hohen Dichte an Belegrechtswohnungen entstanden ist (vgl. auch Teil II, Kapitel 2.2), muß mit dem Auslaufen von Belegrechten über alternative Möglichkeiten zu Sicherung von Wohnraum nachgedacht werden.

- **Beratung – Individuelle Förderung**

Wege aus der Armut müssen individuell angelegt sein, um der spezifischen Lebenslage, in der sich die Betroffenen befinden, zu entsprechen. Eine Reihe von Diensten, beispielsweise der Kommunale Sozialdienst, Schuldnerberatungsstellen und andere, wirken in diesem Sinne.

Eine zentrale Position nimmt in diesem Zusammenhang das Sozialamt ein, das jeder Antragsteller aufsuchen muß, um Leistungen zu beantragen. Dort wird über Wege aus der Armut informiert und weiterführende Hilfe vermittelt. Eine Erfolgskontrolle ist hierbei je-

doch in der Regel nicht möglich, weil es selten Rückmeldungen über Erfolge und Mißerfolge gibt.

Der Kontakt zu neuen Hilfeempfängerinnen und -empfängern muß zukünftig stärker genutzt werden, um eine individuelle Lebenslaufförderung zu betreiben. Dazu geeignet sind Hilfepläne: Gemeinsam mit dem Hilfeempfänger werden ein Ziel definiert und einzelne Schritte verabredet, die auf dieses Ziel gerichtet sind. Die einzelnen Schritte werden auf Erfolg geprüft. Werden einzelne Schritte nicht vollzogen, sind Kurskorrekturen auf dem Weg aus der Armut erforderlich. Ziel hierbei ist es, den Leistungsbezug so weit wie möglich zu verkürzen, um der Verfestigung von Armut vorzubeugen.

## **2.2. Soziale und räumliche Disparitäten in der Stadt**

In jeder Großstadt existieren soziale und ökonomische Unterschiede in der Bevölkerung. Im Sinne von Ausgleich und Solidarität muß die Stadt die unterschiedlichen Lebensbedingungen ihrer Zielgruppen (alt und jung, Deutsche und Nichtdeutsche, Männer und Frauen, Alleinlebende und Erwachsene mit Kindern u.a.) berücksichtigen und den spezifischen Bedürfnissen und Erwartungen abwägend und vermittelnd Rechnung tragen. Dabei gilt es vor allem, der räumlichen Konzentration von Armut entgegenzusteuern.

- **Dezentralisierung von Belegrechtswohnungen**

Wohnquartiere oder einzelne Straßenzüge, die im Vergleich zu ihrer Umgebung durch die Konzentration von als arm geltenden Menschen auffallen, können als Armutsinseln bezeichnet werden. Dabei ist nicht allein die absolute Zahl der finanziell oder persönlich benachteiligten Personen entscheidend, sondern vor allem deren Relation zur Gesamtbevölkerung vor Ort. Armutsinseln fallen dadurch auf, daß benachteiligte Personen in großer Zahl auf begrenztem Raum leben, soziale Problemlagen dort geballt sichtbar werden und diese sich vielfach gegenseitig verstärken.

Die Bildung von Armutsinseln korrespondiert mit dem Wohnungsbestand. Der Vergleich der Sozialhilfestatistik mit dem Bestand an Belegrechtswohnungen zeigt deutlich, daß Armutsinseln sich vor allem dort bilden, wo der Anteil der Belegrechtswohnungen 30 % des Gesamtwohnungsbestandes überschreitet.

Im Bestand der Belegrechtswohnungen muß deshalb mittelfristig eine Dezentralisierung angestrebt werden. Dieses muß gleichzeitig durch eine Mischung mit anders finanziertem Wohnungsbau und durch die Aufgabe von Belegrechten in den Konzentrationsräumen erfolgen.

In neu entstehenden Wohnquartieren darf die Obergrenze von maximal 30 % Belegrechtswohnungen am Gesamtwohnungsbestand nicht überschritten werden.

- **Selbsthilfepotential und soziale Netzwerke**

Dort, wo soziale Problemlagen konzentriert auftreten, befinden sich Menschen stärker als anderswo in einem Kreislauf von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung.

Soziale, kulturelle, jugend- und bildungspolitische Arbeit hat an diesen Orten mehr als anderswo die Aufgabe, ein tragfähiges Netzwerk von Bewohnerinnen und Bewohnern zu knüpfen und zu festigen. Dieses dient einerseits dazu, Selbsthilfepotentiale zu mobilisieren und Eigeninitiative zu fördern. Es trägt aber auch dazu bei, daß Bewohnerinnen und Bewohner sich mit ihrem Wohnumfeld besser identifizieren können und einen Gemeinschaftssinn entwickeln.

Gefördert werden diese Prozesse durch das intensive Zusammenwirken aller im Quartier tätigen Dienste und Einrichtungen. Die Beteiligung von Betroffenen verstärkt dabei diesen Prozeß und ist auch geeignet zur Vermeidung von Gewalt und Vandalismus.

Koordination und Vernetzung von Diensten und Einrichtungen sowie Netzwerkförderung im Sinne eines gemeinwesenorientierten Ansatzes müssen deshalb vor allem dort, wo sich soziale Problemlagen konzentrieren, weiter betrieben und forciert werden.

- **Sozialer Lastenausgleich**

Die Ungleichverteilung von Armut und Reichtum über die Bevölkerung läßt sich nicht auflösen. In diesem Zusammenhang stellt sich jedoch die Frage, in welchem Maße diese Ungleichverteilung von der Gesellschaft ertragen werden kann und welche Maßnahmen dem sozialen Lastenausgleich dienen.

Im Sinne von solidarischem Miteinander in der Stadt und gegenseitigem Verständnis kommt gemeinschaftsstiftenden Projekten, wie zum Beispiel der „Hannoverschen Tafel“ und der Obdachlosenzeitung „Asphalt“, eine besondere Bedeutung zu. Mit diesen beispielhaften Vorhaben kann die Kluft zwischen Bessergestellten und Benachteiligten verringert werden und ein Dialog in Gang gesetzt werden. In diesem Sinne sind weiterhin Projekte erforderlich, die den Weg eines solidarischen Miteinanders ebnen.

Auch dem ehrenamtlichen Engagement, ohne das in vielen Bereichen das Leistungsangebot nicht gehalten werden könnte (z.B. Altenhilfe, Jugendarbeit), kommt in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zu. Die Förderung des Ehrenamtes, also Qualifizierung und Begleitung von Ehrenamtlichen sowie die Honorierung der Leistungen, wird deshalb weiterhin eine Priorität erhalten.

### 2.3. Kommunale Familienpolitik

- **Familien in ihren speziellen Lebenslagen**

Familienalltag ist geprägt durch vielfältige Anforderungen an Eltern und Kinder und die Vereinbarung dieser Anforderungen miteinander. Im Zentrum steht die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit. Aber auch darüber hinaus befinden sich Familien in Zusammenhängen, die unterstützende und fördernde Maßnahmen notwendig machen. Dieses ist für Hannover vor dem Hintergrund, daß Familien die Kerngruppe der Armutsbevölkerung darstellen, zu berücksichtigen. Die generelle Unterstützung von Familien ist in diesem Zusammenhang auch als präventive Maßnahme zur Armutsabwehr zu bewerten.

Als Beitrag zur Armutsbekämpfung ist Kinderbetreuung zu sehen. Erst dadurch wird die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit möglich. Die Betreuung der 3- bis 6jährigen ist im Kindergarten durch die Erfüllung des Rechtsanspruches weitgehend gesichert. Darüber hinaus ist zukünftig die Betreuung der Kinder im Krabbelstufen- und im Grundschulalter zu verbessern.

Angebote und Maßnahmen sozialer Arbeit müssen noch stärker auf die Bedarfe von Eltern und Kinder abzielen, vor allem im Zusammenhang mit der Förderung gesellschaftlicher Teilhabe von finanziell benachteiligten Familien.



- **Familien- und kinderfreundliches Wohnumfeld**

Laut der Repräsentativumfrage zur Wanderung zwischen Stadt und Landkreis Hannover wurden als Entscheidungsgründe noch vor dem Wohnaspekt „Landschaft und Umgebung“ und „Umweltqualität“ genannt. Ein Drittel der Befragten entschied sich für einen Umzug, um ihren Kindern bessere Entfaltungsmöglichkeiten anbieten zu können. Die bauliche Dichte in der Großstadt und die dadurch entstehenden Rahmenbedingungen schränken dagegen diese Qualitäten ein.

Um Familien in der Stadt zu halten, ist es erforderlich, die Bedürfnisse von Kindern und ihren Eltern zu berücksichtigen. Dabei müssen vor allem geschützte naturnahe Freiräume zum Spielen und Umherstreifen in Wohnortnähe sowie gesicherte Verkehrswege und ein gutes Angebot von unterstützender und kommunikativer Infrastruktur vorhanden sein.

- **Abwanderung von Familien**

Um die Abwanderung von Familien zu bremsen, muß den Wohnwünschen von Familien, insbesondere finanziell bessergestellter Haushalte, Rechnung getragen werden. Die Ausweisung von Bauland für Eigenheime und spezielle Wohnungsbauprogramme – wie z.B. auf dem Gebiet der Prinz-Albrecht-Kaserne begonnen - müssen deshalb fortgesetzt werden.

## 2.4. Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten

Hannover ist ein Ort, der sich durch seine Multikulturalität auszeichnet. Menschen aus mehr als 120 Nationen mit ihrem jeweiligen kulturellen Hintergrund leben hier zusammen. Obwohl dieses Zusammenleben zum Teil schon seit mehreren Jahrzehnten praktiziert wird, konnten gegenseitige Vorbehalte und Vorurteile bis heute nur zum Teil abgebaut werden.

Die Förderung des Zusammenlebens der Kulturen dient letztlich dem sozialen Frieden in der Stadt. Das Zusammenleben der Kulturen und die Offenheit gegenüber Fremden wird aber auch aus ökonomischer Sicht zunehmend ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor im Konkurrenzkampf der Städte und Regionen in Europa sein.

- **Dialog zwischen den Kulturen**

Um das Miteinander der Kulturen zu intensivieren, müssen Orte geschaffen bzw. zugänglich gemacht werden, an denen unterschiedliche soziale und ethnische Gruppen zwanglos aufeinander zugehen können. Dabei kann sich Respekt vor den elementaren Bedürfnissen des jeweils anderen entwickeln. Die Identität des anderen darf nicht in Frage gestellt werden. Die fremde Kultur muß mehr als Bereicherung der eigenen Kultur erkannt werden, nicht als Bedrohung.

- **Zielgruppenorientierte Unterstützung**

Die ausländische Bevölkerung in Hannover ist nach wie vor finanziell schlechter gestellt als die deutsche Bevölkerung und in hohem Maß sozial benachteiligt. Dieses kumuliert sich in Stadtteilen, in denen auch ein großer Anteil einheimischer benachteiligter Personen leben. Der Abbau von Benachteiligungen muß erklärtes kommunales Ziel sein. Hierbei muß Unterstützung und Förderung angeboten werden, die sich spezifische Zielgruppen, wie Kinder und Jugendliche, Frauen, ältere Migranten u.a., richtet. Information und Beratung nehmen in diesem Zusammenhang eine herausragende Stellung ein, da Unkenntnis über das Angebote und rechtliche Ansprüche, gepaart mit sprachlichen Barrieren, den Zugang zu Hilfesystemen erschweren.

## 2.5 Kooperation und Vernetzung

Vor allem auf Stadtteilebene hat in Hannover die koordinierte und kooperative Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Anbietern und Dienstleistern sozialer Arbeit inzwischen eine Qualität erreicht, die zu einer erheblichen Effektivierung des sozialen Systems beigetragen hat. Mit dem begonnenen Reformprojekt „Vernetzte Dienste“ wird ein weiterer Schritt in diese Richtung erwartet.

Darüber hinaus sollte zukünftig auch auf anderen Ebenen eine stärkere Zusammenarbeit angestrebt werden. Dieses bezieht sich auf folgende Bereiche:

- Kooperation mit Wirtschaft und anderen privaten und öffentlichen Märkten und Dienstleistern: Um Kommunalpolitik in ihrer Gesamtheit sozial zu gestalten, muß die Kooperation mit Bereichen, die nicht originär sozialpolitisch ausgerichtet sind, z.B. Wirtschaft, ausgebaut werden. Am Beispiel „Arbeitsmarkt“ wird deutlich, daß kommunale Sozialpolitik schnell an ihre Grenzen gelangt und nur durch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden können.
- Kooperation mit vergleichbaren Städten mit dem Ziel, einen Erfahrungsaustausch bezüglich Problemlagen und Lösungsansätzen vorzunehmen. Gute Grundlage hierfür sind die vielfach vorliegenden quantitativen Städtevergleiche. Diese gilt es um eine qualitative Ebene zu ergänzen.

## 2.6 Sozialmarketing und Öffentlichkeitsarbeit

Hannover verfügt in vielerlei Hinsicht über Vorzüge und Qualitäten, die es vor allem gegenüber anderen ähnlich großen Städten als lebenswerten Stadtraum herausstellen: Die ausgedehnten städtischen Grün- und Erholungsflächen sind an dieser Stelle genauso zu erwähnen wie die sozialen Einrichtungen und die kulturellen Angebote. Auch im Wettbewerb der Städte um gewerbliche Ansiedlung und wirtschaftliche Entwicklung gewinnt örtliche Wohn- und Lebensqualität als sogenannter weicher Standortfaktor immer mehr an Bedeutung. Im Sinne von „Sozialmarketing“ muß die Qualität Hannovers noch stärker öffentlichkeitswirksam herausgearbeitet werden, um diesem Wettbewerb standzuhalten. Darüber hinaus kann damit erreicht werden, daß die Hannoveranerinnen und Hannoveraner eine positivere Beziehung zu ihrer Stadt und ein stärkeres Selbstbewußtsein gegenüber ihrem Lebensraum entwickeln. Dieses wirkt sich wiederum positiv auf das soziale Klima in der Stadt aus.

Dienste und Einrichtungen der Stadt Hannover sind - wie andernorts auch – mit einem negativen Image behaftet und durch Vorurteile der Bürgerinnen und Bürger belegt. Vor allem im sozialen Sektor bestehen größte Vorbehalte gegenüber Sozialamt, Jugendamt und Gesundheitsamt. Diese Vorbehalte resultieren vor allem daraus, daß in der Öffentlichkeit der Kontakt zu diesen Ämtern gleichgesetzt wird mit einer belastenden Lebenssituation oder einer speziellen Problemlage. Dienste und Einrichtungen, die kommunikative, präventive oder unterstützende Angebote bereitstellen, werden in diesem Kontext nur selten als kommunale Dienstleitungen erkannt (z.B. Altenhilfe und Jugendarbeit). Im Sinne von Bürgerorientierung und Imageförderung, aber auch zur Steigerung der Akzeptanz von Angeboten ist deshalb eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit notwendig.

# Anhang

**Tabelle 1: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1995 nach Stadtteilen, Altersgruppen und Nationalität**

Stadtteil	Bevölk. a.O.Hw insg.	davon im Alter von .... Jahren											
		0-2	3-6	7-10	11-13	14-17	18-21	22-26	27-44	45-59	60-74	75-84	85 ++
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>Mitte</b>													
Deutsche	7.612	154	118	103	52	117	295	956	2.567	1.527	1.109	453	161
Ausländer	1.975	49	76	71	46	102	131	271	752	379	87	8	3
Zusammen	9.587	203	194	174	98	219	426	1.227	3.319	1.906	1.196	461	164
<b>Calenberger Neustadt</b>													
Deutsche	5.606	140	153	127	85	118	249	703	2.007	812	673	366	173
Ausländer	1.570	59	101	76	53	87	111	205	495	294	77	9	3
Zusammen	7.176	199	254	203	138	205	360	908	2.502	1.106	750	375	176
<b>Nordstadt</b>													
Deutsche	12.572	336	356	298	207	277	495	1.692	4.582	1.800	1.582	684	263
Ausländer	3.940	144	194	158	109	210	319	514	1.213	834	225	16	4
Zusammen	16.512	480	550	456	316	487	814	2.206	5.795	2.634	1.807	700	267
<b>Südstadt</b>													
Deutsche	36.805	903	914	793	544	746	1.115	3.288	12.094	6.376	5.617	3.153	1.262
Ausländer	3.069	87	145	109	75	125	181	423	1.151	551	196	23	3
Zusammen	39.874	990	1.059	902	619	871	1.296	3.711	13.245	6.927	5.813	3.176	1.265
<b>Waldhausen</b>													
Deutsche	2.071	44	56	58	45	63	78	109	432	503	398	175	110
Ausländer	88	2	3	0	0	1	5	14	39	19	5	0	0
Zusammen	2.159	46	59	58	45	64	83	123	471	522	403	175	110
<b>Waldheim</b>													
Deutsche	1.844	49	49	67	46	75	75	94	425	410	335	173	46
Ausländer	56	0	0	1	1	1	4	5	30	8	4	2	0
Zusammen	1.900	49	49	68	47	76	79	99	455	418	339	175	46
<b>Bult</b>													
Deutsche	2.715	45	79	71	48	68	137	247	644	483	457	255	181
Ausländer	372	17	9	8	5	7	32	65	136	40	24	18	11
Zusammen	3.087	62	88	79	53	75	169	312	780	523	481	273	192
<b>Zoo</b>													
Deutsche	3.936	94	104	91	73	92	150	286	1.196	779	584	324	163
Ausländer	259	2	7	4	4	9	8	43	106	47	24	3	2
Zusammen	4.195	96	111	95	77	101	158	329	1.302	826	608	327	165
<b>Oststadt</b>													
Deutsche	12.493	323	317	291	221	251	426	1.249	4.670	2.022	1.595	785	343
Ausländer	1.816	44	49	44	54	89	104	230	635	422	128	14	3
Zusammen	14.309	367	366	335	275	340	530	1.479	5.305	2.444	1.723	799	346
<b>List</b>													
Deutsche	39.752	1.062	1.253	1.045	739	924	1.236	3.228	13.369	7.065	5.846	2.879	1.106
Ausländer	4.254	129	184	141	128	186	275	530	1.502	829	306	38	6
Zusammen	44.006	1.191	1.437	1.186	867	1.110	1.511	3.758	14.871	7.894	6.152	2.917	1.112
<b>Vahrenwald</b>													
Deutsche	20.742	454	469	468	333	387	608	1.772	6.286	3.511	4.156	1.738	560
Ausländer	3.086	111	132	121	90	135	216	358	1.075	612	210	23	3
Zusammen	23.828	565	601	589	423	522	824	2.130	7.361	4.123	4.366	1.761	563
<b>Vahrenheide</b>													
Deutsche	7.328	208	260	321	216	289	303	345	1.716	1.452	1.562	486	170
Ausländer	2.949	211	258	200	154	199	212	301	843	438	111	19	3
Zusammen	10.277	419	518	521	370	488	515	646	2.559	1.890	1.673	505	173

**Tabelle 1: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1995 nach Stadtteilen, Altersgruppen und Nationalität**

Stadtteil	Bevölk. a.O.Hw insg.	davon im Alter von .... Jahren											
		0-2	3-6	7-10	11-13	14-17	18-21	22-26	27-44	45-59	60-74	75-84	85 ++
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>Hainholz</b>													
Deutsche	5.390	123	179	153	132	169	210	466	1.733	930	914	285	96
Ausländer	1.860	79	126	98	64	104	145	194	586	371	84	9	0
Zusammen	7.250	202	305	251	196	273	355	660	2.319	1.301	998	294	96
<b>Herrenhausen</b>													
Deutsche	6.582	146	159	156	110	117	295	650	1.837	1.052	1.230	617	213
Ausländer	1.859	69	115	68	46	71	168	298	590	303	117	12	2
Zusammen	8.441	215	274	224	156	188	463	948	2.427	1.355	1.347	629	215
<b>Burg</b>													
Deutsche	3.564	65	90	96	55	82	123	261	889	831	722	265	85
Ausländer	327	13	14	14	10	11	25	45	102	49	36	6	2
Zusammen	3.891	78	104	110	65	93	148	306	991	880	758	271	87
<b>Leinhausen</b>													
Deutsche	2.921	54	67	70	59	105	137	139	665	594	731	243	57
Ausländer	278	13	21	12	7	19	13	40	79	51	22	1	0
Zusammen	3.199	67	88	82	66	124	150	179	744	645	753	244	57
<b>Ledeburg</b>													
Deutsche	5.002	116	156	150	104	137	165	307	1.195	1.107	1.075	363	127
Ausländer	701	25	51	29	33	33	45	81	200	147	51	5	1
Zusammen	5.703	141	207	179	137	170	210	388	1.395	1.254	1.126	368	128
<b>Stöcken</b>													
Deutsche	8.606	247	275	227	152	199	306	732	2.384	1.638	1.698	567	181
Ausländer	2.873	141	167	120	96	162	224	324	856	622	152	6	3
Zusammen	11.479	388	442	347	248	361	530	1.056	3.240	2.260	1.850	573	184
<b>Marienwerder</b>													
Deutsche	2.309	50	73	84	49	58	102	130	586	509	528	98	42
Ausländer	173	3	7	7	5	15	17	17	52	43	5	2	0
Zusammen	2.482	53	80	91	54	73	119	147	638	552	533	100	42
<b>Nordhafen</b>													
Deutsche	136	1	0	4	2	0	3	8	53	51	14	0	0
Ausländer	44	1	0	1	1	0	4	2	18	13	4	0	0
Zusammen	180	2	0	5	3	0	7	10	71	64	18	0	0
<b>Sahlkamp</b>													
Deutsche	12.247	375	551	583	470	585	543	679	3.361	2.516	1.898	526	160
Ausländer	2.440	139	202	151	94	145	155	257	747	399	133	13	5
Zusammen	14.687	514	753	734	564	730	698	936	4.108	2.915	2.031	539	165
<b>Bothfeld</b>													
Deutsche	17.684	446	574	632	485	633	633	796	4.432	4.221	3.337	1.140	355
Ausländer	1.214	45	62	50	39	54	75	149	440	211	69	18	2
Zusammen	18.898	491	636	682	524	687	708	945	4.872	4.432	3.406	1.158	357
<b>Lahe</b>													
Deutsche	955	25	43	46	36	35	31	50	298	195	149	38	9
Ausländer	392	32	23	19	9	15	29	75	158	27	4	1	0
Zusammen	1.347	57	66	65	45	50	60	125	456	222	153	39	9
<b>Groß-Buchholz</b>													
Deutsche	23.451	591	817	845	688	851	993	1.571	6.036	4.667	4.043	1.628	721
Ausländer	3.729	163	215	199	166	183	234	362	1.270	615	248	62	12
Zusammen	27.180	754	1.032	1.044	854	1.034	1.227	1.933	7.306	5.282	4.291	1.690	733

**Tabelle 1: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1995 nach Stadtteilen, Altersgruppen und Nationalität**

Stadtteil	Bevölk. a.O.Hw insg.	davon im Alter von .... Jahren											
		0-2	3-6	7-10	11-13	14-17	18-21	22-26	27-44	45-59	60-74	75-84	85 ++
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>Kleefeld</b>													
Deutsche	10.683	286	346	288	233	327	403	857	2.997	1.867	1.733	880	466
Ausländer	1.642	66	70	89	44	95	110	212	553	294	96	6	7
Zusammen	12.325	352	416	377	277	422	513	1.069	3.550	2.161	1.829	886	473
<b>Heideviertel</b>													
Deutsche	5.091	89	150	136	121	141	167	246	1.091	1.080	940	654	276
Ausländer	317	7	14	15	7	10	14	35	131	61	18	5	0
Zusammen	5.408	96	164	151	128	151	181	281	1.222	1.141	958	659	276
<b>Kirchrode</b>													
Deutsche	9.679	172	235	237	198	271	332	493	1.896	2.156	2.037	1.073	579
Ausländer	600	15	23	13	17	30	40	65	194	139	51	10	3
Zusammen	10.279	187	258	250	215	301	372	558	2.090	2.295	2.088	1.083	582
<b>Döhren</b>													
Deutsche	12.984	342	359	336	277	364	424	946	3.841	2.384	2.250	1.044	417
Ausländer	1.553	79	77	65	33	100	103	225	543	226	89	11	2
Zusammen	14.537	421	436	401	310	464	527	1.171	4.384	2.610	2.339	1.055	419
<b>Seelhorst</b>													
Deutsche	2.551	67	91	76	65	87	84	130	654	530	514	196	57
Ausländer	213	4	5	5	4	10	16	41	92	26	7	3	0
Zusammen	2.764	71	96	81	69	97	100	171	746	556	521	199	57
<b>Wüfel</b>													
Deutsche	3.908	109	154	149	88	103	125	282	1.187	697	588	268	158
Ausländer	674	27	40	32	28	36	45	75	218	116	50	6	1
Zusammen	4.582	136	194	181	116	139	170	357	1.405	813	638	274	159
<b>Mittelfeld</b>													
Deutsche	6.743	158	211	232	170	216	237	321	1.615	1.313	1.443	596	231
Ausländer	1.494	69	89	93	56	94	113	174	466	270	58	8	4
Zusammen	8.237	227	300	325	226	310	350	495	2.081	1.583	1.501	604	235
<b>Linden-Nord</b>													
Deutsche	12.935	333	393	330	235	314	388	1.342	5.085	1.699	1.616	810	390
Ausländer	4.899	210	281	226	200	339	425	479	1.422	1.045	253	16	3
Zusammen	17.834	543	674	556	435	653	813	1.821	6.507	2.744	1.869	826	393
<b>Linden-Mitte</b>													
Deutsche	9.708	287	343	278	225	251	325	926	3.696	1.654	1.161	393	169
Ausländer	2.865	108	180	120	102	172	229	313	869	576	181	11	4
Zusammen	12.573	395	523	398	327	423	554	1.239	4.565	2.230	1.342	404	173
<b>Linden-Süd</b>													
Deutsche	6.874	193	206	213	152	187	278	686	2.331	1.065	963	385	215
Ausländer	3.416	146	202	181	124	225	252	361	973	720	217	13	2
Zusammen	10.290	339	408	394	276	412	530	1.047	3.304	1.785	1.180	398	217
<b>Limmer</b>													
Deutsche	5.076	118	151	101	64	106	178	503	1.563	884	920	359	129
Ausländer	995	31	50	41	29	54	55	126	318	224	60	6	1
Zusammen	6.071	149	201	142	93	160	233	629	1.881	1.108	980	365	130
<b>Davenstedt</b>													
Deutsche	9.993	222	315	354	290	390	422	549	2.360	2.694	1.732	515	150
Ausländer	813	38	64	43	30	42	56	97	287	120	27	9	0
Zusammen	10.806	260	379	397	320	432	478	646	2.647	2.814	1.759	524	150
<b>Badenstedt</b>													

**Tabelle 1: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1995 nach Stadtteilen, Altersgruppen und Nationalität**

Stadtteil	Bevölk. a.O.Hw insg.	davon im Alter von .... Jahren											
		0-2	3-6	7-10	11-13	14-17	18-21	22-26	27-44	45-59	60-74	75-84	85 ++
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Deutsche	9.634	251	337	311	204	278	292	644	2.608	1.840	1.751	782	336
Ausländer	1.118	41	54	56	39	56	78	159	396	174	55	8	2
Zusammen	10.752	292	391	367	243	334	370	803	3.004	2.014	1.806	790	338
<b>Bornum</b>													
Deutsche	1.233	33	44	36	28	53	42	88	320	260	271	47	11
Ausländer	203	14	15	12	11	17	16	20	63	25	10	0	0
Zusammen	1.436	47	59	48	39	70	58	108	383	285	281	47	11
<b>Ricklingen</b>													
Deutsche	11.254	231	258	233	138	219	355	993	3.148	2.078	2.169	972	460
Ausländer	1.748	88	88	78	36	83	122	245	629	273	99	4	3
Zusammen	13.002	319	346	311	174	302	477	1.238	3.777	2.351	2.268	976	463
<b>Oberricklingen</b>													
Deutsche	9.552	241	257	275	191	238	322	646	2.368	2.022	1.942	766	284
Ausländer	1.344	96	88	61	40	63	91	192	451	184	71	6	1
Zusammen	10.896	337	345	336	231	301	413	838	2.819	2.206	2.013	772	285
<b>Mühlenberg</b>													
Deutsche	6.239	172	268	333	282	322	283	287	1.545	1.334	1.038	293	82
Ausländer	1.165	71	96	96	63	102	57	110	350	161	52	7	0
Zusammen	7.404	243	364	429	345	424	340	397	1.895	1.495	1.090	300	82
<b>Wettbergen</b>													
Deutsche	12.145	385	616	638	406	490	415	715	3.617	2.685	1.577	465	136
Ausländer	797	37	51	28	27	42	59	91	320	110	25	6	1
Zusammen	12.942	422	667	666	433	532	474	806	3.937	2.795	1.602	471	137
<b>Ahlem</b>													
Deutsche	8.235	199	284	251	172	254	275	538	2.249	1.874	1.526	460	153
Ausländer	1.002	42	66	55	39	42	80	139	349	148	34	5	3
Zusammen	9.237	241	350	306	211	296	355	677	2.598	2.022	1.560	465	156
<b>Vinnhorst</b>													
Deutsche	5.828	141	207	212	156	190	192	315	1.531	1.210	1.164	379	131
Ausländer	606	26	32	34	18	31	44	68	170	136	44	3	0
Zusammen	6.434	167	239	246	174	221	236	383	1.701	1.346	1.208	382	131
<b>Bemerode</b>													
Deutsche	9.121	248	390	451	323	394	415	530	2.434	2.100	1.315	400	121
Ausländer	824	30	39	43	32	45	66	89	307	127	42	3	1
Zusammen	9.945	278	429	494	355	439	481	619	2.741	2.227	1.357	403	122
<b>Isernhagen-Süd</b>													
Deutsche	2.676	48	91	77	63	96	120	123	494	733	469	231	131
Ausländer	140	3	0	1	2	2	17	19	48	40	6	1	1
Zusammen	2.816	51	91	78	65	98	137	142	542	773	475	232	132
<b>Brink-Hafen</b>													
Deutsche	101	2	4	2	0	3	10	12	34	20	12	2	0
Ausländer	102	4	5	5	2	3	6	8	37	26	5	1	0
Zusammen	203	6	9	7	2	6	16	20	71	46	17	3	0
<b>Misburg-Nord</b>													
Deutsche	19.394	500	702	701	530	624	706	1.126	5.462	4.394	3.305	977	367
Ausländer	1.885	64	90	75	68	86	129	218	681	339	123	12	0
Zusammen	21.279	564	792	776	598	710	835	1.344	6.143	4.733	3.428	989	367
<b>Misburg-Süd</b>													
Deutsche	2.624	71	112	147	95	109	80	136	841	526	388	91	28

**Tabelle 1: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1995 nach Stadtteilen, Altersgruppen und Nationalität**

Stadtteil	Bevölk. a.O.Hw insg.	davon im Alter von .... Jahren											
		0-2	3-6	7-10	11-13	14-17	18-21	22-26	27-44	45-59	60-74	75-84	85 ++
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Ausländer	466	15	23	23	7	14	28	60	190	85	21	0	0
Zusammen	3.090	86	135	170	102	123	108	196	1.031	611	409	91	28
<b>Anderten</b>													
Deutsche	6.701	184	234	260	162	191	228	425	1.908	1.410	1.128	413	158
Ausländer	650	28	45	30	27	31	45	76	236	100	27	3	2
Zusammen	7.351	212	279	290	189	222	273	501	2.144	1.510	1.155	416	160
<b>Wülferode</b>													
Deutsche	755	13	22	36	28	25	23	35	218	178	134	35	8
Ausländer	20	2	1	1	1	0	1	3	5	4	2	0	0
Zusammen	775	15	23	37	29	25	24	38	223	182	136	35	8
<b>Landeshauptstadt Hannover</b>													
Deutsche	444.040	11.146	13.892	13.472	9.847	12.621	15.829	33.652	130.550	85.738	74.339	30.727	12.227
Ausländer	70.875	2.939	3.949	3.222	2.375	3.787	5.029	8.503	23.373	13.073	4.045	471	109
Zusammen	514.915	14.085	17.841	16.694	12.222	16.408	20.858	42.155	153.923	98.811	78.384	31.198	12.336



## Verzeichnis der Karten, Abbildungen, Tabellen und Übersichten

<b><u>Kartenverzeichnis</u></b>		<b>Seite</b>
<b>Karte 1</b>	<b>Kinder und Jugendliche</b> Anteil der Kinder und Jugendlichen (0-17 Jahren) an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung (a.O.d.Hw) am 31.12.1995	<b>22</b>
<b>Karte 2</b>	<b>Nichtdeutsche Kinder und Jugendliche</b> Anteil der nichtdeutschen Kinder und Jugendlichen (im Alter von 0 - 17 Jahren) an allen Kindern und Jugendlichen a.O.d.Hw. am 31.12.1995	<b>23</b>
<b>Karte 3</b>	<b>Ältere Menschen</b> Anteil der älteren Menschen (im Alter von 60 Jahren und älter) an der Bevölkerung a.O.d.Hw. am 31.12.1995	<b>24</b>
<b>Karte 4</b>	<b>Familienhaushalte</b> Anteil der Familienhaushalte (Haushaltsvorstände mit Kindern) an allen Haushalten (Haushaltsvorstände a.O.d.Hw.) am 31.12.1995	<b>25</b>
<b>Karte 5</b>	<b>Alleinerziehende</b> Anteil der Alleinerziehenden (alleinstehende Haushaltsvorstände mit Kindern) an allen Haushalten mit Kindern (Haushaltsvorstände mit Kindern a.O.d.Hw.) am 31.12.1995	<b>26</b>
<b>Karte 6</b>	<b>Hilfe zur Lebensunterhalt</b> Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12.1995 (absolut)	<b>38</b>
<b>Karte 7</b>	<b>Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung</b> Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung a.O.d.Hw. am 31.12.1995 in Prozent	<b>39</b>
<b>Karte 8</b>	<b>Hilfe zum Lebensunterhalt für Nichtdeutsche</b> Nichtdeutsche Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt an der nichtdeutschen Bevölkerung a.O.d.Hw. am 31.12.1995 in Prozent	<b>40</b>
<b>Karte 9</b>	<b>Hilfe zum Lebensunterhalt für Frauen</b> Hilfe zum Lebensunterhalt für Frauen an der weiblichen Bevölkerung a.O.d.Hw. am 31.12.1995 in Prozent	<b>41</b>
<b>Karte 10</b>	<b>Hilfe zum Lebensunterhalt für Kinder und Jugendliche</b> Hilfe zum Lebensunterhalt für Kinder und Jugendliche (unter 18 Jahren) an der gleichaltrigen Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1995 in Prozent	<b>42</b>

		<b>Seite</b>
<b>Karte 11</b>	<b>Hilfe zum Lebensunterhalt für nichtdeutsche Kinder und Jugendliche</b> Hilfe zum Lebensunterhalt für nichtdeutsche Kinder und Jugendliche (unter 18 Jahren) an der gleichaltrigen Bevölkerung a.O.d.Hw. am 31.12.1995 in Prozent	<b>43</b>
<b>Karte 12</b>	<b>Hilfe zum Lebensunterhalt für ältere Menschen</b> Hilfe zum Lebensunterhalt für ältere Menschen (60 Jahre und älter) an der gleichaltrigen Bevölkerung a.O.d.Hw. am 31.12.1995 in Prozent	<b>44</b>
<b>Karte 13</b>	<b>Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt</b> Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt (Bedarfsgemeinschaften) am 31.12.1995 absolut	<b>45</b>
<b>Karte 14</b>	<b>Anteile der Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt an allen Haushalten</b> Anteil der Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt (Bedarfsgemeinschaften) an allen Haushalten (Haushaltsvorständen a.O.d.Hw.) am 31.12.1995	<b>46</b>
<b>Karte 15</b>	<b>Familienhaushalte mit Hilfe zum Lebensunterhalt</b> Familienhaushalte mit Hilfe zum Lebensunterhalt (Bedarfsgemeinschaften mit Kindern) am 31.12.1995 absolut	<b>47</b>
<b>Karte 16</b>	<b>Anteile der Familienhaushalte mit Hilfe zum Lebensunterhalt an allen Bedarfsgemeinschaften</b> Anteil der Familienhaushalte mit Hilfe zum Lebensunterhalt (Bedarfsgemeinschaften mit Kindern) an allen Haushalten mit Hilfe zum Lebensunterhalt (Bedarfsgemeinschaften) am 31.12.1995	<b>48</b>
<b>Karte 17</b>	<b>Anteile der Alleinerziehenden mit Hilfe zum Lebensunterhalt an allen Alleinerziehenden</b> Anteil der Alleinerziehenden mit Hilfe zum Lebensunterhalt an allen Alleinerziehenden (alleinstehende Haushaltsvorstände mit Kindern) am 31.12.1995	<b>49</b>
<b>Karte 18</b>	<b>Wohnfläche je Einwohner</b> Wohnfläche in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden in Quadratmetern je Person a.O.d.Hw. am 31.12.1995	<b>55</b>
<b>Karte 19</b>	<b>Belegrechtswohnungen</b> Belegrechtswohnungen am Wohnungsbestand am 31.12.1996 in Prozent	<b>56</b>
<b>Karte 20</b>	<b>Arbeitslose</b> Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung a.O.d.Hw. im Dezember 1996	<b>63</b>
<b>Karte 21</b>	<b>Kindertagesstätten</b> Freiplätze und untere Beitragsklasse nach Stadtteilen 1997	<b>70</b>

<b><u>Abbildungsverzeichnis</u></b>		<b>Seite</b>
<b>Abbildung 1</b>	<b>Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Kinder und Jugendlichen in der Landeshauptstadt Hannover</b>	<b>14</b>
<b>Abbildung 2</b>	<b>Entwicklung der 0- bis 17jährigen bis 2010 nach Prognosebezirken</b>	<b>15</b>
<b>Abbildung 3</b>	<b>Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Bevölkerung in der mittleren Generation 1995 bis 2010</b>	<b>16</b>
<b>Abbildung 4</b>	<b>Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der älteren Menschen (60 Jahre und älter) in der Landeshauptstadt Hannover bis 2010</b>	<b>18</b>
<b>Abbildung 5</b>	<b>Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der älteren Menschen bis 2010 nach Prognosebezirken</b>	<b>19</b>
<b>Abbildung 6</b>	<b>Haushalte in Hannover nach Haushaltsgrößen 1995</b>	<b>19</b>
<b>Abbildung 7</b>	<b>Haushaltsvorstände a.O.d.Hw. mit und ohne Kinder 1995</b>	<b>20</b>
<b>Abbildung 8</b>	<b>Haushaltsnettoeinkommen in der Landeshauptstadt Hannover und im Landkreis Hannover 1995 - Haushalte insgesamt</b>	<b>28</b>
<b>Abbildung 9</b>	<b>Haushaltsnettoeinkommen in der Landeshauptstadt Hannover und im Landkreis Hannover 1995 - Haushalte mit Kindern</b>	<b>28</b>
<b>Abbildung 10</b>	<b>Entwicklung der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt 1988 bis 1993</b>	<b>29</b>
<b>Abbildung 11 a</b>	<b>Deutsche Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Altersgruppen an der gleichaltrigen Bevölkerung am 31.12.1995</b>	<b>33</b>
<b>Abbildung 11 b</b>	<b>Nichtdeutsche Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Altersgruppen an der gleichaltrigen Bevölkerung am 31.12.1995</b>	<b>33</b>
<b>Abbildung 12</b>	<b>Empfängerhaushalte nach Haushaltstypen</b>	<b>35</b>
<b>Abbildung 13</b>	<b>Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Hannover 1986 bis 1996</b>	<b>60</b>
<b>Abbildung 14</b>	<b>Städtische Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung 1985 – 1997</b>	<b>62</b>
<b>Abbildung 15</b>	<b>Beteiligung von Kindern an der U-9-Untersuchung in Abhängigkeit vom Besuch einer Kindertagesstätte</b>	<b>65</b>
<b>Abbildung 16</b>	<b>Impfschutz in Abhängigkeit vom Kindergartenbesuch</b>	<b>66</b>

<b><u>Übersichtsverzeichnis</u></b>		<b>Seite</b>
<b>Übersicht 1</b>	<b>Arbeitslose in der Stadt Hannover</b>	<b>59</b>
<b>Übersicht 2</b>	<b>Bevölkerungsentwicklung 1992 bis 1995</b>	<b>73</b>
<b>Übersicht 3</b>	<b>Entwicklungen in der Sozialhilfe von 1992 bis 1995</b>	<b>74</b>
<b>Übersicht 4</b>	<b>Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt - Vergleich der zehn am höchsten belasteten Stadtteile 1992 und 1995</b>	<b>74</b>
<b>Übersicht 5</b>	<b>Entwicklungen im Wohnungswesen 1992 bis 1995</b>	<b>75</b>
<b>Übersicht 6</b>	<b>Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt 1992 bis 1995</b>	<b>76</b>

### **Tabellenverzeichnis**

<b>Tabelle 1</b>	<b>Bevölkerung a.O.d.Hw. am 31.12.1985 nach Stadtteilen, Altersgruppen und Nationalität</b>	<b>84</b>
<b>Tabelle 2</b>	<b>Haushaltsvorstände a.O.d.Hw. am 31.12.1985</b>	<b>89</b>
<b>Tabelle 3</b>	<b>Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Alter und Nationalität am 31.12.1985</b>	<b>90</b>
<b>Tabelle 4</b>	<b>Städtische Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung 1985 – 1997</b>	<b>94</b>
<b>Tabelle 5</b>	<b>Verteilung der Belegungsrechte in Hannover am 31.12.1996</b>	<b>95</b>